ROTES FORUM

5/69

vormals: forum academicum

heidelberger studentenzeitschrift

30.10.69

Joscha Schmierer:
ZUR ANALYSE DER STUDENTENBEWEGUNG

Fritz Kramer:
EINE INTERPRETATION DER WILDEN STREIKS

Joscha Schmierer:
ROTE-PUNKT-AKTION

Jochen Noth:
STUDENTENBEWEGUNG UND INTERNATIONALES
Erster Bericht aus Palästina

Dokumente:
ZUR AUSBILDUNG DER BEREITSCHAFTSPOLIZEI
BRIEFE AUS DEM GEFÄNGNIS

INHALTSVERZEICHNIS LETZTE SEITE

-.50 DM

ROTES FORUM 5/69

Das letzte Rote Forum hat in den Redaktionsstuben, in der Hochschulgesellschaft und im Rektorat sich über gebührende Aufmerksamkeit nicht beklagen können. Die Industriefinanzierung einer läppischen Anti-SDS-Strategie hat bei der liberalen Presse einiges Aufsehen erregt, so dass die Hochschulgesellschaft versuchen mußte, in einer Pressekonferenz im Frankfurter Hof ihre Seriosität zu beweisen. Um das ungestört tun zu können, versuchte sie die Vertreter des Roten Forums auszuschließen, die in diesem Rahmen tatsächlich etwas aus dem Rahmen fielen. Aber der Hausdetektiv des Frankfurter Hofes, der schon die Polizei herbeirufen wollte, wurde schließlich noch zurückgepfiffen. Nach dieser Pressekonferenz veröffentlichte der Spiegel einen Artikel, in dem er aus dem Problem der Industriefinanzierung für Anti-SDS-Strategien das Problem Harm Rösemanns machte, und alles Material des Roten Forums als sein eigenes auftischte. Einen Leserbrief des Roten Forums veröffentlichte er dagegen nicht.

Tenbruck, dessen Qualifikation für einen CIA-job wir durch den Abdruck eines Geheimgutachtens für die Industrie belegen wollten, wurde inzwischen Lehrstuhlvertreter in Heidelberg. Bis zum Erscheinen des Roten Forums ist er vielleicht schon abgetreten.

Das Rektorat nahm die Titeländerung zum Anlaß, dem Roten Forum (wie allen anderen Publikationsorganen auch) die Gelder zu sperren, mit dem Hinweis es handle sich um eine "z.T. klassenkämpferische Schrift". In dem Verweigerungsbescheid wird das Rote Forum selbst zitiert, freilich falsch: aus der "ganzen linken Protestbewegung" wird die "ganz linke Protestbewegung" und Conze macht daraus in einer weiteren Erklärung die "ganz linken Studenten" und hält seine Schlamperei schon für einen Witz. Seine Mittelsperrung wird das Rote Forum allerdings nicht entscheidend treffen. Wir hatten uns beizeiten darauf eingestellt und wurden durch sie nicht überrascht. Die bloß ziellose Verteilung einer Zeitschrift wie des Roten Forums ist sowieso wenig sinnvoll. Der Verkauf erlaubt immerhin eine Kontrolle fürdie Redaktionsarbeit.

In diesem Heft werden vor allem Analysen der Studentenbewegung, der wilden Streiks, der Roten Punkt-Aktion und der Palästinensischen Befreiungsbewegung veröffentlicht, außerdem Dokumente über die Ausbildung der Bepo in Göppingen und Briefe von Häftlingen aus Mannheim.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Studentenbewegung nicht länger einfach in den Tag hineinleben darf, sondern daß sie ihre theoretische Arbeit verstärken muß und vor allem nicht auf einige wenige beschränken darf. Die Schulung innerhalb der linken Studenten und die Entlarvung der Schritte der Herrschaftsseite ist die wichtigste Aufgabe des Roten Forums.

Das Rote Forum wird in Zukunft 6 mal im Jahr erscheinen. und zwar je drei Nummern im Sommer- und Wintersemester. Auswärtige Genossen und Sympathisanten sollten Einzel- und Sammelabonnements aufgeben.

Die ständige Adresse des Roten Forums ist jetzt:
Rotes Forum, 69 Heidelberg
Schiffgasse 4, c/o Jörg Burckhard

Unterstützt das Rote Forum und abonniert es! Bezahlt werden muß es jeweils halbjährlich (3 Nummern + Porto); Sammelbestellungen jeweils auf Vorkasse oder per Nachnahme.

Redaktion:
Dieter Hildebrandt, Lu Jäger (verantwortlich, Joscha Schmierer

Herausgeber:
AStA der Universität Heidelberg
Dieses Heft erscheint unter Mitherausgabe des VDS, Bonn

Anzeigenverwaltung:
Frank Pohlers, 69 Heidelberg
Hans-Thoma-Platz 38, Tel. 40812

Druck:
J. Noth, Heidelberg

Das Testament des Genossen Ho Chi Minh

Auf jeden Fall müssen wir entschlossen sein, den USA-Agressor bis zum vollen Sieg zu bekämpfen. Die USA-Imperialisten werden abziehen müssen. Unser Vaterland wird wieder vereint werden. Unsere Landsleute im Norden und Süden werden sich unter ein und demselben Dach wieder zusammenfinden.

Im patriotischen Kampf gegen die USA-Aggression werden wir in der Tat noch mehr Schwierigkeiten durchzumachen und Opfer zu bringen haben. Aber wir sind sicher, den vollen Sieg zu erringen.
Das ist ganz und gar gewiß.
Wenn der Tag kommt, ist es meine Absicht, sowohl durch den Norden, als auch durch den Süden eine Rundreise zu machen und unseren heldenhaften Landsleuten, Kadern und Kämpfern zu gratulieren und unsere Alten und unsere lieben Jugendlichen und Kinder zu besuchen.

Dann werde ich im Namen unseres Volkes zu den Bruderländern des sozialistischen Lagers und zu den befreundeten Ländern auf der ganzen Welt gehen und ihnen für die aufrichtige Unterstützung und Hilfe bei unserem patriotischen Kampf gegen die USA-Aggression danken.

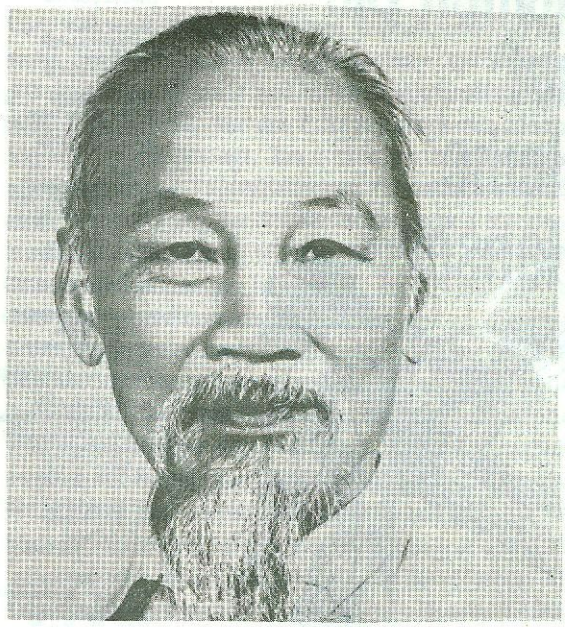
Tu Fu, ein berühmter chinesischer Dichter zur Zeit der Tang-Dynastie schrieb: "Zu allen Zeiten waren es ihrer wenige, die das Alter von siebzig erreichten."

Mit meinen neuundsiebzig Jahren zähle ich zu diesen "Wenigen". Noch ist mein Geist klar, wenn meine Gesundheit im Vergleich zu früheren Jahren auch geschwächt ist. Wenn man über Siebzig ist, verschlechtert die Gesundheit sich mit dem Alter. Das ist kein Wunder.

Aber wer kann voraussagen, wie lange ich der Revolution, dem Vaterland und dem Volk weiter noch diene?
Das ist der Grund, weshalb ich diese wenigen Zeilen in Erwartung des Tages, an dem ich mich aufmache und mich mit dem ehrwürdigen Karl Marx, Lenin und anderen revolutionären Vorfahren vereinige, zurücklasse. Auf diese Weise werden unsere Landsleute im ganzen Lande, die Genossen in der Partei und unsere Freunde auf der ganzen Welt nicht überrascht werden.

Zuerst will ich von der Partei sprechen: Dank ihrer festen Einigkeit und völligen Hingabe an Arbeiterklasse, Volk und Vaterland war unsere Partei seit ihrer Gründung imstande, unser Volk in einem flammenden Kampf zu einigen, zu organisieren, zu führen und es von Sieg zu Sieg zu geleiten.

Einheit ist eine überaus wertvolle Tradition unserer Partei und unseres Volkes. Alle Genossen vom Zentralkomitee bis hinunter in die Zellen müssen Einheitlichtkeit und Einigkeit der Gesinnung innerhalb der Partei wie ihren Augapfel hüten.



Um Einheitlichkeit und Einigkeit der Gesinnung innerhalb der Partei zu konsolidieren und zu entwickeln, ist dies der beste Weg, daß innerhalb der Partei eine breite Demokratie erreicht und Selbstkritik und Kritik regelmäßig und ernsthaft geübt wird. Zwischen allen Genossen sollte wahrhafte Zuneigung bestehen.

Unsere Partei ist an der Macht. Jedes Parteimitglied, jeder Kader muß durchdrungen sein von revolutionärer Moralität und Fleiß, Sparsamkeit, Lauterkeit, Aufrechtheit, völlige Hingabe an die Sache der Allgemeinheit und beispielhafte Selbstlosigkeit beweisen. Unsere Partei sollte ihre völlige Reinheit wahren und ihrer Rolle als Führer und getreuer Diener des Volkes würdig bleiben.

Die Mitglieder des Verbandes der Werktätigen Jugendlichen und unsere Jugend als Ganzes sind von ausgezeichnetem Charakter, danach glühend, freiwillig Aufgaben als Vorhut zu übernehmen, vor Schwierigkeiten unerschrocken, den Fortschritt erstrebend. Die Partei muß ihrer Erziehung zu revolutionärer Moralität große Aufmerksamkeit widmen und sie zu Nachfolgern für den Aufbau des Sozialismus heranbilden, die "rot" und "fachlich qualifiziert" sind.

Ausbildung und Erziehung der kommenden revolutionären Generation ist eine höchst wichtige und notwendige Aufgabe.

Sowohl in den Ebenen als auch in den Gebirgsgegenden hat unsere werktätige Bevölkerung Generationen unter Mühsal und feudaler und kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung gelitten. Darüber hinaus hat sie viele Kriegsjahre durchgemacht.
Aber unser Volk hat großes Heldentum, großen Mut und glühende Begeisterung bewiesen und arbeitet sehr hart.
Seitdem die Partei existiert, ist es ihr immer gefolgt und ist es ihr immer treu gewesen.

Achten Sie auf Reihe Hanser

Joachim Schickel
China: Die Revolution der Literatur
Band 18. 5.80 DM

Gabriel Laub
Verärgerte Logik
Aphorismen
Band 21. 5.80 DM

Barbara König
Spielerei bei Tage
Erzählungen
Band 22. 5.80 DM

Elias Canetti
Der andere Prozeß
Kafkas Briefe an Felice
Band 23. 5.80 DM

Allen Ginsberg
Planet News
Gedichte
Band 24. 5.80 DM

Salvador Elizondo
Farabeuf oder Die Chronik eines Augenblicks
Roman. Band 26. 7.80 DM

Hans Heinz Holz
Widerspruch in China
Politisch-philosophische Erläuterungen zu Mao Tse-tung
Band 27. Ca. 5.80 DM

Musik auf der Flucht vor sich selbst
Acht Aufsätze
Band 28. 7.80 DM

Ansichten einer künftigen Germanistik
15 Beiträge
Band 29. 7.80 DM

Uwe Brandner
Drei Uhr Angst
Roman. Band 30. 7.80 DM

Michail Bachtin
Literatur und Karneval
Zur Romantheorie und Lachkultur
Band 31. 7.80 DM

In jeder Buchhandlung oder direkt vom Carl Hanser Verlag, 8 München 86, Kolbergerstr. 22, erhalten Sie den ausführlichen Sonderprospekt.

Über die internationale kommunistische Bewegung: Da ich mein ganzes Leben der Sache der Revolution gewidmet habe, bin ich um so stolzer, das Anwachsen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung zu sehen, und um so tiefer betrübt über die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten, die die Bruderparteien trennen!

Ich wünsche mir, daß unsere Partei ihr Bestes tut, um in einer Art und Weise, die den Forderungen von Gefühl und Verstand entspricht, wirksam zur Wiederherstellung der Einheit der Bruderparteien auf Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus beizutragen.

Ich bin sicher, daß sich alle Bruderparteien und -länder wieder vereinigen werden.

Über persönliche Angelegenheiten: Mein ganzes Leben habe ich mit ganzem Herzen und mit aller Kraft dem Vaterland, der Revolution und dem Volke gedient. Wenn ich jetzt von der Welt Abschied nehmen sollte, gibt es nichts, was getan zu haben, ich bedauere. Es tut mir leid, nicht längere und weitere Dienste leisten zu können.

Nach meinem Hinscheiden, soll eine große Trauerfeierlichkeit vermieden werden, so daß Zeit und Geld des Volkes nicht vergeudet wird.

Schließlich hinterlasse ich dem ganzen Volke, der gesamten Partei, den ganzen Streitkräften, meinen Neffen, meinen Nichten, den Jugendlichen und den Kindern, meine grenzenlose Liebe.

Ich sende meine brüderlichen Grüße den Genossen, Freunden, Jugendlichen und Kindern der ganzen Welt.

Mein letzter Wunsch ist, daß sich unsere ganze Partei, unser gesamtes Volk im Kampf fest vereint, um ein friedliches, vereinigtes, unabhängiges, demokratisches und blühendes Vietnam aufzubauen und einen würdigen Beitrag zur Weltrevolution zu leisten.

Hanoi, 10. Mai 1969 Ho Chi Minh

Unsere Partei muß mit Hinblick auf die unaufhörliche Hebung des Lebensstandardes der Bevölkerung einen guten Plan für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung erstellen.

Der Widerstandskrieg gegen die USA-Aggression mag sich hinziehen. Unsere Landsleute mögen an Eigentum und Menschenleben weiterhin Opfer zu bringen haben. Auf jeden Fall müssen wir entschlossen sein, den USA-Aggressor bis zum vollen Sieg zu bekämpfen.
Unsere Flüsse. unsere Berge, unsere Menschen bleiben ewig. Sind die Yankees besiegt, bauen wir unser Land zehnmal schöner!

Was für Schwierigkeiten und Mühseligkeiten uns auch bevorstehen, unser Volk ist sicher, den vollen Sieg zu erringen. Die USA-Imperialisten werden abziehen müssen.
Unser Vaterland wird wieder vereint werden. Unsere Landsleute im Norden und im Süden werden sich unter ein und demselben Dach wieder zusammenfinden. Unser Land wird die außerordentliche Ehre haben, als eine kleine Nation in heldenhaftem Kampf zwei imperialistische Großmächte, den französischen und den amerikanischen Imperialismus, bezwungen und einen würdigen Beitrag zur nationalen Befreiungsbewegung geleistet zu haben.

Zur Analyse der Studentenbewegung

I.

Der folgende Artikel ist der überarbeitete und ergänzte Mittelteil eines Referats, das auf der Generaldebatte des SDS Heidelberg gehalten worden ist. Er versucht durch kritische Reflexion einiger theoretischer Ansätze zur Erklärung der Studentenbewegung, den Boden zu bereiten für eine Diskussion der entscheidenden Frage nach dem Verhältnis von Studenten- und Arbeiterbewegung. Dabei will er weder die Theorie der Produktivkraft Wissenschaft noch die Randgruppentheorie im Einzelnen kritisieren, noch gar im Ganzen negieren, sondern lediglich die Funktion untersuchen, die diese beiden Theorien für die Verdrängung der Bestimmung des Verhältnisses von Arbeiter- und Studentenbewegung, d.h. der Klassenanalyse der Studenten und Wissenschaftler hatten. Eine solche Verdrängung, die in den Anfängen der Studentenbewegung vielleicht notwendig war, um überhaupt von der individuellen Empörung zur Aktion überzugehen, wird jetzt von 2 Seiten unmöglich gemacht: die praktizierte technokratische Hochschulreform zwingt zur Überprüfung der bisherigen Mobilisierungsstrategien und stellt unabdingbar die Frage, wozu überhaupt mobilisiert werden soll; die aufkommenden Klassenkämpfe außerhalb der Universität aber machen eine Einschätzung der Studentenbewegung in einer revolutionären Strategie nicht nur notwendig, sondern auch möglich. Beides zwingt uns zur Zerstörung verschiedener Illusionen: die technokratische Hochschulreform beseitigt den Glauben, daß die bloß quantitative Erweiterung des Demonstrationspotentials schon die Gewähr für eine Strategie sei und die Septemberstreiks bewiesen unsere Unfähigkeit, uns wirksam an den Kämpfen der Arbeiterklasse zu beteiligen.

Systematisch lassen sich zwei verschiedene Interpretationen der Studentenbewegung im Rahmen der spätkapitalistischen Gesellschaft unterscheiden, die sich natürlich in der Agitation und in den diversen theoretischen Arbeitspapieren ständig überschneiden:
Einerseits wurde mit der Kapitalisierung der Wissenschaft die tendentielle Proletarisierung der Studenten und Akademikerberufe behauptet, die die Studenten objektiv an die Seite des Proletariats rückten.
Andererseits wurde in der Theorie des autoritären Staates eine tendentielle Aufhebung der traditionellen Klassenunterschiede angenommen, die die Studenten gerade deshalb als politisch besonders mobilen Faktor erscheinen ließ, weil sie durch ihre soziale Position außerhalb des Produktionszusammenhanges den totalen Unterdrückungszusammenhang durchschauen könnten.

Beide Interpretationen zeichnen sich dadurch aus, daß sie keine adäquate Bestimmung des Verhältnisses von Studenten- und Arbeiterbewegung zulassen und deshalb immer wieder zu akzidentiellen Hilfskonstruktionen zwingen. Beide Interpretationen lassen eine Differenzierung innerhalb Studentenschaft nicht zu. Die Politisierung der Studenten wird zu einer reinen Aufklärungsfrage, entweder zur Frage der Aufklärung über ihre Interessen als Produzenten oder zur Frage der Aufklärung über die eigentlichen Interessen der Menschen gegenüber dem autoritären Staat.

Aber während die Theorie vom autoritären Staat die Bestimmung des Verhältnisses von Studenten- und Arbeiterbewegung prinzipiell ausschließt und zu einer antiinstitutionellen Strategie führen muß, der der Antagonismus von Mensch und Apparat zugrundeliegt, kann eine Analyse der Funktion der Wissenschaft im kapitalistischen Produktionsprozeß dann zu einer Einschätzung der Studentenbewegung führen, wenn die Wissenschaft in ihrem widersprüchlichen Verhältnis zum Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital diskutiert wird, statt bloß als Widerspruch von Kapital und Wissenschaft dem Grundwiderspruch schlicht zugeschlagen zu werden. Auch Genosse Kramer neigte in seinem Referat auf der letzten Generaldebatte dieser undifferenzierten Subsumption der Wissenschaft unter den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital auf Seiten der Lohnarbeit zu: "Seitdem das Kapital seine Herrschaft errichtet hat, bewegen sich die "Intellektuellen" zwischen ihrer Einsicht in die Irrationalität des Kapitalismus, die sie immer zu potentiellen Verbündeten der Arbeiterklasse macht und der ihnen offenstehenden Möglichkeit, Maul zu halten und an der irrationalen Herrschaft zu partizipieren. Im ersten Falle vertreten sie ihre kurzfristigen Interessen und stellen sich auf den Standpunkt der eigenen Individualität, unter Verdrängung ihrer theoretischen Einsichten. Dazu kommt im Spätkapitalismus die Wissenschaft- und Kritikfeindlichkeit des Staates, die systematische Stoppung des technischen Fortschritts durch die Monopole, die Reduktion auf Auftragsforschung etc., so daß jetzt im Gegensatz früheren Phasen des Kapitalismus aller emanzipatorische Wert vor die Hunde geht. Das macht die Linksentwicklung der Teile der Intelligenz, die sich noch nicht festgelegt haben, d.h. der Studenten, zu einer Selbstverständlichkeit. Unklar aber bleibt, warum ein Teil indifferent bleibt und wieso Fraktionen innerhalb der Linken entstehen." (Generaldebatte S.54)
Weil die Wissenschaft als selbständige Kraft hier außerhalb des Klassenkampfes gestellt wird, kann einerseits behauptet werden, sie treibe qua theoretischer Einsicht automatisch zur Kritik des kapitalistischen Irrationalismus und kann andererseits die Tätigkeit von Wissenschaftlern oder Intellektuellen als Agenten des Kapitalismus bloß als bewußter Verrat an der besseren, antikapitalistischen Einsicht verstanden werden. Solange deshalb der unmittelbare Zwang des Kapitals nicht auf dem Intellektuellen lastet, d.h. solange er Student ist, muß er eigentlich immer zum Linken, zum Sozialisten werden. Da die Tatsachen offensichtlich gegen die Resultate einer solchen Reduktion aus dem Begriff der Wissenschaft sprechen, kann das "Fehlverhalten" eines immerhin beträchtlichen Teils der Studenten nur aus ihrer psychologischen Haltung erklärt werden. Aber wieso erweist sich diese Haltung gegenüber wissenschaftlicher Selbstaufklärung als intransingent? Doch wohl, weil Psyche wie Wissenschaft klassenbedingt sind und nicht ihrerseits eine Klasse konstituieren, oder ohne weiteres ermöglichen, die Klassenschranken zu durchbrechen. D.h. das Problem lautet nicht, wieso unterwerfen sich die Wissenschaftler trotz besserer Einsicht dem Verwertungszwang des Kapitals, sondern inweifern erlaubt die spezifische Situation der Studenten und Wissenschaftler einer Min-

derheit unter diesen den Schein wissenschaftlicher Rationalität des Kapitalismus zu durchbrechen und hinter diesem Schein die Widersprüche des Kapitalismus zu erkennen und sich im Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital auf die Seite der Lohnarbeit zu stellen. Nicht die Wissenschaft ist per se antikapitalistisch, sondern bestimmte Bedingungen erlauben es heute Studenten und Wissenschaftlern, sich auf den Standpunkt des Proletariats zu stellen und von dorther erst den ideologischen Charakter der bürgerlichen Wissenschaft zu durchbrechen und ihre Ausbildung in den Dienst des Proletariats zu stellen. (Gerade diese praktische Konsequenz konnte unter den Bedingungen eines entpolitisierten Proletariats nicht gezogen werden und stellt auch heute noch die Hauptschwierigkeit einer sozialistischen Politik an der Hochschule dar: die Erfahrung des proletarischen Klassenkampfes stellt die beste "Propaganda der Tat" für die Mobilisierung potentiell sozialistischer Studenten dar. Die begrenzte Erfahrung der westdeutschen Studenten in und mit Klassenkämpfen des Proletariats stellt nicht nur eine Schwierigkeit dar für die Politik an der Hochschule, die ohne die Erfahrung dieser Klassenkämpfe zu keiner wirklichen Polarisierung führt, sondern auch das entscheidende subjektive Problem für die sozialistischen Studenten selbst. Aus dieser Schwierigkeit erklären sich die diffusen Auseinandersetzungen innerhalb der Linken viel eher als aus ihrer Psyche, die bloß deshalb unbewußter Motor der politischen Entscheidung sein kann, weil den Studenten heute selbst die mittelbare Erziehung durch die Klassenkämpfe des Proletariats fehlt. Darin ist auch die Ursache für solche Ersatzstrategien wie die "organisierte Verweigerung" oder die "revolutionäre Berufsperspektive" zu sehen).

II.

Die Studentenbewegung hat zunächst viel eher auf die jungen Arbeiter und Angestellten übergeschlagen als auf die Institutionen, in denen die Studenten später ihr Brot verdienen müssen. Schon diese Tatsache, an der die sporadischen und bisher durchweg gescheiterten Versuche nichts ändern, die Angehörigen von Überbauberufen sozialistisch zu organisieren oder auch bloß relevante Widersprüche in diesen Institutionen zum Ausbruch zu bringen, sollte davor warnen, die Genese der Studentenbewegung einseitig aus der Verwissenschaftlichung der Produktion oder besser der Verwirtschaftung der Wissenschaft abzuleiten. Dafür spricht auch die weitere Tatsache, daß bisher durchaus kein relevanter Einbruch in die naturwissenschaftlichen Fakultäten und die THs gelungen ist. Zwar gibt es dort besonders homogene Gruppen, aber die studentischen Massen sind von der Revolte kaum erfaßt worden.
Daraus ergibt sich
1. die Notwendigkeit, die Theorie von der Produktivkraft Wissenschaft nach den verschiedenen Wissenschaften zu differenzieren, und
2. die Stellung der Produktivkraft Wissenschaft im Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital genau zu bestimmen.

Die gegenwärtige Studentenbewegung in Westdeutschland erklärt sich nicht unmittelbar aus der Verwissenschaftlichung der Produktion, denn einerseits ist dieser Prozeß nicht neu, sondern setzt mit der Industrialisierung selbst ein und hat frühzeitig zu einer Organisation der naturwissenschaftlich-technischen Ausbildung durch das Kapital mittels des Staates geführt und andererseits wird die Studentenbewegung vor allem von den Fächern getragen, die für die unmittelbare Produktion keine oder wenig Relevanz haben, von der philosophischen Fakultät. Erst durch die Politisierung dieser Fakultät wurde die Frage nach der Verwertung der Wissenschaft, die anderwärts längst keine Frage mehr war, massenhaft gestellt. Sie läßt viele Studenten außerhalb der phil.Fak. nach wie vor ziemlich kalt. Die Studentenbewegung erklärt sich deshalb nicht unmittelbar aus der zunehmenden Bedeutung der Produktivkraft Wissenschaft, sondern aus der Verschärfung der allgemeinen Widersprüche des Kapitalismus in Westdeutschland mit dem Ende der Rekonstruktionsperiode und aus dem Versuch des Kapitals diesen Widersprüchen durch eine Verstärkung der ideologischen Manipulation und Formierung zu steuern. Dieser allgemeinen Tendenz, die sich in der Spiegelaffäre, der Verabschiedung der Notstandsgesetze und der Hetze gegen jede oppositionelle Regung vor allem in der Springer-Presse zeigte, kontrastierte die Koexistenzpolitik der Sowjetunion, was eine antikommunistische Legitimation der Formierung erschwerte. Die Einsicht in die versteckte Aggressivität des kapitalistischen Systems, die sich in Notstandsgesetzen und Pressehetze offenbarte, wurde durch die offenen Gewaltmaßnahmen der USA gegen das vietnamesiche Volk erleichtert, zumal nach 1945 gerade die USA als Friedensgarant den Köpfen eingebleut worden war.

Die Notwendigkeit der allgemeinen Formierung des Bewußtseins griff nun aber auch speziell auf die phil.Fak. über, die erstmals mit dem ganzen Machwerk autoritärer Disziplinierung konfrontiert wurde. An der phil.Fak. aber wurde eine Wissenschaft "rationalisiert", deren Unsinnigkeit schon weithin durchschaut war und die als einzige Kompensation bis dahin wenigstens den individuellen Eskapismus geboten hatte. Mit diesem Eskapismus wurde durch die Studienreform und die Hochschulgesetze aufgeräumt. Gleichzeitig wurde einleuchtend klargemacht, daß Wissenschaft nur als Herrschaftswissen und nicht als emanzipatorische Praxis anleitende zugelassen wird, wurde doch in allen Hochschulgesetzen vor allem auf ein politisches Disziplinarrecht Wert gelegt.
Die Studentenbewegung war bisher weniger der Aufstand der Produktivkraft Wissenschaft, sondern die Revolte einer eingebildeten "freischwebenden Intelligenz", der schlagend klargemacht wurde, daß die Formierung der Gesellschaft vor ihr nicht haltmacht, daß ihr moralischer Protest gegen den Vietnamkrieg, die Notstandsgesetze und ihr Abscheu vor dem bürgerlichen Milieu nicht länger geduldet würden, weil die Notwendigkeit der Manipulation und Formierung der Gesellschaft vor allem auch die Formierung der Ideologen voraussetzt. Weil der ganze geistesgeschichtliche Kram schon vorher wenig befriedigt hatte, und nun auch die antibourgeoise Kompensation verwehrt wurde, brachen die allgemeinen Widersprüche im Bewußtsein eines Teils der Phil.Fak.-Studenten auf, und führten zu einer latenten Aktionsbereitschaft vieler Phil.Fak. Studenten. Die Genese der Studentenbewegung in der phil.Fak., ihre eskapistischen und intelligenzlerischen Eierschalen hängen ihr auch heute noch an. Die Gegentendenz zu dieser Genese der Studentenbewegung im verrottesten Winkel der Ideologie der Bourgeoisie, dort wo sich diese noch als Kultur tarnt, war von vornherein die sozialistische Theorie. Deshalb hatte zwar der Versuch, die Studenten-

bewegung als Aufstand der wissenschaftlichen Produzenten zu verstehen, viele ideologische Elemente, aber diese ideologischen Elemente ermöglichten es allererst, die Studentenbewegung inhaltlich über sich selbst hinauszutreiben und den aufgeschreckten Studenten eine politische Identität zu schaffen, die sie aus sich selbst heraus nicht hätten hervorbringen können. Die sozialistische Interpretation der Studentenbewegung und damit deren inhaltliche Ausrichtung, ist das eigentliche Verdienst des SDS. Aber aus dem Widerspruch zwischen Genese und Interpretation der Studentenbewegung ergaben sich auch die Inkonsistenzen der Theorie und Praxis der Studenten, die wie Wolfgang Lefévre vor kurzem in Frankfurt sagte, sich immer wieder an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen mußten.

Bei dem Versuch einerseits ihre Strategie an der Hochschule in die Berufspraxis zu verlängern und andererseits in die anderen Fakultäten einzudringen, stößt die Studentenbewegung erst auf die eigentlichen Schwierigkeiten der sozialistischen Politisierung von Intellektuellen, die durch pauschale Inanspruchnahme der Theorie der Produktivkraft Wissenschaft' mehr verdeckt als geklärt wird.

III.

Der Begriff der Technologie kann nicht auf die Naturwissenschaften beschränkt werden. Die technische Verfügung erstreckt sich auf Natur und Gesellschaft. In dem Maße, wie der Kapitalismus seine Widersprüche verschärft, kann er sich nur mittels Gewalt oder Manipulation am Leben erhalten, d.h. er muß sich auch der ideologischen Wissenschaften unmittelbar bemächtigen und sie direkt für seine Zwecke einsetzen. Auf Seiten der ideologischen Wissenschaft entspricht dieser Tendenz des Kapitals eine inhaltliche Entleerung und zunehmende Formalisierung, denn nur so kann der Widerschein der objektiven Widersprüche in der Wissenschaft unterdrückt werden. Theorie wird zur Methodologie und diese zu einer Frage der Verfügung über gesellschaftliche Prozesse. Wissenschaft wird zum systematisierten Herrschaftswissen, zur Objektivierung der Erfahrungen kapitalistischer Herrschaft.

Die Industrieverbände greifen heute direkt in alle Bereiche der Erziehung ein (Nyssen). Nicht angepaßte , kritische Wissenschaft wird für das Kapital nicht nur sinnlos, sondern gefährlich. Im Ausbildungsbereich ergeben sich folgende Widersprüche: Herrschafts- und Manipulationswissen wird vermittelt, ohne daß die Objekte dieser Erziehung an der Herrschaft teilhätten und ohne daß der Funktionszwang den Objekten der Erziehung schon jede selbständige Reaktion verbieten könnte. Den Erziehungsobjekten wird klar gemacht, daß sie für die Ausübung von Herrschaft ausgebildet werden, daß sie als Agenten des Kapitals später zu funktionieren haben.

Da sie an der Universität gleichzeitig von jeder Herrschaft ausgeschlossen sind, wird es ihnen möglich, die Unterscheidung zu treffen, von deren Verhüllung die Herrschaft lebt: zwischen ihrer späteren Funktion Herrschaft nach unten vermitteln zu müssen und auf den Sinn dieser Herrschaft keinerlei Einfluß ausüben zu können. Gleichzeitig wird ihnen klar, daß sie ihr Wissen nur dann im Beruf verwerten können, wenn es direkt zugunsten der Herrschaft dient. D.h. aber, daß sie mit ihrem Wissen nicht bloß ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, sondern, sofern sich aus diesem Wissen ihre Persönlichkeit speist, auch sich selbst. D.h., daß die Studenten zwar die Möglichkeit haben, später an der Herrschaftausübung zu partizipieren, daß sich aber gerade darin der Warencharakter der Gesellschaft verschärft und erkennbar wird. Die Ausdehnung der kapitalistischen Planung auf die Schöngeister muß notwendig zu Friktionen im Bewußtsein der Schöngeister führen. Die Ausdehnung des Kapitalismus auf die ganze Gesellschaft "äußert sich gerade darin, daß die Bewußtseinsprobleme der Lohnarbeit sich in der herrschenden Klasse verfeinert, vergeistigt aber auch verschärft wiederholen. Der spezialistische 'Virtuose', der Verkäufer seiner objektivierten und versachlichten geistigen Fähigkeiten, wird aber nicht nur Zuschauer dem gesellschaftlichen Geschehen gegenüber (...), sondern gerät auch in eine kontemplative Attitude zu dem Funktionieren seiner eigenen, objektivierten und versachlichten Fähigkeiten. Am groteskesten zeigt sich diese Struktur im Journalismus, wo gerade die Subjektivität selbst, das Wissen, das Temperament, die Ausdrucksfähigkeit zu einem abstrakten, sowohl von der Persönlichkeit des 'Besitzers' wie von dem materiell konkreten Wesen der behandelten Gegenstände unabhängig und eigengesetzlich in Gang gebrachten Mechanismus wird. Die "Gesinnungslosigkeit" der Journalisten, die Prostitution ihrer Erlebnisse und Überzeugung ist uns als Gipfelpunkt der kapitalistischen Verdinglichung begreifbar." (Lukács "Klassenbewußtsein", W II, S. 275). Das Hineingreifen dieser objektiven Struktur der sogenannten geistigen Berufe in die Universität tritt so offensichtlich zu der individualistisch kleinbürgerlichen Ideologie der Studenten in Widerspruch und wird durch die 'Vermassung' der Universität und die schlechter werdenden Konkurrenzbedingungen, die bei vielen Studenten eine frühzeitige Resignation gegenüber der Karriere hervorrufen, so verschärft, daß er nicht länger in die Praxis von Studentenärzten abgeleitet oder in privaten Neurosen domestiziert werden kann. Aber wenn auch die Universität den Intellektuellen im Gegensatz zu ihrer späteren Berufssphäre solidarisches Handeln ermöglicht, so gibt dieser Status doch noch lange nicht die Möglichkeit ein Theorie-Praxis-Verhältnis zu entwickeln, das auf die Totalität der Gesellschaft bezogen wäre. Die Studentenbewegung ist deshalb in einem permanenten Wechsel zwischen Kontemplation und Aktion verfangen, ohne eine kontinuierliche Praxis zu entwickeln.

Konditorei-Café Scheu
Hauptstr. 137 · Telefon 2 11 03
Bekannt für vorzügliche Konditoreiwaren
Spezialität: stets frische Pralinen eig. Herstellung

Sie konnte natürlich auch keine eigene Theorie entwickeln, sondern mußte diese Theorie von der Arbeiterbewegung erborgen. Der eigene unsichere Klassenstatus und die Apathie der proletarischen Massen, motivierte die zahlreichen Modifikationen, die die klassische Theorie durch die Studentenbewegung erfuhr.

Der Versuch, das erborgte Klassenbewußtsein als autonomes Resultat der Studentenbewegung zu begreifen, führte seitens des SDS zum Ausbau der Theorie der "Produktivkraft Wissenschaft". Diese konnte sich auf die Notwendigkeit des Kapitals berufen, sich die Wissenschaft verfügbar zu machen. Sie unterließ die Differenzierung der Wissenschaften nach ihrer Verwertung, um die Studentenschaft als einheitliches Subjekt begreifen zu können und um vor sich selbst zu verschleiern, daß die ideologischen Wissenschaften schon deshalb keine revolutionäre Berufspraxis zulassen, weil sie nicht durch folgende Dialektik gekennzeichnet sind, die die Naturwissenschaften auszeichnen: während diese ebenso wie der technische Fortschritt selbst gerade in der Produktionssphäre in einem widersprüchlichen Verhältnis zum Kapital stehen, insofern sie mit der Ausdehnung von dessen Herrschaft auch an seiner Auflösung und möglichen Zerschlagung arbeiten, sind die Gesellschaftswissenschaften, sofern sie in Beziehung zum Kapital treten, reine Herrschaftstechnik und können, sofern sie sich dem Kapital nicht anpassen, bloß außerhalb der herrschenden Verhältnisse gedeihen, d.h. als Theorie einer revolutionären Bewegung. Die These, daß im Kapitalismus die Möglichkeiten der sozialistischen Gesellschaft heranreifen, trifft auf die reinen Herrschafts- und Manipulationswissenschaften nicht zu. Deren Aufgabe ist es vielmehr, den Möglichkeiten der Aufhebung des Kapitalismus permanent im Bewußtsein der Beherrschten entgegenzuarbeiten. (vlg. Lukács, Zur Organisationsfrage der Intellektuellen).

Die Unterscheidung zwischen ideologischen und produktiven Wissenschaften läßt sich nicht nach ihrer Methodologie treffen, denn diese nähert sich zunehmend an (vgl.: Konstanzer Technologiepapier). Sie ergibt sich aus der Stellung der verschiedenen Wissenschaften im Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften. Sind die Naturwissenschaften zwar durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bestimmt, so stehen sie als Produktivkraft doch im Widerspruch zu ihnen. Die ideologischen "Wissenschaften" haben jedoch keine andere Aufgabe als den Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften ständig zugunsten der Produktionsverhältnisse zu steuern.

Je absoluter die kapitalistischen Produktionsverhältnisse gegenüber der tatsächlichen und erst recht der möglichen Entwicklung der Produktivkräfte werden, desto mehr bedarf es spezieller Wissenschaften (Soziologie, Politologie, Psychologie, Ökonomie) um die Produktivkräfte zu fesseln. Die traditionelle Herrschaftswissenschaft, die Juristerei, reicht hierzu längst nicht mehr aus. Was in diesen Fächern an Wissen akkumuliert wird, ist keine Produktivkraft, sondern deren Vernichtung und Vergeudung und vor allem durch den Versuch gekennzeichnet, die entscheidende Produktivkraft, die revolutionäre Klasse, an ihrer Entfaltung zu hindern. Diese destruktive Tendenz macht selbstverständlich auch nicht vor Wissenschaften halt, die der Beherrschung der Natur dienen. Doch bleibt sie ihnen äußerlich. Die traditionellen ideologischen Fächer, die Literaturwissenschaft, Philosophie und Geschichte, die bisher der herrschenden Klasse eine gewisse Entspannung und andererseits Herrschaftsymbole lieferten, werden entweder abgeschafft oder in Spielwiesen für den technologischen Verstand verwandelt werden, wie z.B. Latein längst schon nicht mehr durch seinen "Bildungswert", sondern durch seinen angeblich logischen Charakter gerechtfertigt wird.

Aber selbst wenn ein Teil der Wissenschaften tatsächlich zur unmittelbaren Produktivkraft wird und in dem Maße an Bedeutung für das Kapital gewinnt, wie sich dessen organische Zusammensetzung zugunsten des fixen Kapitals verändert, läßt sich daraus nicht ohne weiteres eine Interessenidentität zwischen wissenschaftlichen Lohnarbeitern und Lohnarbeitern in der Produktion ableiten, so daß die tatsächliche Integration der Wissenschaftler in die Herrschaftshierarchie zu einer bloßen Frage des falschen Bewußtseins würde, wie Lukacs meint: "Die an der Produktion teilnehmenden "geistigen Arbeiter" gehören also (höchstens mit unklarem Klassenbewußtsein) in die gleiche Klasse wie die körperlichen Arbeiter". Dieses unklare Bewußtsein erklärt sich aus ihrer unklaren Klassenposition. Insofern Wissenschaftler unmittelbar in der Produktion beschäftigt sind, unterscheidet sich ihre Stellung zu den Produktionsmitteln nicht von der aller übrigen Lohnarbeiter.

"Mit der Entwicklung der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise, wo viele Arbeiter an der Produktion derselben Ware zusammenarbeiten, muß natürlich das Verhältnis, worin ihre Arbeit unmittelbar zum Gegenstand der Produktion steht, sehr verschieden sein. Z.B. die früher erwähnten Handlanger in einer Fabrik haben nichts direkt mit der Bearbeitung des Rohstoffs zu tun. Die Arbeiter, die die Aufseher der direkt mit dieser Bearbeitung zu tun Habenden bilden, stehn einen Schritt weiter ab; der Ingenieur hat wieder ein andres Verhältnis und arbeitet hauptsächlich nur mit seinem Kopfe etc. Aber das Ganze dieser Arbeiter, die Arbeitsvermögen von verschiedenem Werte besitzen, obgleich die angewandte Masse ziemlich dieselbe Höhe behauptet, produzieren das Resultat, das sich - das Resultat des bloßen Arbeitsprozesses betrachtet, in Ware oder einem materiellen Produkt ausspricht; und alle zusammen, als Atelier, sind die lebendige Produktionsmaschine dieser Produkte, wie sie, den gesamten Produktionsprozeß betrachtet, ihre Arbeit gegen Kapital austauschen und das Geld der Kapitalisten als Kapital reproduzieren, d.h. als sich verwertenden Wert, sich vergrößernden Wert.
Es ist ja eben das Eigentümliche der kapitalistischen Produktionsweise, die verschiedenen Arbeiten, also auch die Kopf- und Handarbeiten - oder die Arbeiten, in denen die eine oder die andre Seite vorwiegt, - zu trennen und an verschiedene Personen zu verteilen, was jedoch nicht hindert, daß das materielle Produkt das gemeinsame Produkt dieser Personen ist oder ihr gemeinsames Produkt in materiellem Reichtum vergegenständlicht; was andererseits ebensowenig hindert oder gar nichts daran ändert, daß das Verhältnis jeder einzelnen

dieser Personen das des Lohnarbeiters zum Kapital und in diesem eminenten Sinn das des produktiven Arbeiters ist. Alle diese Personen sind nicht nur unmittelbar in der Produktion von materiellem Reichtum beschäftigt, sondern sie tauschen ihre Arbeit unmittelbar gegen das Geld als Kapital aus und reproduzieren daher unmittelbar außer ihrem Salair einen Mehrwert für den Kapitalisten. Ihre Arbeit besteht aus bezahlter Arbeit plus unbezahlter Surplusarbeit." (Theorien über den Mehrwert, S. 386 f.)

Aber die Tendenz des Kapitals, die Kopf- und Handarbeiten zu trennen und an verschiedene Personen zu verteilen, die Tatsache also, daß im Rahmen des Kapitalismus Verwissenschaftlichung der Produktion ständig Hand in Hand geht mit der Dequalifizierung der Arbeitskraft, führt zu einer solchen Privilegierung der Kopfarbeiter gegenüber den anderen Lohnarbeitern im Produktionsprozeß, einer Privilegierung, die gerade auf Kosten der anderen Lohnarbeiter hervorgebracht wird, sodaß sie diese auf Seiten der Wissenschaftler ein klares Klassenbewußtsein umso weniger zuläßt, als aus ihrer Schicht zunehmend die Personen hervorgehen, die tatsächliche Verfügungsgewalt über die Produktion innhaben:

"Marx rechnet in den Grundrissen die "Wissenskraft" allgemein der Arbeitskraft zu. Die neueren Entwicklungen legen jedoch nahe, hier genauer zu differenzieren. Denn so sehr auch das Kapital die Hände der Arbeiter sich in seinem Dienst betätigen läßt, die Produktivkraft des menschlichen Hirns darf sich bei ihnen eben nur sehr eingeschränkt entfalten. Insofern die Maschine Vergegenständlichung der Wissenschaft ist, ist es nicht die eigene Arbeit, die dem Arbeiter in ihr als fremde Macht entgegentritt, sondern eine Arbeit, zu der er die Kraft wohl hätte, die er aber auch unter dem Kommando des Kapitals nicht ausbilden und nicht betätigen darf. Wissenschaft ist vielmehr das Privileg einer gesonderten Schicht, zu der einzelne Arbeiter nur in seltenen Fällen aufzusteigen vermögen. Je größer die Bedeutung der Wissenschaft für die Funktion der Gesellschaft wird, je mehr die Zahl der wissenschaftlich Arbeitenden zunimmt, um so mehr schwindet auch die Illusion von einer Autarkie der Wissenschaft innerhalb einer ihr bloß zusehenden Gesellschaft. Indem die Produkte der Arbeit des Wissenschaftlers, seine Erfindungen, Analysen, Theorien in den Produktionsprozeß der Gesellschaft eingehen, geraten sie damit unweigerlich unter das Kommando des Kapitals bzw. eines dem Kapital verpflichteten Staates. Auch dem Wissenschaftler ist seine eigene Arbeit damit entfremdet, steht als fremde Macht im gegenüber. Die Entfremdung der Lohnarbeit spaltet sich also in die Entfremdung der manuellen und der wissenschaftlichen Arbeit. Da der wissenschaftlich Arbeitende gleichwohl an den Privilegien der Kapitalistenklasse teilnimmt, die sich auf das Elend der eigentlichen Arbeiterklasse gründen, fällt es ihm gemeinhin nicht schwer, seinen Pakt mit dem Kapital durch eine nach allen wissenschaftlichen Regeln von ihm selbst produzierte Ideologie zu sanktionieren. Selbst da, wo er sich in irgendeinem Zusammenhang als Mitarbeiter tituliert, versteht er sich als den geraden Gegenpol zum Arbeiter und versagt sich damit der ihm geschichtlich gestellten Aufgabe, über die Wurzeln der Entfremdung aufzuklären, der die direkt materiell produzierende wie die wissenschaftlich planende und analysierende Arbeit gemeinsam unterliegen." (Tomberg, Argument 52, S. 198 f.)

Innerhalb des kapitalistischen Systems führt die Verwissenschaftlichung der Produktion zwar einerseits dazu, daß immer mehr Wissenschaftler in ein unmittelbares Verhältnis zur Produktion treten, doch gleichzeitig führt es zu einer immer schärferen Scheidung innerhalb der unmittelbaren Produzenten, wobei die Wissenschaftler als Agenten des Kapitals gegenüber den anderen Lohnarbeitern auftreten: "Die Scheidung der geistigen Potenzen des Produktionprozesses von der Handarbeit und die Scheidung derselben in Mächte des Kapitals über die Arbeit vollendet sich ... in der auf Grundlage der Maschinerie aufgebauten großen Industrie. Das Detailgeschick des individuellen, entleerten Maschinenarbeiters verschwindet als ein winzig Nebending vor der Wissenschaft, den ungeheuren Naturkräften und der gesellschaftlichen Massenarbeit, die im Maschinensystem verkörpert sind und mit ihm die Macht des "Meisters" (master) bilden". (Kapital I, Darmstadt 1962, S. 490 f.).

Diese Trennung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, die aus dem Kapitalverhältnis hervorgeht, erscheint den Wissenschaftlern als naturgegeben und verursacht ihre Privilegierung innerhalb des Produktionsprozesses. Darin liegt die objektive Ursache, warum die bloße Aufklärung über den Verwertungszusammenhang der Wissenschaft im Kapitalismus, die Wissenschaftler noch lange nicht zu Philantropen macht und sie sich viel eher ständisch organisieren, als zusammen mit den übrigen Arbeitern gewerkschaftlich mobilisieren lassen. Daraus erklären sich ebenfalls die Schwierigkeiten der Studentenbewegung, sich in die nat.-math.-Fakultäten zu erweitern. Andererseits wird verständlich, daß die Naturwissenschaftler auf Grund ihrer Stellung zur unmittelbaren Produktion, wenn sie ihre ständischen Interessen durchbrochen haben, sich wesentlich konsequenter politisieren als die Überbauberufe und ihren intelligenzlerischen Eskapismus viel leichter überwinden.

Die wissenschaftlichen Lohnarbeiter sind also beileibe nicht die Subjekte der technischen Entwicklung, doch bestimmt sich ihr Verhältnis zum Kapital anders als das der klassischen Lohnarbeiter. Die Bewegungen des Kapitals wirken sich auf ihr Dasein nicht so direkt aus wie auf das der Lohnarbeiter. Z. B. sind sie in viel geringerem Maße als die klassischen Lohnarbeiter kapitalistischen Strukturkrisen unterworfen, weil sie vor allem in der Monopolindustrie , und hier wiederum in der expandierenden, angestellt sind. Zweitens sichert sie ihre Aufgabe, die Kosten der Produktion zu verringern und neue Produkte und Produktionsverfahren zu entwickeln, gerade in der Krise vor der Entlassung. Denn gerade in der Krise schreit das Kapital nach der Wissenschaft und sieht sich mit ihrer Hilfe nach neuer Ausrüstung um.

Wie aber die Technologie eines der Hauptinstrumente ist, die es dem Kapital erleichtern, der Krise zu steuern, und die Exi-

stenzsicherheit der wissenschaftlichen Arbeiter deshalb größer ist, so ist andererseits das Kapital nicht unmittelbar und kurzfristig von den wissenschaftlichen Arbeitern abhängig: ein Streik etwa der Forschungsabteilung eines Betriebes müßte sehr lange dauern, bis er das Kapital trifft, so wie andererseits das Kapital langfristig die Forschung und Entwicklung planen muß, damit es die Krise zur Umrüstung ausnützen kann, statt bankrott zu gehen. So ist aus dem Status der Wissenschaftler als Lohnabhängigen nicht ohne weiteres die Möglichkeit ihrer praktischen Solidarisierung mit den Arbeitern abzuleiten. Da die Wissenschaft gegenüber der Arbeit im Kapitalverhältnis privilegiert ist, muß damit gerechnet werden, daß sie sich so lange auf die Seite des Kapitals schlägt, bis die Arbeiter praktisch die Machtfrage stellen.

IV.

Die Theorie der Produktivkraft Wissenschaft, aus der sich die Theorie der neuen Arbeiterklasse ableitet, war eine der beiden Erklärungsversuche der Studentenbewegung und ihrer revolutionären Funktion. Der andere Erklärungsversuch war die Randgruppentheorie, die aus der aktuellen Funktionalisierung der Wissenschaft für das Kapital den Herrschaftscharakter der Wissenschaft selbst, die technologische Herrschaft ableitete, und deshalb das mögliche revolutionäre Subjekt nicht ins Zentrum sondern am Rande der total manipulierten Gesellschaft, außerhalb des verwissenschaftlichten Produktionsprozesses vermuten mußte. Diese Theorie konnte sich auf den Augenschein berufen: Tatsächlich begehrten nicht die entscheidenden Fraktionen der Arbeiterklasse sondern die Studenten und andere Außenseiter gegen die Gesellschaft auf. Aber indem die Theorie die Herrschaft der Technologie behauptete, bürdete sie den Revolutionären "die Dummheit auf, nicht die kapitalistische Anwendung der Maschinerie zu bekämpfen, sondern die Maschinerie selbst" (Kapital I, Werke 4, Darmstadt 1962, S. 515). Die These von der Herrschaft der Technologie ist im Grunde nur eine Fortführung der Theorie des autoritären Staates, da beide auf die Behauptung hinauslaufen, die Herrschaft hätte sich vom Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital gelöst und den neuen Widerspruch zwischen Apparat und Individuum gestiftet. Diese Theorie lag der Aktionsstrategie der Studentenbewegung bei allen politischen Aktionen außerhalb der Universität zugrunde, während die Theorie der Produktivkraft Wissenschaft lediglich zur Erklärung der Genese der Studentenbewegung herangezogen wurde, aber kaum strategische Bedeutung hatte. Auch in der Politik an der Hochschule, wo sich aus ihr vielleicht eine gewerkschaftliche Strategie hätte ableiten lassen, spielte sie praktisch ebensowenig eine Rolle, wie die gewerkschaftliche Politik selbst. Weil die Randgruppentheorie von dem Widerspruch zwischen dem unmenschlichen Apparat und der beherrschten Menschheit ausging, führte sie folgerichtig zu einer allgemeinen Aufklärungsstrategie, die von den Randgruppen her tendenziell alle Menschen erfassen sollte, deren falsches Bewußtsein lediglich den Aufstand gegen den Apparat verhinderte, der diesen wie ein Kartenhaus zusammenbrechen lassen würde. Aus dieser Prämisse konnte Rudi Dutschke den langen Marsch durch die Institutionen und den allgemeinen Angriff auf die Herrschaftsinstanzen ebenso ableiten, wie die Behauptung, daß in den Metropolen die bewaffnete Auseinandersetzung überholt sei. Weil die Herrschaft überall bloß im herrschenden Bewußtsein bestand, konnte sie überall im Bewußtsein der Beherrschten angegriffen werden. Allerdings wurde dieser Ansatz, der nicht durch eine "abstrakte Theorie der Geschichte", sondern duch den "existentiellen Ekel vor einer Gesellschaft, die von der Freiheit schwätzt und die unmittelbaren Interessen und Bedürfnisse der Individuen und der um ihre sozial-ökonomische Emanzipation kämpfenden Völker subtil und brutal unterdrückt (S. 91) auf eine "kulturrevolutionäre Übergangsphase" beschränkt: "Unsere kulturrevolutionäre Übergangsphase ist im "klassischen" Verständnis der Revolutionstheorie eine vorrevolutionäre Phase, in der Personen und Gruppen sich noch manchen Illusionen, abstrakten Vorstellungen und utopischen Projekten hingeben, ist eine Phase, in der der radikale Widerspruch zwischen Revolution und Konterrevolution, zwischen der herrschenden Klasse in der neuen Form und dem Lager der Antiautoritären und Unterprivilegierten noch nicht konkret und unmittelbar sich auszutragen beginnt." (S. 91) Aber ausgehend von der Verstaatlichung der ganzen Gesellschaft, die "in der Tat keine Gruppe außerhalb des repressiven Zusammenhangs" läßt, wird dieser "radikale Widerspruch" nicht als Klassanantagonismus verstanden, sondern als Aufstand der radikalen, weil den ganzen Menschen betreffenden Dialektik des Sentiments und Emotion" gegen die "verstaatlichte autoritäre Gesellschaft". (S. 91; alle Zitate aus Dutschke u.a., Rebellion der Studenten..., 1968) (vgl. Horkheimer, Autoritärer Staat).

Warum diese Dialektik angesichts des Vietnamkrieges so schnell ins studentische Bewußtsein eindringen konnte, scheint für Rudi Dutschke "seine materialistische Begründung in dem spezifischen Produktionsverhältnis der studentischen Produzenten zu haben. Wir haben als Studenten - wenn auch von Fakultät zu Fakultät verschieden - innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion soziologisch eine Zwischenlage. Auf der einen Seite sind wir eine geistig und ausbildungsmäßig privilegierte Fraktion, aktuell bedeutet dieses Privileg im Grunde aber nur Frustration. Frustration darum, weil der sich ausbildende Student, besonders der politisch engagierte, tagtäglich den Idiotismus der Politikercliquen der irrationalen Autoritäten kritisch und manchmal auch sinnlich miterlebt. Hinzu kommt, daß diese Studenten noch keine materiell gesicherten Positionen der Gesellschaft übernommen haben, sie von Machtinteresse und Machtpositionen noch relativ weit entfernt sind. Diese temporäre Subversiv-Stellung der Studenten bringt eine dialektische Identität der unmittelbaren und historischen Interessen der Produzenten überhaupt hervor." (a.a.O., S. 86)

Diese Erklärung der Studentenbewegung aus dem Status des Produzenten, der noch nicht im Produktionszusammenhang verankert ist und dessen Situation deshalb historisch exemplarisch und unmittelbar durchschaubar ist, scheint eher eine Rechtfertigung der revolutionären Mission der Studenten als eine Erklärung ihrer aktuellen Irritation. Sie zeigt außerdem wie Randgruppentheorie und Theorie der Produktivkraft Wissenschaft in der Rechtfertigung der Studentenbewegung wechselseitig herangezogen werden, ohne daß die so entstehenden Widersprüche dieser Rechtfertigung irgendwie in Zweifel zögen. Einerseits wird die Studentenbewegung aus dem Privileg erklärt, außer-

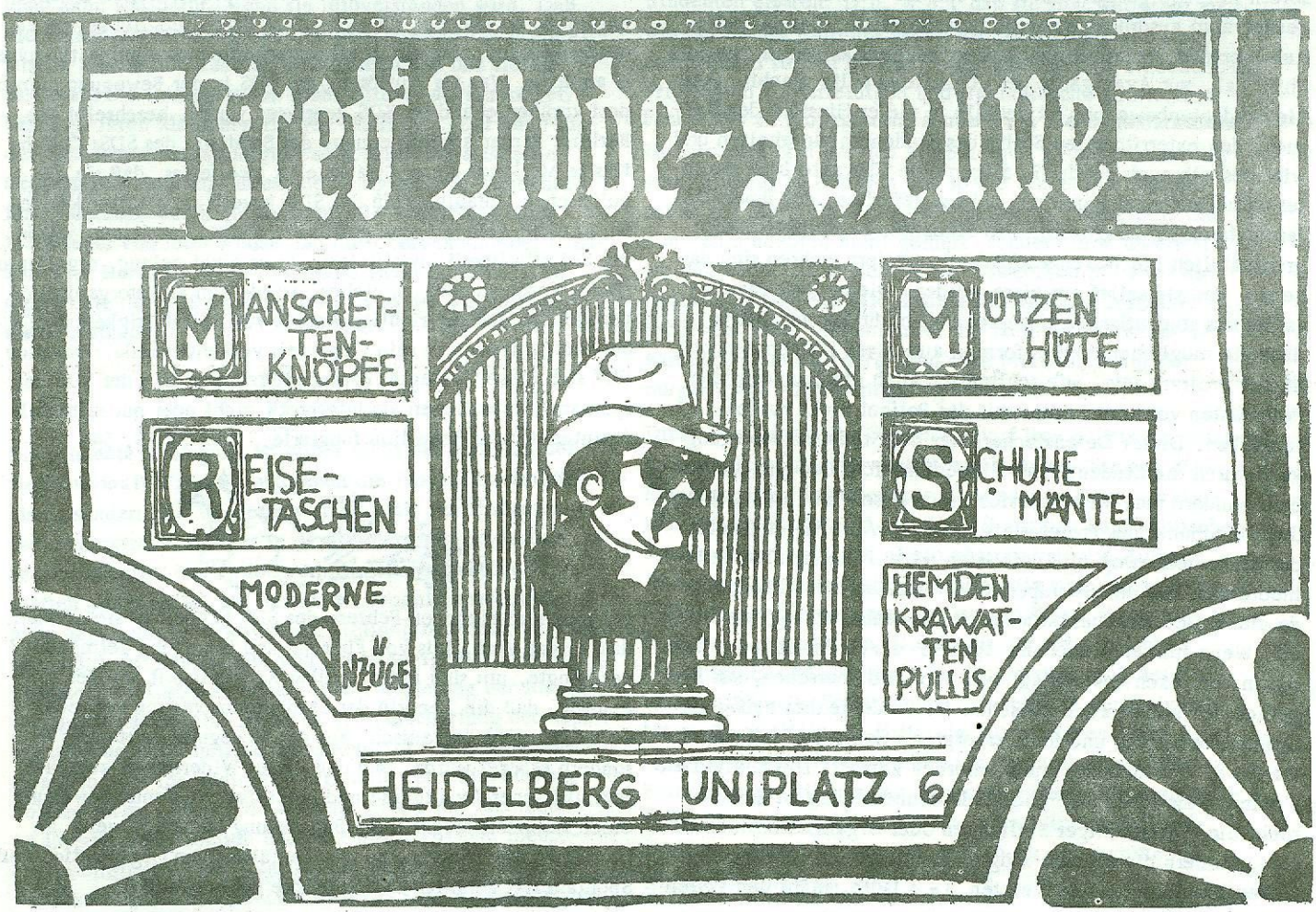
halb des unmittelbaren Produktionsprozesses zu stehen, ("Zwischenlage", Randgruppentheorie) andrerseits wird durch die Kennzeichnung der Studenten als Produzenten die Trennung von der übrigen Gesellschaft geradezu geleugnet. Der Widerspruch löst sich, wenn man ihn von der Motivation der studentischen Revolutionäre aus betrachtet: sie hatten einerseits zu erklären, warum gerade die Studenten rebellierten und mußten andrerseits deren Rebellion als exemplarische interpretieren. Dabei konnte auf die exemplarische Situation der Studenten nur insistiert werden, um sie gleichzeitig zu leugnen. Was Dutschke dann als Ideologie

tig zu leugnen. Was Dutschke dann als "materialistische Erklärung" wirklich anbietet, ist bloß die Behauptung, die Studenten seien zur Ideologiekritik befähigter als andere Gruppen der Gesellschaft. Richtiger ist, daß die Kapitalisierung der Universität, die in der Universität selbst zu Widersprüchen zwischen Ordinarienstruktur und Leistungshierarchie im Interesse der kapitalistischen Produktion führte, einer Minderheit der Studenten es ermöglichte, sich aus dem Schlepptau der Technokraten zu befreien und aus der Kritik der technokratischen Hochschulreform ein antikapitalistisches Bewußtsein zu entwickeln, das keineswegs mit den unmittelbaren Interessen der Studenten identisch ist.

Alle pauschale Erklärungen der Studentenbewegung erklären sich aus dem existentiellen Bedürfnis der studentischen Revolutionäre, in der Studentenbewegung die Keimform einer gesamtgesellschaftlichen revolutionären Bewegung zu sehen. Aus diesem Bemühen, das sich aus der revolutionären Flaute in den Metropolen ergab, mußte die Situation der Studenten exemplarisch verstanden werden, wenn sie die Möglichkeit einer solchen Ausweitung objektiv begründen sollte. Dies erlaubtensowohl die Theorie der neuen Arbeiterklasse als auch die Randgruppentheorie, aber lediglich aus der Randgruppentheorie ließ sich eine aktionistische Strategie "materialistisch" begründen. Beide Theorien sind soziologisch undlegen ihren Erklärungen die Situation der Studentenschaft zugrunde. Beide Theorien erweisen sich in ihrem pauschalen Charakter in dem Moment als ungenügend, ja fragwürdig, wo sich einerseits die staatliche Repression auf die Studenten verschärft und wo andererseits eine Bestimmungdes Verhältnisses von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung durch die Verschärfung der Klassenkämpfe in Westeuropa nicht nur notwendig sondern auch möglich wird.

V.

Die Studentenbewegung muß sozio-ökonomisch aus der Situation der Studenten an der Universität und aus der Verwertung der Wissenschaft im Kapitalismus erklärt werden. Randgruppentheorie und Neue Arbeiterklassetheorie verabsolutieren jeweils einen Aspekt und vergröbern ihn. Den politischen Ausdruck der Studentenbewegung kann man nicht unmittelbar aus diesen objektiven Bedingungen ableiten, da sie sie Ausbildung eines spezifischen Klassenbewußtseins nicht zulassen.



Das Klassenbewußtsein der Studenten ist erborgt. Die Studenten sind als Studenten nicht zur Ausbildung einer konsistenten Gesellschaftstheorie in der Lage. Eine solche Gesellschaftstheorie, die aus der gesellschaftlichen Praxis entsteht und auf diese zurückwirkt ist nur vom Standpunkt des Proletariats möglich," indem im Klassenstandpunkt des Proletariats der Punkt gefunden ist, von wo aus das Ganze der Gesellschaft sichtbar wird." (Lukacs W II, S. 193) Dies ist dem Proletariat grundsätzlich deshalb möglich, weil es die Warenstruktur der Gesellschaft am eignen Leibe erfährt: "Wie betont, muß der Arbeiter sich selbst als "Besitzer" seiner Arbeitskraft als Ware vorstellen. Seinespezifische Stellung liegt darin, dass diese Arbeitskraft sein einziger Besitz ist. An seinem Schicksal ist für den Aufbau der ganzen Gesellschaft typisch, daß diese Selbstobjektivierung, dieses Zur-Ware-Werden einer Funktion des Menschen, den entmenschten und entmenschlichenden Charakter der Warenbeziehung in der größten Prägnanz offenbaren." (W II, S. 267) Der Student muß seine Arbeitskraft nicht verkaufen undsperrt sich theoretisch und praktisch gegen die Einsicht in die Warenstruktur der Gesellschaft, indem er sich entweder gegen die Berufssphäre, in der er sich ebenfalls verkaufen muß, eskapistisch absperrt oder den Beruf zum eigentlichen befreienden Endpunkt des Studiums stilisiert, wo die Freiheit von Prüfungen gleichzeitig die Freiheit der Herrschaft verspricht (der Eskapismus ist vor allem unter den Philosophen verbreitet, die Verwechslung von individueller Freiheit mit der Partizipation an Herrschaft vor allem unter den Juristen). Der Staat als Agent des Kapitals hat diese Verdrängung der Berufssphäre insofern in Frage gestellt als er die spätere Verwertung der Studenten zum ausdrücklichen Studienziel erhob. Damit desillusionierte er vor allem den studentischen Eskapismus, was die Phil. Fak. zur Avantgarde der Studentenrevolte machte. Aber die Studentenbewegung ist deshalb in vieler Hinsicht der Versuch, den exterritorialen Status des Studenten zu erhalten und wird deshalb auch durch die allgemeine Charakteristik der Intellektuellenbewegungen von Lukacs getroffen, der ihnen Defensivcharakter zuschreibt. Die Studenten bekämpfen nicht grundsätzlich die Warengesellschaft, sondern wehren sich dagegen, daß sie selbst zur Ware werden. Dieser Defensivcharakter des studentischen Kampfes sagt natürlich gar nichts über die möglichen Aktionsformen aus; diese können dennoch höchst militant sein, wie schließlich auch die französischen Poujadisten vor dem Kampf mit der Polizei nicht zurück schrecken. Dieser Defensivcharakter der Studentenbewegung kann durch die Studenten als Studenten nicht überwunden werden, sondern nur, wenn sie sich theor etisch und praktisch auf den Standpunkt des Proletariats stellen. Weil die Interpreten der Studentenbewegung Sozialisten waren, die sich wenigstens theoretisch auf den Standpunkt der Proletariats stellten, wurde dieser Defensivcharakter der Studentenbewegung verschleiert. Wenn immer wieder die Apathie der studentischen Massen in den teach-ins beklagt wird, so wird übersehen, dass hier gerade der Widerspruch zwischen der Studentenbewegung als Defensivbewegung und ihrer erborgten offensiven Theorie, die ihr der SDS induzierte, zum Ausdruck kommt. Die analytische Trennung zwischen SDS und Studentenbewegung ist deshalb nicht die Flause einiger Stalinisten oder Organisationsfetischisten, sondern die einzige Möglichkeit angesichts der erstaunlichen Mobilisierung der letzten 3 - 4 Jahre, nicht den klaren Kopf zu verliern und damit auch der Versuch, die Studentenbewegung, statt sie bloß zu agitieren, in ihren Grenzen zu bestimmen und damit partiell über sich selbst hinauszutreiben. Die Studenten können nicht durch die Bewegung als solche zu Sozialisten werden, denn diese ist durch die Ablehnung der Warengesellschaft für sich selbst aber nicht durch ihre generelle Bekämpfung gekennzeichnet. Wenn das richtig ist, und sowohl die Entstehung der Studentenbewegung vor allem aus der Phil. Fak. als auch die strukturellen Mängel dieser Bewegung (z.B. gerade die Organisationsunfähigkeit der Phil.Fak. - Studenten) sprechen hierfür, dann ist es eminent gefährlich, die Auflösung des SDS in die "Bewegung" zu feiern, denn das würde lediglich einen Rückfall auf deren kleinbürgerliche Ursprünge bedeuten. Überhaupt geht der unbestimmte Pseudobegriff "Bewegung" an all unseren Erfahrungen der letzten Jahre vorbei, die dadurch gekennzeichnet sind, daß die Studenten ohne bewußte Führung über bloß subjektive Erregung und Irritation nicht hinauskommen. Die völlig abstrakte Übertragung des proletarischen Spontaneitätsbegriffs auf die Studentenbewegung verhindert bloß, daß wir aus diesen Erfahrungen die richtigen Konsequenzen ziehen. Spontan neigen die Studenten zunächst zur privaten Resignation, wie ihre erste Reaktion auf die Funktionalisierung der Uni in der Flucht vor dem Leistungsdruck bestand, statt in seiner Bekämpfung. Das kolossale Ansteigen der drop-outs ging der Studentenbewegung schließlich voraus und die Studentenbewegung war zum Teil die Mobilisierung und Zusammenrottung dieser drop-outs und wird nicht von allein diese Ursprünge überwinden. Diese wirken fort in dem Eindruck, sich individuell den kapitalistischen Zwängen entziehen zu können, für sich privat Fluchtmöglichkeiten zu entdecken und sind damit ein entscheidendes organisatorisches H andicap. Was als Auflösung des SDS in der Bewegung zumindest vorübergehend im SDS gepriesen wurde, beschreibt ein Berliner Papier als Konsequenz der Strategie des SDS: "Wichtigstes Merkmal dieser Strategie ist zweifellos, daß sie die politischen Unfahigkeiten des SDS jeweils ins Positive kehrte: wo es nicht gelang, eine politische Aktion zu planen, wurde die Selbsttätigkeit mystifiziert; wo es nicht gelang, organisatorische Konsequenzen zu ziehen, wurde von Selbstorganisation geredet, so daß der richtige Ansatz von Selbsttätigkeit und Selbstorganisation in sein Gegenteil verkehrt wurde. Praktisch läßt sich diese Strategie darauf reduzieren, daß der SDS bei spontanen Rebellionen als Interpret (nicht oder nur selten als Avantgarde) der Rebellion fungierte." (NK 54, S. 54)

Bei den beschriebenen Fehlern des SDS handelt es sich darum, daß er das Verhältnis von Führung und Bewegung permanent verdrängte, um sich nicht darüber Rechenschaft ablegen zu müssen, daß die Theorie der Studentenbewegung vertreten vom SDS nicht "organisch" aus der Bewegung entstanden ist, sondern erborgt wurde, und daß dieser Widerspruch zwischen sozialistischer Avantgarde und defensiver Studentenbewegung einer besonders sorgfältigen Behandlung bedurfte, wenn an ihm nicht die Theorie und das Verhältnis von Organisation und Spontaneität gänzlich in die Brüche gehen sollte.

Der SDS versuchte, diese Schwierigkeit dadurch zu überwinden, daß er sehr früh auf gesamtgesellschaftliche Praxis ein entscheidendes Gewicht legte. Aber gerade die Vermittlung zwischen Politik an der Hochschule und dem Versuch der "Rekonstruktion der Arbeiterbewegung"hätte nur durch eine einheitliche Avantgarde geleistet werden können, die ihre einheitliche Praxis entsprechend den objektiven Bedingungen an der Unversität, den Schulen und in den Betrieben differenziert hätte. Dazu war der SDS gerade deshalb nicht fähig, weil er die Studentenbewegung immer schon zu sozialistischen stilisierte. Folglich sollte mal die Universität zur Betriebsprojektgruppe werden, mal sollte der Kampf auf die Universität beschränkt bleiben, weil der an sich schon exemplarisch sei. Die Ursache dieser Schwankungen liegt gerade darin, daß sich der SDS nicht als sozialistische Organisation verstand, die in der Studentenbewegung als Agent der Arbeiterklasse arbeitet, und in der Arbeiterklasse Klassenbewußtsein verbreitet, sondern die Studentenbewegung unmittelbar mit der Arbeiterklasse, oder gleich der ganzen unterdrückten Menschheit in Beziehung setzen wollte: Die unkritische Verwendung der neuen Arbeiterklassen- und der Randgruppentheorie sind der Ausdruck dieses Versuchs, ohne Klassenanalyse sozialistische Politik machen zu wollen.

Diese Mängel waren historisch nicht vermeidbar. Aber wenn der SDS wirklich Selbstkritik üben will, dann muß er mit seinem sozialistischen Anspruch ernst machen, statt seine Fehler der Bewegung zur Last zu legen. Keine Bewegung kann was dafür, wenn sie mißverstanden wird. Daß die Studentenbewegung nicht in der Lage war, ihre pluralistische Motivation auch zu artikulieren und daß sie die sozialistische Interpretation mehr duldete als hervorrief, bestätigt ihren kleinbürgerlichen Charakter. Der kann für den SDS keine Entschuldigung sein. Eine sozialistische Organisation muß mit ihren kleinbürgerlichen Tendenzen fertig werden, durch die existentielle Abspaltung ihrer Mitglieder von ihrer Klasse und die Überwindung der Grenzen ihrer Herkunft durch die theoretische Einsicht. Die Geschichte des SDS ist eine Geschichte der Verdrängung dieser Aufgabe.

VI.

Die Studentenbewegung ist bisher nicht der Aufstand der Produktivkraft Wissenschaft gegen die Produktionsverhältnisse, sondern die Weigerung eines Teils der Studenten der ideologischen Fächer in dem Widerspruch zwischen kapitalistischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften ausdrücklich auf Seiten der Produktionsverhältnisse gegen die Produktivkräfte Stellung beziehen zu müssen und damit des Scheins von Unabhängigkeit, den sie genossen, verlustig zu gehen. Die Formierung der Ideologen durch das Kapital ist durch die Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche verursacht, die es nicht länger erlauben, die ideologische Herrschaft sich naturwüchsig vollziehen zu lassen. Die Abwehr seitens der Ideologen ist ihrerseits ideologisch und bloß ethisch. Ohne theoretische Einsicht in die Totalität des kapitalistischen Systems wird sie an den Zwängen des Kapitals zerbrechen. Theoretische Einsicht in die Totalität der kapitalistischen Gesellschaft ist aber bloß vom Standpunkt des Proletariats aus möglich. Aber gerade gegen den Standpunkt des Proletariats sträubt sich die individualistische Ideologie vieler Studenten, welche ihre Abwehrbewegung motivierte. Außerdem reicht die bloße theoretische Einsicht nicht aus, um aus Intellektuellen Sozialisten zu machen. Dies ermöglicht erst der Anschluß an die Praxis der Arbeiterbewegung und an deren Organisation. Damit ist die Aporie der Studentenbewegung bezeichnet: sie kann aus eigenem Antrieb nicht zur sozialistischen werden, sondern nur dadurch, daß sie sich in den proletarischen Klassenkampf einreiht. Dieser ist in Westdeutschland trotz der Wilden Streiks immer noch in einer Latenzphase. Heißt das, daß sich die Sozialisten unter den Studenten aus der aktuellen Bewegung zurückziehen und darauf warten sollen, bis der proletarische Klassenkampf offen ausbricht?
Keineswegs. Die Sozialisten müssen weiterhin versuchen, im studentischen Abwehrkampf die Führung zu übernehmen und alle Fragen aufgreifen, die die Studenten beunruhigen, um durch ständige Aufklärung über den Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital, die Studenten theoretisch auf ein Bündnis mit der Arbeiterklasse vorzubereiten. D.h. keineswegs, daß sie die Studenten einfach immer wieder auffordern sollen, dem Volke zu dienen oder sich auf den Standpunkt des Proletariats zu stellen. Aber die Sozialisten müssen immer und überall die aktuellen Probleme vom Standpunkt des Proletariats aus analysieren und den Studenten erlären. D.h. z.B., daß sie sich weiterhin an die Spitze des Kampfes gegen die technokratische Hochschulreform stellen müssen, nicht aber um die studentischen Privilegien zu verteidigen und irgendwelche illusionären Freiräume zu propagieren, sondern um die technokratische Hochschulreform aus den allgemeinen Widersprüchen des Kapitalismus zu erklären und so die Studenten und sich selbst auf die proletarische Offensive vorzubereiten, die von den Studenten nicht geführt, sondern bloß unterstützt werden kann. Im studentischen Abwehrkampf haben die Sozialisten also vor allem die aufklärerische Aufgabe, möglichst viele Studenten für die kommenden Klassenkämpfe zu neutralisieren und eine Minderheit aus der bürgerlichen Klasse endgültig herauszubrechen.

Diese Minderheit von Studenten darf ihre politische Tätigkeit nicht auf die Universität beschränken. Sie hat die Empörung der Studenten immer wieder in Demonstrationen auf der Straße und den Angriff auf den kapitalistischen Staat umzusetzen. Vor allem aber hat sie die Aufgabe, jene Fraktionen der Arbeiterklasse, die sich nicht länger hinters Licht führen lassen wollen, in ihrem Kampf im Betrieb zu unterstützen. Die Praxis der sozialistischen Studenten in und außerhalb der Universität muß deshalb eine permanente Entlarvungspraxis sein. In der Universität muß vor allem die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft weitergetrieben werden. In Verbindung mit der Entlarvungspolitik vor den Betrieben müssen die sozialistischen Studenten so eine proletarische Wissenschaft entwickeln, die ihr wichtigster Beitrag für die kommenden Klassenkämpfe sein wird.

ORIGINAL-AMERIKANISCHER
PFEIFENTABAK · WIRD IN
DEUTSCHLAND HERGESTELLT ·
DURCH ZOLLERSPARNIS NUR
RUM and MAPLE
2.50 DM
● Gratispröbchen · PLANTA · Berlin 61

Wie sollen sie sich dann an der Universität verhalten, wenn der AStA durch die herrschende Klasse beseitigt ist? Sollen sie eine gewerkschaftliche Organisation aufbauen? Es ist bezeichnend für den Charakter der Studentenbewegung, daß ihre Spontaneität nicht wenigstens die Höhe dieser ersten Organisationsform erreichte, die die Arbeiterklasse naturwüchsig hervorbrachte (um sie dann an die Funktionäre und den Staat zu verlieren). Eine gewerkschaftliche Organisation kommt für die Studenten aber schon deshalb nicht in Frage, weil sie ihre Arbeitskraft nicht verkaufen müssen und Gewerkschaften nichts anderes sind als die Interessen organisation der Ware Arbeitskraft. Der Zwangsverband Studentenschaft und AStA sind keine gewerkschaftliche Organisation, sondern ein Staatsorgan zur politischen Gängelung der Studenten, das die linken Studenten auf Grund seiner formaldemokratischen Organisation politisch gegen die herrschende Klasse wenden konnte.
Genauso wenig wie die studentische Abwehrbewegung automatisch zur sozialistischen wird, genauso wenig sind die studentischen Interessen an sich schon progressiv. Die Studentenbewegung ist progressiv, sofern sie politisch ist, d.h. nicht auf die Erhaltung der studentischen Privilegien, sondern auf die Abschaffung aller Privilegien aus ist. Aber der studentische Status ist privilegiert und seine bloße Verteidigung steht deshalb im Widerspruch zu den progressiven politischen Inhalten der Studentenbewegung. Eine gewerkschaftliche Organisation ist bisher gerade deshalb nicht entstanden, weil die politischen Impulse stärker waren als die rein interessengebundenen.

Eine gewerkschaftliche Organisation im strengen Sinn ist also gar nicht möglich, weil die Studenten nicht vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben. Eine Organisation aber, die sich vor allem an den Interessen der Studenten festmachen würde, würde auf Grund von deren Status und ihrer späteren Position im Produktionsprozeß sehr schnell ständischen, also antiproletarischen Charakter annehmen. Die Organisationsformen der Studenten sind die Institutsgruppen einerseits und die Massen-teach-ins andererseits. Deren Wechselspiel und die Funktion, die die sozialistischen Studenten in Institutsgruppen und teach-ins wahrnehmen, müssen verhindern, daß sich die linken Studenten mit sog. Fachinteressen und deren Verteidigung begnügen.
Bedeutet die klare Erkenntnis der Grenzen der Studentenbewegung durch die Sozialisten, eine Abkehr von der Studentenbewegung? Gerade nicht. Erst wenn die Sozialisten den Trugschluß aufgeben, sie könnten sich der "Bewegung" einfach hingeben, können sie die Widersprüche innerhalb der Studentenbewegung und zwischen ihr und den Notwendigkeiten des proletarischen Klassenkampfes richtig behandeln und so verhindern, daß sie sich verschärfen, statt tendentiell aufgehoben zu werden.

Joscha Schmierer

Fr 7.11. SALLY FLIP (Underground)
Fr 14.11. JOACHIM KÜHN TRIO
Fr 21.11. THE SCRATCH (Schottische Blues- und Undergroundband)
Mi 26.11. Stadthalle Heidelberg 2o.oo Uhr CARRIBEA '69 Sounds, Songs & Dances from Trinidad - Vom Calypso zum Limbo
Fr 28.11. PETER BRÖTZMANN TRIO
Mi 3.12. Stadthalle Heidelberg 2o.oo Uhr JAZZ AUS U.S.A. with THE SAINTS & SINNERS ALLSTARS feat: BUDDY DATES ts and DAVE PIKE set feat: VOLKER KRIEGEL g

Jeden Samstag, Sonntag, Montag, Dienstag, und Mittwoch Tanz mit unserer Stereo-Discothek und modernsten Lightshow.

CAVE 54
Verein zur Pflege studentischer Geselligkeit e. V.
Heidelberg, Krämergasse 2 Tel. 06221/27840
Werden Sie Mitglied im ältesten Studenten Jazz- Club Deutschlands

Eine Interpretation der wilden Streiks

I. Das sozialdemokratische Bewußtsein vom "gerechten Lohn"

Der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, vor allem die ausschließliche Verfügungsgewalt der Kapitalisten über die Investitionen, äußert sich im Nachkriegskapiatalismus in kurzen (etwa dreijährigen) relativ regelmäßigen Schwankungen im Wachstum der Industrieproduktion, dem Krisenzyklus. Für die Lohnarbeite bedeuten die Konjunkturen ein geringfügiges Wachsen der Löhne, die Rezessionen dessen Stagnation, Kürzungen von Sozialleistungen, potentiell Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, die nur durch die Gastarbeiter etwas gemildert wird, die immer noch eine relevante Reservearmee für Westeuropa darsetelln.

In der Stahlindustrie (z.B.) beträgt der Lohnanteil an den Produktionskosten etwa 15%. Eine Lohnerhöhung um 10% bedeutet also eine Erhöhung der Produktionskosten um nur 1,5%. Dadurch verschlechtern sich also die Investitionsbedingungen nur geringfügig. Der Krisenzyklus wird gegenwärtig weniger von der Lohnsituation als von der übrigen Marktlage bestimmt. Nur wenn die Lohnerhöhungen über die bloße Beibehaltung des Verhältnisses von Löhnen und Profiten hinausgingen, würden sie die Investitionsbereitschaft dämpfen, die Rezessionen verschärfen. Damit gerieten aber die Arbeiter, die das kapitalistische System zunächst akzeptieren, in Widerspruch zu ihren Interessen im Falle der Rezession, nämlich der Sicherung der Arbeitsplätze . Sozialdemokratisches Bewußtsein der Arbeiter wie der "fortschrittlichen" Teile der Gewerkschaften (nicht aber der SPD heute) bestimmt sich also aus dem Interessenwiderspruch von Lohnerhöhung und Vollbeschäftigung bei Akzeptierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, und neutralisiert sich in der Forderung nach dem Gleichbleiben des Verhältnisses im Wachstum von Löhnen und Profiten: was bisher funktioniert hat, muß auch weiter funktionieren. Die Erfüllung dieser Forderung erzeugt einerseits ein gewisses Wachstum der Löhne , das aber die Profite nicht gefährdet, andererseits eine fast Vollbeschäftigung, die aber wegen des Vorhandenseins einer externen Reservearmee noch keine "Monopolisierung" der Ware Arbeitskraft ermöglicht. In diesem Integrationsmechanismus haben die Gewerkschaften die Funktion eines Maklers für die Ware Arbeitskraft, der sich den "Gesetzen" des Warenmarktes unterwirft. In dieser Funktion werden die Gewerkschaften von den Arbeitern und von den Unternehmern akzeptiert. Dies ist ihre "Ordnungsfunktion". Ihre Lohnpolitik entspricht auf dieser Ebene dem Bewußtsein der Arbeiter von einem "gerechten Lohn", das freilich schon als Kanalisierung zu verstehen ist. Die Konstanz im Verhältnis von Löhnen und Profiten sorgt einerseits dafür, daß die Profite immer wesentlich höher als die Löhne sind, sodaß die Kapitalisten die alleinige Verfügungsgewalt über die Investitionen behalten und kein Arbeiter Kapitalist wird; andererseits dafür, daß der Konsum der Arbeiter einschliesslich ihres Besitzes an langfristigen Konsumgütern ständig geringfügig steigt. Damit steigen aber auch die Möglichkeiten für Ersatzbefriedigungen, die zur größeren Integration des Arbeiters beitragen.

Die Ersatzbefridigungen führen zur wenigstens vorübergehenden Neutralisierung des Widerspruchs, der heute das Bewußtsein des Arbeiters bestimmt: Einerseits besteht die Einsicht in die Unerträglichkeit des "Arbeiterlebens" und der Wunsch, diesem "Leben" zu entkommen, in dem man als einzelner die Arbeiterklasse verläßt, aufsteigt und reich wird. Andererseits besteht die Einsicht in die objektive Unmöglichkeit, (als einzelner) je etwas anderes als Arbeiter zu werden. Dieses Bewußtsein ist insofern ein richtiges Bewußtsein, als es die Notwendigkeit der Aufhebung der elenden Verhältnisse und die Notwendigkeit der Solidarität der Arbeiter aufgrund ihrer objektiven Klassenlage zu sehen vermöchte. Es ist falsches Bewußtsein, weil es nur auf private Aufhebung des Elends drängt und schon deshald die Klassensolidarität für unmöglich halten muß. Die Stellung des Widerspruchs ist freilich altersspezifisch und unterschiedlich in den einzelnen Fraktionen der Arbeiterklasse. Aufhebung des Widerspruchs ist Vermittlung der Einsicht in die objektive Notwendigkeit der Klassensolidarität und die Möglichkeit der Aufhebung der elenden Verhältnisse gerade durch solidarisches Handeln. Die Lieferung von Ersatzprogrammen macht diese Einsicht zunächst schwer, weil es dadurch dem Arbeiter gelingt, sich mit bürgerlichen Statussymbolen zumindest außerhalb des Betriebs über den Widerspruch hinwegzutäuschen. Die Ersatzprogramme verhindern somit eine Entfaltung des Klassenbewußtseins zu einem sozialistischen. Dieses Interesse - neben dem der Erhöhung der Kaufkraft der Massen, das damit zusammenfällt - haben die Kapitalisten an Lohnerhöhungen. Die Kapitalisten geraten so in einen Interessenwiderspruch. Einerseits sind Lohnerhöhungen in Ihrem Interesse, andererseits bedeuten sie zunächst eine Schmälerung der Profite. Dieser Widerspruch neutralisiert sich aber nur teilweise in der Maxime einer Konstanz im Wachstum von Löhnen und Profiten, weil etwa die Industrie Monopole der Bundesrepublik ihre Profite vor allem im Export erzielen, am Massenkonsum also nur mittelbar interessiert sind. In der Konjunktur haben sie ein Interesse an niedrigen Löhnen, in der Rezession können sie ihre Macht durch die Verschärfung des Monopolisierungsprozesses ausbauen und die Arbeiter und Gewerkschaften disziplinieren. Sie setzen eher auf Notstandsgesetze als auf Ersatzprogramme. Unterden Bedingungen der Rezession können sie den Gewerkschaften, die dann vor allem an Vollbeschäftigung interessiert sind, Tarifverträge aufzwingen, die schlecht und lang -

fristig genug sind, um bei der Kurzfristigkeit des Krisenzyklus erhebliche Extraprofite zu ermöglichen. Ähnlich können erhebliche Extraprofite dadurch erzielt werden, daß in verschiedenen

erken eines Konzerns oder in verschiedenen Regionen eines Produktionszweiges unterschiedliche übertarifliche Löhne gezahlt werden.

beiden Fällen nehmendie Gewerkschaften die ihnen von den Arbeitern zugeschriebene Funktion, für einen "gerechten Lohn" zu rgen, nicht wahr. Und zwar deshalb, weil sie sich in dem Widerruch von Lohnerhöhung und Garantierung der Vollbeschäftigung unter Hinnahme des Kapitalismus befinden.

ie langfristigen Tarifverträge und die differenzierten Lohnniveaus nd fürs Krisenmanagement notwendig. Je intensiver der Krisenyklus ausgeprägt ist, desto mehr werden die Gewerkschaften in iesen Widerspruch hineingetrieben.

er Konkurrenzkampf zwingt die Monopole zur Profitmaximierung. In der Konjunktur muß deshalb die Produktivität um jeden reis gesteigert werden, die Währungspolitik muß die Exportbedingngen optimal halten, die Löhne müssen niedrig gehalten werden. Die Monopole haben kein Interesse an einer "Konjunkturdämpfung". Die Sicherheitsbedürfnisse des Kapitals erfordern dagegen gerade ine "Dämpfung" der Konjunktur, um nicht zu große Überkapazitäten aufzubauen. Daß erste ist im Interesse der großen Industriemonopole, daß zweite im Interesse des großen Teils der übrigen Kapitalien sowie der Kleinbourgeoisie. Diesen beiden Tendenzen ntspricht der gegenwärtige Hauptwiderspruch in der kapitalistichen Politik. Setzt sich die SPD für die bessere Organisation der Nationalwirtschaft im Interesse der Sicherheit des Kapitals ein, o ist etwa die CSU in Konjunkturzeiten durchaus bereit, offen zu erklären, sie trete für den "Abbau des Wirtschaftsdirigismus" ein (NZZ, 15.9.69) und baut im übrigen auf die Notstandsgesetze. Beide sind zumindest in Hochkonjunturen kontrovers, beide handeln ausschließlich im Interesse des Kapitals. Für den Arbeiter besteht kein Grund, mit der einen oder anderen Seite zu sympatisieren.

Vor diesem Hintergrund müssen die Septemberstreiks und ihre konkrete Form verstanden werden. Zu ihren Bedingungen gehören nicht nur die Hochkonjunktur, die spezifischen Verhältnisse in den Produktionszweigen und die regional und strukturell unterschiedlichen Lohnniveaus, sondern auch ein sozialdemokratisches Bewußtsein vom "gerechten Lohn" bei den Arbeitern, die Verschärfung des Widerspruchs in der gewerkschaftlichen Lohnpolitik, in Verbindung mit der konzertierten Aktion Das syndikalistische Bewußtsein der Arbeiter ist gegen das Kapital, gegen die Gewerkschaften und gegen die SPD praktisch geworden, weil diese sich zunehmend in ihre eigenen Widersprüche verstrickt haben. Indem es so praktisch geworden ist, hat es tendenziell aufgehört, sozialdemokratisch zu sein. Denn die Apathisierung und Gängelung der Massen ist eine Bedingung des sozialdemokratischen Bewußtseins.

Wenn aber das Bewußtsein der Arbeiter vor dem Ausbruch der Streiks tatsächlich ein sozialdemokratisches ist, kann schon dessen praktische Wendung über die bloße Nörgelei hinaus nicht ausschließlich aus der Diskrepanz zwischen dem Bewußtsein der Arbeiter und der Politik der traditionellen Arbeiterorganisationen erklärt werden. In der jetzigen Hochkonjunktur wird die physische Leistungsfähigkeit des Arbeiters bis an die Grenze des Möglichen belastet. Durch regelmäßige Überstunden ist der 8-Stunden - Tag faktisch aufgehoben. Arbeitsintensität und -tempo sind durch den schnellen Produktionsrhythmus derart gesteigert, daß dem Arbeiter das in normalen Zeiten immer mögliche gelegentliche "Bummeln" beinahe unmöglich wird, sodaß er sich einer ununterbrochenen Belastung ausgeliefert sieht. Ausbeutung wird ihm unmittelbar bewußt. Dies ist die Bedingung für das Praktischwerden sozialdemokratischen Bewußtseins . Die praktische Erfahrung der Ausbeutung überhaupt setzt sich um in die ökonomistische Forderung nach Anpassung des Preises für die Ware Arbeitskraft an die gestiegene Nachfrage, nach einer Verbesserung der Ersatzprogramme. Das ökonomistische Bewußtsein wiederum wird in seiner Praxis im spontanen Streik durch die Erfahrung von Solidarität und Mündigkeit und durch die Erfahrung der Grenzen des ökonomischen Kampfes tendenziell transzendiert.

II. Spontaneität und Politisierung der Streiks. Die Streiks an der Saar.

In den Neunkircher Eisenwerken wurde der Streik durch eine Unterschriften sammlung eingeleitet. Das sicherte für den Streik selbst ein Minimum an Organisation und Einheitlichkeit, da auf diese Weise die 50 Pfennig Losung bereits vor dem Streik allgemein angenommen wurde und Kader der DKP-Betriebsgruppe von vornherein eine strukturierende Funktion übernehmen konnten. Der Streik wurde innerhalb des Betriebs durchgeführt und konnte sich in seiner Organisation auf das Prinzip der Abteilungen stützen. In den Abteilungen besteht ein gewisser Diskussionszusammenhang und ein hohes Vertrauensniveau unter den Arbeitern aufgrund gemeinsamer Arbeitserfahrungen, sodaß die Kader in Ruhe reden konnten. Der Erfolg dieser Agitation beruhte sicher darauf, daß die Kader als Arbeiter agitierten, nicht als Mitglieder einer Partei. Dennoch gelang gerade dadurch eine gewisse Politisierung des Streiks . Es entstand eine starke Solidarität, an der 50-Pfennig-Forderung wurde festgehalten - was wichtig ist, da Funktionäre und Unternehmer sie in den Verhandlungen durch Prozentforderungen, die die Interessen der verschiedenen "Leistungsgruppen" zersplittern, zu ersetzen versuchten - , im Betrieb wurde die rote Fahne aufgezogen, die auch an der Spitze der Demonstration in Neunkirchen mitgeführt wurde, und die Kader waren in der Lage, zwischen den Streikenden und Studenten, die sich mit ihnen solidarisierten, zu vermitteln. Die Konzernleitung versuchte mit ad-hoc zu wählenden Vertrauensmännern der Belegschaft zu verhandeln. Diese bestand aber darauf, daß die Verhandlungen vom Betriebsrat geführt werden, was nicht nur damit zu erklären ist, daß der Betriebsrat relativ progressiv ist, sondern auch auf den Einfluß von DKP-Kadern hinweist.

Die Saarbergwerke AG befinden sich zu 74% in den Händen der Bundesregierung, 26% gehören der Landesregierung, in jedem Fall also der CDU. Auch die IGBE des Saarlandes und eine große Zahl von Betriebsräten ist ziemlich fest in CDU-Händen. Die Bergarbeiterlöhne an der Saar sind nur auf Tarifhöhe. - Die Bergleute arbeiten unter Tage zerstreut und können kaum am Arbeitsplatz diskutieren. Gewerkschaftlich sind sie nicht in einem Vertrauensleutekörper organisiert, sondern in Ortsgruppen. Andererseits ist die Solidarität unter ihnen durch die Gefährdung während der Arbeit, Berufskrankheiten und eine lange ständische Tradition besonders hoch. Die IGBE hatte ohne Ergebnis seit dem 15.8. um Lohnerhöhungen verhandelt. Als der Streik der Hüttenarbeiter bekannt wurde legte zunächst eine Schicht der Grube Luisenthal die Arbeit nieder. Aufgrund der allgemeinen Unzufriedenheit und der hohen Solidarität schlossen sich alle Gruben in kürzester Zeit spontan dem Streik an. Der Streik konnte sich auf keine Organisation stützen. Weder

die Gewerkschaftsspitze noch die Ortsgruppenvorsitzenden noch die Betriebsräte hatten das Vertrauen der Streikenden. Die DKP spielte höchstens bei der Verbreitung von überbetrieblichen Informationen via Flugblatt eine Rolle. Sie war nicht auf den Streik vorbereitet. Die Streiklosungen waren uneinheitlich: 8,- DM pro Schicht, 1 000 DM netto im Monat, usw. Immer waren es aber Pauschalforderungen. Die Unzufriedenheit der Bergleute war vor dem Streik privat geblieben. Der Streik war völlig spontan. Die Solidarität war sein einziges organisierendes Moment. Als Verhandlungspersonen stuppsten die Bergleute spontan einzelne aus ihren Reihen nach vorn. Wo einer in kleinen Gruppen als Arbeiter agitierte, konnte er Erfolg haben. Agenten, die als Gegenagitatoren auftraten, wurden fast so wenig gehört wie Kommunisten, die "radikal" als Parteimitglieder agitierten. Eine ausdrückliche Politisierung des Bergarbeiterstreiks konnte so nicht gelingen. Deshalb war aber der Streik nicht unpolitisch.

Soweit explizite Standpunkte in Streikparolen vertreten wurden, zeigen sie zunächst das sozialdemokratische Bewußtsein vom "gerechten Lohn" : "Stundenlohn statt Hungerlohn", "Wir fordern gerechten Lohn", "Kein Lohnverzicht zugunsten der Unternehmer", usw. Parolen wie "Ausbeuter" oder "wir lassen uns von Euch nicht verschaukeln" traten dem gegnüber in den Hintergrund und wurden vielleicht sogar von außen in den Streik getragen. Am nachdrücklichsten wurden dagegen Parolen vorgebracht, die auf Kritik der etablierten Arbeiterorganisationen zielen: "Unser Arbeitsdirektor ist ein Papiertiger", "Arbeiterverräter", "Wir vertreten unsere Interessen selbst" usw. Auch die Diskussionen beschäftigten sich vorwiegend mit der Kritik der Gewerkschaften. Die Bergarbeiter vor allem diskutierten ernsthaft die Alternative Druck - bis hin zum individuellen Terror - auf die Gewerkschaften auszuüben oder sie zu zerschlagen . Hatten sie doch jahrzehntelang Streikgelder in ihren Gewerkschaftsbeiträgen gespart und mußten gleich beim ersten Streik sehen, daß die Gewerkschaft keine Streikgelder auszahlte und damit einen langfristigen Streik faktisch verhinderte. Es war aber allen klar, daß die Gewerkschaftsspitze das nicht nur aus Schofligkeit tut, sondern auch, weil es in den entsprechenden Statuten so vorgesehen ist, hinter denen die Funktionäre sich allerdings hervorragend verschanzen können. Da die Veränderung der Statuten von den meisten Arbeitern für unmöglich gehalten wird, sehen sie nur die Möglichkeit eines organisierten Austritts, ohne aber die Möglichkeit einer Neugründung von Streikkassen zu sehen. Da die Arbeiter andererseits die Einsicht in die Notwendigkeit der Maklerfunktion der Gewerkschaft haben, wird die Austrittsdrohung, die seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze oft gefallen ist, vorerst folgenlos bleiben. In diesem Zusammenhang tauchte in den Bergarbeiterdiskussionen immer wieder die Gefahr der Anwendung der Notstandsgesetze auf. Während einige auf dem parlamentarischen Weg zur Veränderung der politischen Situation hinwiesen, war vielen klar, daß dieser zum Scheitern verurteilt sei, und daß nur eine Möglichkeit bliebe, nämlich "wie die Studenten " vorzugehen. Die kämpferische Tradition der Arbeiterklasse ist bei dieser selber vergessen und nur noch durch die Transmission der Studenten bewegung bekannt.

Das zeigen die Fabrikbesetzungen, die sit-ins in den Verwaltungsgebäuden, die Besetzungen der Telefonzentralen und die Massendemonstrationen. Die Gewerkschaften reagieren darauf mit einem scheinbaren Linksrutsch. Demagogisch appelieren sie an die Selbstätigkeit der asis, um ihre Herrschaft über die Basis nicht zu verlieren.

Das Bewußtsein, das die Streiks motiviert, ist das Bewußtsein der Ausbeutung. Das Bewußtsein, das sich in den Streiks explizit artikuliert, ist dessen Übersetzung ins Ökonomistische. Die Aufgabe einer Avantgarde wäre es gewesen, auf den Widerspruch zwischen dem sozialdemokratischen Bewußtsein und der praktischen Spontaneität und Militanz der Aktionen in den Fabriken und auf der Straße hinzu eisen und im Streik die Tradition der Arbeiterbewegung zu vermitteln. So hätte mit der RAdikalisierung der aufgestellten Forderungen das sozialdemokratische Bewußtsein liquidiert und der Weg des Pariser Mai und der Arbeiter von Pirelli und Fiat beschritten werden können. Das ist in der Radikalisierung der Gewerkschaftskritik und dem Vorzeigen der roten Fahne nur ansatzweise gelungen.

III. "Den Reaktionär erkennt man an seinen kurzen Haaren"

In einem Flublatt, das der SDS-AStA Saarbrücken für die streikenden Bergarbeiter herausgab[1] finden sich folgende Thesen: "... für die gesamte Wirtschaft ist es nur gut, wenn nicht zu niedrige Löhne gezahlt werden. Dann können die Leute nämlich mehr kaufen, und die Kapitalisten noch mehr verdienen. Deshalb (!) helfen Lohnerhöhungen eigentlich nur, das kapitalistische System zu stärken. " Da sollten die Kapitalisten den Arbeitern doch gleich mindestens das zehnfache an Löhen aufhalsen. Gleich im nächsten Abschnitt heißt es aber: "Die Profite sind vom Arbeiter geschaffenen Werte, die dem Arbeiter gewaltsam entzogen werden. (Durch die Rechtsordnung). Sie gehören eigentlich in ihren Lohn." Ohne Angabe eines systematischen Zusamm enhangs sind diese Argumente schlicht widersinnig.

Da auch die Studenten gegen die Kapitalisten kämpfen, weil die Kapitalisten die Universitäten ausnützen...", heißt es dann, daß "Arbeiter und Studenten also letzlich gegen den selben Feind kämpfen: gegen die Kapitalisten und gegen die Gesellschaft... " Gleich im nächsten Absatz wird aber klar, daß wenigstens bis jetzt nur die Studenten gegen die Kapitalisten kämpfen, weil die streikenden Arbeiter reaktionär sind: "Der Arbeiter, der sich wehrt, seinen Lohnkampf im Zusammenhang mit solchen politischen Tatsachen (d.i. Kampf gegen die Gesellschaft) zu sehen, gleicht dem Patienten, der sich bei der Arbeit immer wieder an einer heißen Maschine verbrennt und gegen diese Schmerzen nur Schmerztabletten nimmt - anstatt an der Ursache, der Maschine, etwas zu ändern. Eine solche Haltung ist reaktionär und muß entschieden bekämpft werden. " Die revolutionären Studenten müssen also gegen die reaktionären Arbeiter kämpfen , weil dise bloß einen höheren Lohn haben wollen. Aber ganz so radikal sind die Studenten auch wieder nicht. Es heißt nämlich weiter: "Wer gegen die rote Fahne hetzt, ist gegn eine langfristige Verbesserung der miesen Lage in Betrieben, Schulen, Universitäten." (2 revolutionäre Studenten hatten bei einer Massendemonstration von streikenden Bergarbeitern in Saarbrükken zwei rote Fahnen aus dem Auto gepackt. Die eine davon war von Funktionären- aber durchaus mit Zustimmung der Arbeiter - verbrannt worden. Und das, wo doch die rote Fahne auch bei den revolutionären Studenten für "Verbesserungen" steht!) - "Aber man muß unterscheiden", heißt es weiter,"zwi-

schen den reaktionären Studenten und den sozialistischen Studenten. Nur die reaktionären Studenten muß man bekämpfen. Man erkennt sie vor allem an ihren kurzen Haaren..." Außerdem brauchen die Arbeiter die Studenten, weil "die Studenten bestimmte Tatsachen aus Gesellschaft und Politik kennen, die den Arbeitern von der herrschenden Klasse bewußt verheimlicht werden - aus Angst davor, daß die Arbeiter sich dann nichts mehr gefallen lassen. Zu diesen Tatsachen gehört zum Beispiel, daß der Wohlstand bei uns durchaus nicht ewig währt, sondern nur von der Unterdrückung der unterentwickelten Länder abhängt. Je mehr sich die Inder, Afrikaner, Südamerikaner usw. befreien, um so schlechter werden da die Aussichten." Wenn das den Arbeitern bekannt wird, werden sie sich bestimmt nichts mehr gefallen lassen.

Gewiß ist das eine Karikatur "sozialistischer" Agitation, aber keine erfundene. Der SDS ist tatsächlich weithin nur noch eine Karikatur seiner selbst. Die komplette Hilflosigkeit am Flugblatt der Saarbrücker Genossen abgezogen - für sie ist mindestens die Ausbildungsmisere im SDS verantwortlich zu machen- bleibt die "revolutionäre" Borniertheit kleinbürgerlicher Intellektueller immer noch weithin typisch. Übrigens liegts nicht daran, daß es in Saarbrücken keine Betriebsprojektgruppe gibt, aber die "macht Lehrlingsarbeit und kann sich nicht um den Streik kümmern". Immerhin erklärten die Saarbrücker Genossen, der Ehrlichkeit halber müßten sie sagen, sie hätten den Streik nicht angezettelt. Man wird es ihnen gerne glauben. Und bestimmt sind ihnen die Arbeiter dankbar, daß die Studenten sie beschützen. Der SDS-AStA schrieb nämlich in einem Flugblatt, das an der Universität verteilt wurde: "wir haben die Arbeiter aufgefordert: Ihr braucht keine Angst zu haben... Bleibt zusammen und marschiert nach Saarbrücken. Studenten marschieren mit."

Genossen von der Basisgruppe Bochum und der Ruhrkampagne Berlin erklärten in der RPK (Nr. 30 S.3): "Die beschriebenen Aktionen ergeben eine eindeutige Aussage über die Situation der revolutionären Linken im Ruhrgebiet: sie ist miserabel schwach." Sie konnten nicht wissen, in welch katastrophalem Ausmaß ihre Aussage über das Ruhrgebiet hinaus verallgemeinert werden muß. Es heißt weiter: "Das ist freilich nicht nur ein quantitatives Problem, sondern vor allem ein Kaderproblem. Schulung und Aktionen, die auf Schulung hinführen, sind die nächsten wichtigen Aufgaben." Das ist richtig. Nur erweckt es den Eindruck, alssei Schulung wiederum bloß ein quantitatives Problem. Erfahrungen, die wir bei einem Streik in einem Heidelberger Betrieb gemacht haben, in dem es eine ziemlich große Basisgruppe gibt, von der einige Mitglieder seit einem Jahr an Arbeitskreisen der Betriebsprojektgruppe teilgenommen haben, zeigen, daß die Kaderschulung in der gegebenen historischen Situation auf eine prinzipielle Schwierigkeit stößt.

Zwar konnte die Lehrlingsbasisgruppe in dem Streik ziemlich geschlossen auftreten, kam aber auch nicht über die disziplinierte Verabschiedung einer Resolution hinaus, und mußte schließlich schon als Lehrlingsgruppe scheitern. Die in der Basisgruppe organisierten Arbeiter vermochten ebenfalls keinen Einfluß auf den Ablauf des Streiks zu nehmen, während es anderen wenigstens gelang, ein Minimum von Festigkeit in den Streik zu tragen. Beinah überall zeigt sich, daß die durch den SDS ausgebildeten Betriebskader sich selber kaum noch als Arbeiter verstehen, höchstens quasi als Außenstehende zu agitieren versuchen, damit aber den Arbeitern beinah schon so fremd sind wie die Studenten selbst und folglich das Vertrauen der Belegschaft nicht erringen können. Schließlich beginnen sie ganz auf Betriebspolitik zu verzichten und geraten potentiell ins Schlepptau der Belegschaften.

IV. Aufhebung sozialdemokratischen Bewußtseins. Aufhebung "revolutionärer" Borniertheit.

Das Bewußtsein des Arbeiters heute ist bestimmt durch den Widerspruch zwischen dem Wunsch nach privater Aufhebung der Arbeiterexistenz und deren objektiver Unmöglichkeit. Die Kontinuität der Arbeiterbewegung ist zerissen. Die - vor allem jungen- Arbeiter, denen der Widerspruch bewußt wird und die aus der Integration ausbrechen, stehen vor der Aufgabe politischer Identitätsfindung. Die einzige Tradition, an die sie unmittelbar anknüpfen können, ist die der - trotz allem doch bürgerlichen - Studentenbewegung. In der in vielen Fällen tatsächlich eintretenden Identifikation mit den sozialistischen Studenten stellt sich zugleich eine mit einer Gruppe "oberhalb" der Arbeiterklasse ein. Dieser Prozeß ist gekennzeichnet durch ein Nachlassen des an sich revolutionären Elements im Bewußtsein des Arbeiters - der unmittelbaren Einsicht in die Notwendigkeit der Aufhebung seiner elenden Verhältnisse - und eine damit zusammenfallende Intellektualisierung, das heißt die Hinnahme eines Auseinanderfallens von Theorie und Praxis. Das Grundproblem ist also, daß die Tradition der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik heute durch die Studentenbewegung vermittelt wird. Damit überträgt sich der Widerspruch zwischen den sozialistischen und den bürgerlichen Elementen der Studentenbewegung potentiell auf die Rekonstruktion der Arbeitebewegung.

Um diesen gegenwärtigen Hauptwiderspruch sozialistischer Politik in der Bundesrepublik zu lösen, müßte sich eine sozialistische Avantegarde innerhalb der Studentenbewegung allererst ausbilden. Deren Hauptaufgabe wäre es - neben der Weitertreibung der Studentenbewegung -, innerhalb der keimhaften Organisationsansätze der Arbeiter, wie dem SALZ und den Basisgruppen, als einzelne Sozialisten Kader heranzubilden, die in den Belegschaften als sozialistische Arbeiter agieren können und den in den September-Streiks zum ersten Mal manifest gewordenen Widerspruch zwischen artikuliertem sozialdemokratischem Lohnbewußtsein und dessen Praktischwerden in spontanen Streiks und militanten Aktionen in der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung aufzuheben vermögen. Das Problem der politischen Identitätsfindung kann dabei nur durch die Vermittlung der Tradition der Arbeiterbewegung gelöst werden, das der Aufhebung des sozialdemokratischen Bewußtseins nur durch Beseitigung von Linksopportunismus und "revolutionärer" Borniertheit und Herstellung und Vermittlung konkreter Analysen, deren Umsetzung in die Praxis in den Fabriken und auf der Straße nicht von vornherein durch mangelndes Realitätsbewußtsein zum Scheitern verurteilt ist. Das setzt die Einsicht in die Klassendifferenz von Arbeitern und Intellektuellen voraus. Auch für die Studenten stellt sich damit erneut das Problem politischer Identitätsfindung, das nur so verstanden werden kann, wie es Lukacs in der "Organisationsfrage der Intellektuellen" entwickelt hat.

Die Springerkampagne, die Antinotstandsaktionen und sozialpolitische Kampagnen wie die Rote-Punkt-Aktion haben ein unmittelbar gemeinsames Handeln von Arbeitern, Schülern

und Studenten aufgrund objektiv inhaltlicher Gegebenheiten erfordert. Soweit solche Aktionen gemeint sind, wird sich daran in absehbarer Zeit kaum etwas ändern. Die September-Streiks haben ihre expliziten Ziele kaum erreicht. Sie sind vor allem Schulung für die Arbeiter, damit zugleich aber auch für die gesamte sozialistische Opposition. Den Studenten zeigensie vor allem die Grenzen der Gemeinsamkeiten zwischen sich und der Arbeiterklasse. Die schlichte Verlängerung der Studentenbewegung kann nicht die Rekonstruktion der Arbeiterbewegung sein. Zur Lösung des so sichtbar gewordenen Widerspruchs in der antikapitalistischen Bewegung kursieren zur Zeit nur Patentrezepte wie "Schulung" oder die Linkspositivistische Forderung nach "Indienstnahme der Wissenschaft für die Interessen der Arbeiterklasse". Das eine führt - als Abhalten von Lesezirkeln verstanden - auf lange Zeit ins Sektierertum, das andere bleibt methodologisch der bürgerlichen Ideologie verhaftet und verfehlt schon deshalb sein Ziel. Die Arbeiter haben in den Septemberstreiks die Grenzen des Lohnkampfes erfahren können. Sie werden daraus lernen. Wenn sie den Angriff auf die Staatsmacht entwickeln, können einzelne Fraktionen der Bourgeoisie sich an diesem Kampf unter der Führung des Proletariats beteiligen. Jetzt ist es ein konsequenter und notwendiger Schritt, wenn die kleinen Gruppen politisierter Arbeiter sich weiter als bisher von der Studentenbewegung und dem SDS lösen, selbst wenn sie für einige Zeit nur als Sekten werden bestehen können. Das bedeutet zugleich das allmähliche Ende jener Phase der Betriebspolitik des SDS, in der es nur um die insgeheim liberal verstandene diffuse "Politisierung der Arbeiter"ging. Es kommt jetzt spezifischer auf die Politisierung der Volks-undBerufschullehrer an, deren praktische Möglichkeiten, die Geschichte der Arbeiterbewegung den Arbeitern zu vermitteln, besser sind als die der Studenten, auf die Politisierung der Naturwissenschaftler und Techniker, auf die Analyse der ökonomischen und politischen Entwicklung, auf die Wiedergewinnung des Totalitätsaspektes, der in der Solidarisierung mit den Befreiungsbewegungen mit der Dritten Welt schon tendenziell gewonnen war.

Fritz Kramer

---

1) Laut SDS-Info 22, S. 23, ist dieses Flugblatt von den Saarbrücker Genossen selber kritisiert und nicht verteilt worden. Ebenda wird uns auch vorgeworfen, daß der vorliegende Artikel"mühelos" Theorie produziere. Wo die "Mühelosigkeit" liegt, wird freilich nicht gesagt. Wohl aber werden zwar weitere Vorwürfe erhoben:a)wir hätten einzelne Beobachtungen vorschnell verallgemeinert, z. B. "die Bergarbeiter meinten, sie müßten wie die Studenten vorgehen. "Während es im Text tatsächlich heißt, "vielen war klar, daß ...".(Kritik durch Entstellung von Zitaten ist in der Tat mühelos.) Dadurch soll auch nicht "das Theorem belegt werden, daß die Tradition der Arbeiterbewegung... durch die Studentenbewegung vermittelt wird"(SDS-Info 22, S. 23), sondern, wie es wirklich heißt, "die kämpferische Tradition ", d.h. der Angriff auf die Staatsmacht. Nun mag zwar der"Marsch auf Saarbrücken(bei den Saarbergarbeitern) unmittelbar und bewußt an die historische Form der Arbeiterbewegung anknüpfen"(ebenda), aber im Bewußtsein der an ihm beteiligten stellte er jedoch kaum einen Angriff auf die Staatsmacht dar. Die Forderung"wie die Studenten vorzugehen" steht denn auch ausdrücklich im Zusammenhang mit einer Diskussion um die Notstandsgesetze, also in der Perspektive der Weitertreibung der Lohnstreiks.
b)Wird uns der Vorwurf gemacht, wir hätten uns bloß bei irgendjemand über die Betriebsarbeit in Saarbrücken informiert, Irgendjemand war der SDS-ASTA, der RC und ein Mitglied der Betriebsgruppe. Sonst war niemand anzutreffen. "Die meisten Mitglieder (der Betriebsgruppe) konnten nicht in Saarbrücken sein"(SDS-INfo, S. 30) Sicher liegt diese Art Unverbindlichkeit an der allgemeinen Misere im SDS, aber gerade das gilt es ja zu kritisieren! Im SDS Info 22, S. 23, heißt es dann:"wir sehen die Funktion von Analysen, die auf solche Art zusammengebaut werden, nur darin den Führungsanspruch Heidelbergs zu untermauern. "Das vorliegende Saarbrücker Flugblatt ist aber ausdrücklich als"weithin typisch" (s. u.) zitiert. Es besteht absolut kein Grund anzunehmen, daß "die Heidelberger"sich von diesem "weithin" selbst ausnehmen. Die Kritik des Saarbrücker Flugblatts (vgl. SDS-Info 21, S. 24)richtet sich ausdrücklich nicht gegen den Saarbrücker SDS, sondern gegen die "revolutionäre Borniertheit". Diese Kritik ist allerdings notwendig. Wer sie immernoch als Weidekrieg versteht, zeigt damit nichts als sein verdinglichtes Verständnis von Kritik.

Einladung zum kostenlosen Proberauchen!

Probieren Sie den zungenmilden Pfeifentabak! 6 Pröbchen gratis. Diesen Gutschein senden an:

EXCLUSIV-TOBACCO
83 Landshut, Postfach 568 a

Die Rote-Punkt Aktion nicht als Angriff auf die Konsumsphäre mißverstehen

Der Erfolg der Straßenbahnblockaden in verschiedenen Städten legt die Gefahr nahe, nun endlich den allgemeinen Angriff auf die Konsumsphäre, die endgültige Zerschlagung des Konsumterrors einzuleiten. Einer solchen Konsequenz liegt eine Fehleinschätzung zugrunde sowohl der Straßenbahnaktionen als auch der Möglichkeiten, den Klassenkampf im Konsumsektor auszutragen oder auch bloß einzuleiten. Diese Interpretation der Straßenbahnblockaden unterdrückt gerade die klassenspezifischen Momente der Aktionen und verschüttet damit die Möglichkeiten einer sozialistischen Mobilisierungspolitik, die in ihr enthalten sind. Sie geht einer konkreten Analyse der Strassenbahnaktionen aus dem Weg. Entweder hält sie die Selbstorganisation des Verkehrs schon für sozialistisch und für den entscheidenden Inhalt der Straßenbahnproteste (Genosse Brückner in "konkret" vom 14. Juli 1969), oder sie nimmt den relativen Erfolg der Fahrpreisreduktion zum Anlaß, einen "roten Raster" möglicher Boykottaktionen im Konsumsektor zu entwickeln, die durch bloße Aneinanderreihung schon eine Strategie ergeben sollen. (Heinz Brandt in 'express international' vom 11. Juli 1969): Der Artikel in der Roten Presse Korrespondenz (27. Juni 1969) bleibt in dieser Hinsicht unbestimmt, wenn auch seine Terminologie zunächst gegen eine solche Fehleinschätzung zu sprechen scheint.

Die schlichte Übernahme eines Zitats aus dem Handelsblatt als Beleg dafür, wohin "konkrete" Phantasie führen kann, nämlich zur Besetzung von Bäckerläden, falls die Brötchen teurer werden (wobei wir dann freilich analog zum Rote-Punkte-Verkehr auch das Brötchenbacken selbst in die Hand nehmen müssten), lässt vermuten, dass die Aktionsphantasie hier eher ins Beliebige ausufert, statt durch genaue Analyse der Strassenbahnaktionen sich auf die tatsächliche Perspektive des Klassenkampfes zuzuspitzen.

Sowohl die Interpretation des Genossen Brückner als auch die Heinz Brandts abstrahieren von der Auseinandersetzung mit der Staatsmacht, die die Strassenbahnaktionen kennzeichnete. Aber gerade die Betonung dieses Aspektes läßt es allererst zu, den Stellenwert der Strassenbahnblockade in einer längerfristigen sozialistischen Strategie zu bestimmen: Dann erst stellt sich für die Massen die Frage, wem dieser Staat dient und wer ihn, wo und wie wirksam bekämpfen kann. Zudem wird nur so der reformistischen Forderung nach Verstaatlichung der Nahverkehrsbetriebe der Boden entzogen, weil klar wird, dass der Staat, der die Aktionen mit seiner Polizei unterdrücken wollte, niemals die Interessen derer vertreten kann, deren Interessen die Aktionen offensichtlich dienten.

Aktionen wie die Strassenbahnblockaden sind nicht an sich revolutionär oder reformistisch: lediglich die agitatorischen und strategischen Konsequenzen, die wir aus ihnen ziehen, lassen eine solche Beurteilung zu. Weder darf uns die Tatsache, dass der Staat in den Strassenbahnaktionen schnell einlenkte, von seiner Funktion im Klassenkampf ablenken, noch darf uns ihr Erfolg zu einer Überschätzung des Konsumsektors als Kampffeld verführen: "Die Quelle eines jeden Opportunismus liegt gerade darin, dass er von den Wirkungen und nicht von den Ursachen, von den Teilen und nicht vom Ganzen, von den Symptomen und nicht von der Sache selbst ausgeht, " dass er im Einzelinteresse und seinem Erkämpfen nicht ein Erziehungsmittel zum Endkampf, (...) sondern etwas an und für sich Wertvolles, oder wenigstens an und für sich dem Ziele Entgegenführendes erblickt, dass er - mit einem Wort - den tatsächlichen psychologischen Bewußtseinszustand der Proletarier mit dem Klassenbewusstsein des Proletariats verwechselt. " (Lukacs) In den Strassenbahnaktionen und ihrer agitatorischen Verwertung kommt es darauf an, den tatsächlichen psychologischen Bewußtseinsstand der Proletarier, der auf die Konsumsphäre fixiert ist, in Klassenbewusstsein zu transformieren, das den Kampf gegen das Kapital auch im Betrieb aufnimmt. Diese Transformation des Bewußtseins setzt eine Entlarvung und wirksame Bekämpfung des Staates als Dienstleistungsbetrieb für das Kapital voraus.

Die Bedingungen der Strassenbahnblockaden unterscheiden sich grundsätzlich von anderen Aktionen in der Konsumsphäre. Die Fahrpreiserhöhung der Strassenbahn trifft die Individuen nicht vereinzelt zu verschiedener Zeit und an verschiedenem Ort; schon deshalb ist der Widerstand leichter organisierbar. Dieser Widerstand muß notwendig auf der Strasse stattfinden und ist als Widerstand auf der Strasse viel leichter legitimierbar als etwa Protestaktionen gegen die Erhöhung der Butterpreise, und zwar nicht nur weil die Fahrpreiserhöhungen von staatlichen Instanzen abhängig sind, sondern auch weil der ökonomische Zweck der Aktionen, die Strassenbahngesellschaften durch finanzielle Nachteile zum Einlenken zu zwingen, viel leichter mit dem politischen Kampf auf der Strasse zu vermitteln ist, der diese Nachteile für die Strassenbahngesellschaften mit sich bringt. Sind aber die ökonomischen Kampfmittel (wirksamer Boykott) und der politische Protest (Strassendemonstration) aufeinander angewiesen und voneinander abhängig, so sind auch die unmittelbaren Kampfziele (Fahrpreisreduktion) viel leichter mit dem Klassenkampf im Betrieb zu vermitteln als bei anderen Aktionen in der Konsumsphäre, weil dem Strassenbahnverkehr schlechterdings nichts Luxuriöses anhängt und jedem klar ist, dass er die Strassenbahn bloss deshalb benutzt, weil er zur Arbeit muss und weil er ohne Arbeit nicht leben kann. Deshalb ist sehr leicht klar zu machen, dass für die Strassenbahn die zu zahlen haben, die von der Arbeit profitieren, die Kapitalisten, und dass die permanenten verschleierten Lohnkosten, die solche Fahrpreiserhöhungen bedeuten, nur mit der Lohnarbeit selbst verschwinden.

Wenn aber die Strassenbahnaktionen relativ leicht mit dem Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital zu vermitteln sind und der politische Kampf auf der Strasse auch als ökonomisches Kampfmittel leicht auszuweisen ist, so enthalten sie doch andere weniger eindeutige Elemente: den zunächst unbestimmten Ärger über die allgemeine Preissteigerung und die Möglichkeit, die ganze Auseinandersetzung auf eine finanz-

und steuertechnische Streiterei zwischen Gemeinden, Ländern und Bund zurückzuschrauben. Diese entpolitisierenden Elemente werden noch dadurch verstärkt, dass die Auseinandersetzung um die Fahrpreise beim derzeitigen Mobilisierungsgrad der Massen aktiv nur von einer Minderheit getragen werden konnten, die alles darauf anlegen musste, den kapitalistischen Alltag in der Produktionssphäre aufrecht zu erhalten, d. h. dafür zu sorgen, dass die arbeitenden Massen pünktlich zur Stechuhr kamen. Dieser Widerspruch zwischen antikapitalistischer Argumentation gegen die Fahrpreiserhöhung und auf den kapitalistischen Alltag ausgerichteten Rote-Punkte-Verkehr, konnte in der Agitation nur artukuliert werden, indem wir zeigten, dass die "Lohn-Preis-Spirale" bloss mit der kapitalistischen Organisation der Produktion abgeschafft werden kann und auch in der Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt nicht aufgehoben wird, die diese Organisation schon schützt, wenn sie den an sich harmlosen Protest gegen die Fahrpreiserhöhung vergeblich zu zerschlagen sucht. Der zwielichtige Charakter der Aktion durfte also gerade nicht vertuscht werden, sondern es musste festgehalten werden, dass die Strassenbahnaktionen, da antikapitalistisch motiviert, folgerichtig durch Streiks auch in die Produktionssphäre getragen werden müssten, um das Ziel "Zahlt die Strassenbahn aus Unternehmerprofiten" zu erreichen.

Diese Parole, wie auch die Forderung nach "Freier Fahrt zum Arbeitsplatz" hatten wir aufgestellt, um den zwiespältigen Charakter der Strassenbahnaktionen agitatorisch hervorzuheben und aufzuzeigen, wie er praktisch, nämlich durch Verbindung der Blockade mit Streiks in den Betrieben und durch die Funktionalisierung des Rote-Punkte-Verkehrs für die Streikenden, überwunden werden könnte. Wir versuchten deshalb solche Fragen wie Ausbildungsförderungsgesetz, analytische Arbeitsplatzbewertung und Aufwertung der DM in die publizistische Aufklärung aufzunehmen, um die Strassenbahnaktionen nicht zu isolieren.

VERLAUF DER AKTIONEN

Als im April die Absicht der Fahrpreiserhöhung veröffentlicht worden war, begann das Sozialreferat des ASTA mit der Verteilung der Roten Punkte. Mitte Mai beschloss das Studentenparlament, die für den 1. Juni geplante Fahrpreiserhöhung mit einer flexiblen Aktionsstrategie, die vom kollektiven Zahlungsboykott bis zur generellen Blockade reichen sollte, zu bekämpfen. Dieser Beschluss wurde in der Lokalpresse veröffentlicht und auf Flugblättern verbreitet und zwang die Herrschaftsseite zu ernsten Manövern, obwohl sie offiziell keine Kenntnis von unserer Aktionsankündigung nahm: am selben Tag, als der Heidelberger Gemeinderat die Fahrpreiserhöhung billigte, verweigerte das Regierungspräsidium seine Zustimmung, was den ursprünglichen Zeitplan der Heidelberger Strassenbahn Gesellschaft durcheinanderbrachte. Die Fahrpreiserhöhung konnte nun nicht wie ursprünglich vorgesehen am 1. Juni eingeführt werden. Das Regierungspräsidium begründete seinen spektakulären Schritt damit, dass vor der endgültigen Entscheidung weitere Gutachten und Beratungen nötig seien. Da unsere Aktionsankündigung allgemein bekannt war, konnte das Manövrieren des Regierungspräsidiums und sein Gegensatz zur Stadtbürokratie und HSB von den Massen leicht interpretiert werden, so dass der SPD-Oberbürgermeister Zundel nicht zu Unrecht befürchtete, der Entschluss des Regierungspräsidiums könnte als unser Erfolg "missverstanden" werden.

Für uns ergab sich durch diese Verschiebung die Möglichkeit, in einer schon aufmerksam gewordenen Öffentlichkeit eine grosse Flugblattkampagne vor den Betrieben und in der Stadt einzuleiten. Als der neue Termin der Fahrpreiserhöhung (15. Juni) bekannt gegeben wurde, riefen wir ein teach-in ein, auf dem vor allem noch einmal die Argumentation und die Taktik diskutiert wurden, um den einzelnen Teilnehmern an der Aktion eine selbständige Agitation zu erleichtern. Da anzunehmen war, daß die Herrschaftsseite inzwischen alle Möglichkeiten durchgespielt hatte, um eine Fahrpreiserhöhung vielleicht zu verhindern oder doch für längere Zeit zu verschieben, konnten wir kaum noch auf einen unmittelbaren Erfolg der Aktion rechnen. Wir neigten deshalb dazu, den Erfolg lediglich in der Aufklärung und nicht auch in der Verhinderung der Fahrpreiserhöhung zu sehen.

Da wir mit sorgfältig vorbereiteten Polizeieinsätzen zu rechnen hatten, kam es darauf an, die Polizei selbst instrumental einzusetzen, weil sie durch ihre Unbeweglichkeit viel besser geeignet ist, den Verkehr lahmzulegen als wir.

Nachdem wir zwei Tage lang Flugblätter in den Strassenbahnen verteilt und verschiedentlich die Zahlung boykottiert hatten (eine Betriebslehrlingsgruppe hatte schon am 13. nach Arbeitsschluß damit begonnen) blockierten wir am Sonntag, dem 15. Juni, zweimal für kürzere Zeit exemplarisch den Strassenbahnverkehr, bemalten die Strassenbahnen mit Parolen und agitierten mit Sprechchören. Am Abend veröffentlichten die HSB und OB zwei Stellungnahmen, die klar bewiesen, dass sie die Fahrpreiserhöhung notfalls mit Polizeigewalt durchsetzen wollten. Beide versuchten auf vermuteten Ressentiments gegen den SDS herumzureiten und warnten vor dem Chaos, das wir angeblich wollten, und dem sie im Interesse der Bevölkerung zu steuern gedächten. Doch offensichtlich war die Legitimation für einen Polizeieinsatz zu diesem Zeitpunkt schon so angeschlagen, dass am Montag, obwohl wir seit 7 Uhr den Verkehr blockierten, kein Polizeieinsatz mehr gewagt werden konnte, wenn auch starke Kräfte im Stadtzentrum zusammengezogen waren und ein Polizeihubschrauber in der Luft war, um den Einsatz zu leiten. Als auch der Berufsverkehr, den die Arbeiter z. T. selbst organisierten, nicht zu dem erwünschten Chaos führte, beschränkte sich die Polizei darauf, eine südafrikanische Tanzveranstaltung zu schützen. Sicher war der Stadtbürokratie nach den Erfahrungen in Hannover, auf die wir in der Agitation immer wieder hinwiesen, die ursprünglich geplante Taktik eines massiven Polizeieinsatzes bei gleichzeitiger Hetze gegen die Betroffenen zunächst suspekt geworden. Am Dienstag, dem 17. Juni, ließ sich die Polizei gar nicht sehen. Aber der OB fand nun, nachdem auch der Innenminister heimlich in der Stadt und im Polizeipräsidium gewesen war und ein "Vermittlungsversuch" zweier Jusos (wir sollten die Blockade aufheben) gescheitert war, so starke Worte, dass wir für Mittwoch früh sicher mit einem Polizeieinsatz rechnen konnten. Ab fünf Uhr glich die Strasse einer Polizeifestung. Starke Polizeikräfte an jeder Kreuzung und Haltestelle sollten eine weitere Blockade präventiv verhindern. Wir brachten die Polizei zunächst durch die Blockade einzelner Bahnen in Bewegung und blockierten dann zusammen mit den Schülern wieder das Zentrum. Es kam nun zu stundenlangem Gerangel mit der Polizei. Die Polizeiführung wagte jedoch keinen Knüppeleinsatz, der die Aktionen in der sympathisierenden Stadt lediglich dezentralisiert und

die Stadtbürokratie wahrscheinlich in grosse Schwierigkeiten gebracht hätte. Die jungen Bereitschaftspolizisten waren sehr schnell demoralisiert, mussten ununterbrochen ausgewechselt und bald insgesamt in Bereitschaftstellung abgezogen werden. Damit war der gewaltsame Durchsetzungsversuch gescheitert und die Stadtbürokratie musste etwas unternehmen, wenn sie sich nicht lächerlich machen wollte. Am Abend wurde der ohnehin lahmgelegte HSB-Betrieb ganz eingestellt. In der Nacht wurde die Fahrpreiserhöhung zurückgenommen. Am Donnerstagabend wurde auf einer Massenversammlung der Abbruch der Aktionen beschlossen. Auf diesem teach-in, auf dem auch die DKP auftrat, wurde noch einmal eine strategische Bestimmung der Aktion versucht. Die Mehrheit stimmte deshalb für Abbruch, weil es keinen Sinn hatte, nach dem eindeutigen politischen Erfolg um weitere Pfennige zu feilschen, da klar war, dass die Aktion keine neue Qualität bekommen könnte, nachdem die HSB schon angekündigt hatte, den Verkehr bei weiteren Aktionen nicht wieder aufzunehmen. Ohne Blockade aber wäre der Rote-Punkte-Verkehr zum blossen Dienstleistungsbetrieb verkommen, so dass es für die Massen unmöglich gewesen wäre, selbst aktiv in die Auseinandersetzung einzugreifen. Jede Fortsetzung der Aktion hätte den stellvertretenden Charakter der Aktion verstärkt, ohne ihren exemplarischen Wert zu erhöhen. Zwar hatten mehrere Belegschaften Resolutionen verfasst (übrigens meist mit völlig systemimmanenter Argumentation) und war es auf einer Baustelle zur Arbeitsniederlegung und Teilnahme an der Blockade gekommen als der Polizeieinsatz bekannt geworden war (in einem Metallbetrieb konnte eine ähnlich aktive Solidarisierung nur mit massiver Einschüchterung unterdrückt werden), doch konnte nicht erwartet werden, dass eine blosse Fortsetzung des Rote-Punkte-Verkehrs eine Stärkung dieser Tendenzen bedeutet hätte. Viel eher kam es jetzt darauf an, dass die Studenten und Schüler offen legten, allein keine Steigerung der Aktion herbeiführen zu können, die nur in partiellen Streiks zur Durchsetzung der Parole "Freie Fahrt zum Arbeitsplatz" bestehen konnte.

Nachdem der Erfolg in der Strassenbahnblockade eindeutig mit der radikalen Schüler- und Studentenbewegung gleichgesetzt worden war, kommt es jetzt darauf an, diese Vertrauensbasis in solche Agitation umzusetzen, die es den Arbeitern erlaubt, aus der Zuschauerrolle herauszukommen. Dass das nicht aussichtslos ist, zeigt sowohl die Teilnahme einzelner Arbeitsgruppen an der Blockade außerhalb der Arbeitszeit als auch die Diskussionen in den Betrieben, die sich keineswegs auf die Strassenbahnaktionen beschränkten, sondern Züge eines mühseligen Selbsterinnerungsprozesses der Arbeiterklasse annahmen. In dieser Hinsicht war die Straßenbahnblockade lediglich eine Forsetzung früherer militanter Aktionen, deren manifeste Auswirkung in den Betrieben eine immer breitere politische Diskussion war. Doch waren die Ziele der Strassenbahnaktionen so einleuchtend, dass der leidige Streit über Aktionsformen weithin ausblieb und eine inhaltliche Ausweitung der Diskussion stattfinden konnte. Ausserdem wurden die Strassenbahnaktionen nicht nur in den Betrieben, sondern auch in der Familie und auf der Strasse geführt, was durch den Charakter der Aktionen erleichtert wurde, und in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, weil nur so Öffentlichkeit in einem qualitativen Sinn herbeigeführt werden kann. Der nachweisbare, auch ökonomisch greifbare Erfolg der Strassenbahnaktionen führte im Bewußtsein der Arbeiter vielleicht noch nicht zu der Einsicht, dass Kapital und Staatsmacht solidarisch generell erfolgreich bekämpft werden können, aber doch zu dem produktiven Widerspruch, dass gerade die diffamierten linken Schüler und Studenten die Arbeiterinteressen vertraten, wenn sie die Strassenbahnblockade auch gegen die Polizei aufrechterhielten. Offensichtlich war es diese Diskrepanz zwischen der Einsicht, dass vor allem auch ihre Interessen vertreten wurden und der Tatsache, daß wir diese Interessen wahrnahmen, die den Druck vieler Belegschaften auf ihren Betriebsrat, etwas zu unternehmen, und die ersten Ansätze zu spontaner aktiver Solidarisierung motivierten. Die Gewerkschaften haben in dieser Woche ihr letztes bischen Ansehen verloren: sie unternahmen nicht nur nichts gegen die Fahrpreiserhöhung und bezeichneten doch nachträglich den Erfolg vor allem auch als ihren Erfolg, sondern sie drohten uns, nachdem wir die Blockade bereits abgebrochen hatten, gar noch mit dem Entzug ihrer Sympathie, falls wir die Aktionen fortsetzen sollten. Dies hat ihren Charakter endgültig entlarvt - nicht nur in den Augen der Studenten, sondern auch in den Augen der Arbeiter und Angestellten, wie z.B. eine Stellungnahme von 80 DAG-Mitgliedern aus den Krankenhäusern zeigt, die die Haltung ihrer Gewerkschaft, die sich um kein Haar von der des DGB unterschied, öffentlich anprangerten.

In Heidelberg haben die Gewerkschaften ebensowenig wie die DKP oder andere Organisationen ernsthaft versucht, die Aktionen in die Hand zu bekommen und einen wirklichen Einfluss auf sie zu nehmen. Die Aktionen wurden von Anfang bis Ende mit der Studenten- und Schülerbewegung identifiziert, die sie über SDS und ASTA organisierte. Unsere beharrliche Agitation vor den Betrieben aber ermöglichte es, diese Aktionen in eine längerfristige Perspektive einzuordnen, statt uns von der unerwarteten Sympathie der Massen in einen ästhetisierenden Schmollwinkel zurückzuziehen (Uwe Nettelbeck, konkret v. 14. 7. 69), oder euphorisch und unkritisch in ihr unterzugehen. Wir hatten es in Heidelberg vor allem aus zwei Gründen leichter als die Genossen in anderen Städten: einerseits stellte die erfolgreiche Mobilisierung der Studenten und Schüler in dieser Mittelstadt immer schon einen gewissen Machtfaktor gegen die Stadtbürokratie und andere Herrschaftsinstanzen dar und andererseits hatte die Mobilisierung in Heidelberg nicht zur Auflösung oder "Zerschlagung" des SDS geführt, sondern ihn als entscheidende revolutionäre Organisation gestärkt. In der derzeitigen Phase der Mobilisierung, in der die Arbeiterklasse noch keine eigenen revolutionären Initiativen ergreift und die revolutionäre Bewegung deshalb leicht zerschlagbar ist, hat gerade die Struktur einer Mittelstadt mit einer grossen Universität eine gewisse Schutzfunktion. Aber schon jetzt muß der Heidelberger SDS die engen Mobilisierungs- und Aktionsgrenzen Heidelbergs durchbrechen, indem er seine Arbeit auf das Industriezentrum Ludwigshafen-Mannheim ausweitet, wenn sich seine Erfolge in Heidelberg nicht als Eintagsfliegen erweisen sollen. Dann erst wird auch die Auseinandersetzung mit der DKP, die offensichtlich gar nicht versucht in Heidelberg organisatorisch Fuß zu fassen, eine wirkliche Bedeutung annehmen.

Dabei wird die DKP vor keinen Kampfmitteln zurückschrecken wie sich jetzt wieder in Hannover zeigte und wie es sich in Heidelberg schon in heimtückischen Intrigen anzudeuten scheint.

Diese Auseinandersetzung wird sich in dem Maße zuspitzen, wie es dem SDS, bzw. der revolutionären Linken gelingt, tatsächliche Mobilisierungsstrategien für die lohnabhängigen Massen auszuarbeiten und in die Praxis umzusetzen.

Vor allem die Entwicklung in Völklingen hat gezeigt, daß die Straßenbahnaktionen sehr schnell auf die Arbeiterklasse übergreifen. Dies kann nicht global durch die strategische Bedeutung der Konsumsphäre für den Klassenkampf erklärt werden, sondern nur durch die spezifischen Bedingungen der Straßenbahnaktionen selbst: durch die Einheit von ökonomischem Ziel und politischem Kampf auf der Straße und durch die Tatsache, daß die Funktionalisierung der Nahverkehrsmittel für die Interessen des Kapitals besonders leicht aufgezeigt werden kan Die Straßenbahnaktionen sind von emminenter strategischer Bedeutung in einem sehr präzisen Sinn: sie erlauben es einer Bewegung, die ihren Rückhalt bisher vor allem im Ausbildungssektor hatte, die Politisierung auch in die Arbeiterklasse zu tragen und so die Bedingungen dafür zu schaffen, daß sich die Revolutionäre in der Stadt wie Fische im Wasser bewegen können.

Joscha Schmierer

Staat und Polizei

Der Kapitalismus hat grundsätzlich zwei Möglichkeiten, mit dem Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, d.h. dem Widerspruch zwischen der Verfügung über die Produktion und den Produzenten fertig zu werden: die brutale Gewaltanwendung gegen revoltierende Fraktionen der Produzenten und den Versuch, durch Manipulation die Notwendigkeit u n d die Möglichkeit der Rebellion zu verschleiern. Für beide Arten der Unterdrückung des kapitalistischen Grundwiderspruchs ist der Staatsapparat das entscheidende Instrument, insofern er einerseits seine Genese aus der Klassenkampfsituation verschleiert und sich eine Schiedsrichterrolle anmaßt, um immer dann die Maske fallen zu lassen, wenn sich die Klassenkampfsituation nicht länger verheimlichen läßt und der Staat sich offen auf die Seite der herrschenden Klasse schlagen muß: " Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten; da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel der Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittels seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse." (Engels, Ursprung der Familie, Berlin 1964, S. 193). Heute ist der Staat vor allem Instrument des Monopolkapitals. Je mehr er aber Instrument des Monopolkapitals wird, desto enger wird das Wechselspiel zwischen beiden Möglichkeiten der Unterdrückung. Das Monopolkapital ist national und international die aggressivste Fraktion der Bourgeoisie. Selbst dort, wo es bloß wirbt, wird es immer brutaler. So konnte Max Horkheimer schon frühzeitig den subtilen Zusammenhang zwischen monopolkapitalistischer Werbung und faschistischer Befehlsausgabe konstatieren: "Heute wird noch dem Käufer eine ideologische Referenz erwiesen, die er nicht einmal mehr glauben soll. Die Reklame für die großen Marken artikel versteht er bereits als nationale Parolen aufzunehmen, denen man nicht widersprechen darf. In den faschistischen Ländern kommt die Disziplin, an welche die Reklame appelliert, zu sich selbst. An den Plakaten erfahren dort die Menschen, was sie wirklich sind: Soldaten. " (Die Juden und Europa, 1939, Heidelberger Ausgabe S. 23 f) Mit der internationalen Verflechtung des Kapitals hat sich der nationale Soldat zwar eher zum allgemein westlichen James Bond gemausert, aber die Brutalität der Reklame hat sich eher verschärft: So soll einem z.B. das Bedürfnis nach bestimmten Uhren mit den Fäusten eingetrommelt werden.

Auf der staatlichen Ebene findet diese Annäherung von Manipulation und brutaler Gewalt ebenfalls ihren Ausdruck: in dem Maße, wie die wirklichen Entscheidungen aus den scheindemokratischen Gremien in die Konzernspitzen verlagert werden, müssen sie durch die unmittelbare Gewaltandrohung abgesichert werden. Manipulation und Gewaltandrohung werden immer mehr eins. Am deutlichsten lassen sich die beiden, immer ähnlicher werdenden Gesichter der Herrschaft, an ihrer eigentlichen Grundlage, dem Polizei- und Armeeapparat ablesen. Die Art und Beschaffenheit aber der "öffentlichen Gewalt", die Kennzeichen jeden Staates ist und "nicht bloß aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus sachlichen Anhängseln, Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art" besteht (Engels, a.a.O.) , zeigt besonders deutlich an, "in wiefern die Klassengegensätze ob jektiv n i c h t versöhnt werden k ö n n e n " (Lenin, Staat und Revolution, Werke II, S. 322),

Die studentische Opposition hat sich auf die Analyse gerade dieser Seite der Klassenherrschaft besonders wenig eingelassen, obwohl sich an ihr die aktuellen Versuche der Herrschaftsseite, mit dem Klassengegensatz fertig zu werden, besonders einleuchtend studieren lassen. Außer den kontroversen Arbeiten der Genossen Goeschel (München) und Karl-Heinz Roth (Hamburg) über die Funktion der Polizei und verschiedene Versuche, die Notwendigkeit einer Bundeswehrkampagne zu begründen, gibt es hierzu fast gar nichts. In diesem analytischen Mangel wirkt einerseits die Ideologie der Wohlstandsgesellschaft nach und die Theorie der"sublimen Repression", die durch die Entwicklung des westlichen Kapitalismus gerechtfertigt erschien, und zeigt sich andererseits der vorwiegend studentische Charakter der derzeitigen Oppositionsbewegung, die trotz ihres verbalen revolutionären Anspruchs, sich allein zurecht keine Revolution zutrauen wollte und deshalb diese Seite der revolutionären Strategie völlig vernachläßigte. Auch in der Notstandskampagne, in der wir doch immerhin mit der Nase auf diese Problematik hingestoßen wurden, blieb der Ansatz rein "aufklärerisch", d.h. wir wiesen bloß auf die Möglichkeiten des Machtapparats hin, ohne uns zu überlegen, wie wir diese wirksam untergraben könnten. Auch die Veröffentlichung des folgenden Ausbildungsmaterials der Göppinger Bereitschaftspolizei kann diesen bloß aufklärerischen Charakter nicht überwinden. Jede Aufklärung über die Machtmittel des Gegners hat aber dann an der Manipulation des Staatsapparates teil, wenn

sie nicht gleichzeitig die Diskussion über die mögliche Unterhöhlung dieser Machtmittel einleitet. Die erste Konsequenz aus der ja lange irgendwie bekannten Tatsache, daß sich das herrschende Regime planmäßig auf den Bürgerkrieg vorbereitet, muß die Überprüfung unserer Agitation gegenüber Bundeswehr und Polizei sein. Verweigerung des Wehrdienstes kann auf keinen Fall weiter propagiert werden, zumal sie genauso wie sie sich aus unserer intelligenzlerischen Position herleitet auch unsere Trennung von der Arbeiterklasse verstärkt. Gleichzeitig müßte versucht werden, den Wehrdienst möglichst bei Bepo und Grenzschutz abzuleisten, um so an die unmittelbaren Bürgerkriegsinstrumente heranzukommen. Unser Ziel kann auf die Dauer nur sein, einerseits die Bürgerkriegsinstrumente von innen und außen zu agitieren und damit in ihrer Verwendbarkeit problematisch zu machen und andrerseits in ihnen unsere legale Ausbildung für kommende Auseinandersetzungen zu erhalten. Alles andere ist pazifistischer Schmus, der in die Hände der herrschenden Klasse arbeitet. Wir haben den Militärbischöfen deshalb für ihre jüngste Stellungnahme auch nicht allzu gram zu sein, wird ihre Durchführung es doch erleichtern, uns auch in dieser Frage praktisch auf einen marxistisch-leninistischen Standpunkt zu stellen.

Eine Analyse im einzelnen der folgenden Dokumente ist umso weniger notwendig, als die systematische Ersetzung des Wortes Feind durch Störer bloß rückgängig gemacht werden muß, um zu sehen, woran wir sind. Das Wort "Störer" zeigt bloß wie schnell einer zum Feind werden kann, um dann als solcher behandelt zu werden. Deshalb wird es auch für uns nachgerade notwendig, Lenins "Die Lehren des Moskauer Aufstandes" nachzulesen und sei es nur um uns von unserem bornierten studentischen Standpunkt wenigstens theoretisch zu befreien.

Dokumentation zur Ausbildung der Goeppinger Bereitschaftspolizei

Rdt

Unterricht: Polizeiverwendung
Thema : Einführung in die Lehre von der Polizeiverwendung

Polizeiliche Kräfte werden in Deutschland wie in den anderen Ländern zwar bereits seit Jahrhunderten "verwendet", aber erst in den Jahren seit 1919 entwickelte sich bei uns die "Lehre von der Polizeiverwendung".

Bis zum Ausgang des ersten Weltkrieges war die Zahl der Polizeibeamten in Deutschland verhältnismäßig gering. Ihre Aufgaben beschränkten sich auf die Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit im engsten Sinne. Polizeiformationen kannte man nur im geringen Umfang (z.B. in Berlin wurde 1905 eine Polizeibrigade, bestehend aus 4 Hundertschaften, aufgestellt).

Aufgaben, die den Einsatz solcher Formationen in größerem Maße erforderlich machten, waren der Wehrmacht übertragen. Der Versailler-Vertrag gestattete Deutschland aber nur eine Armee von insgesamt 115 ooo Mann. Für die Wahrnehmung der vielfältigen Aufgaben war diese Stärke nicht ausreichend.

Der Aufgabenkreis der Polizei erweiterte sich also zwangsläufig. Sie war nun mehr in erster Linie zuständig für die Aufrechterhaltung des inneren Friedens. Die Schaffung geschlossener Polizeiformationen, ihre entsprechende Ausrüstung und Bewaffnung und Ausbildung waren die notwendige Folge.

Diese Polizeiformationen mußten schon sehr bald nach ihrer Entstehung die Bewährungsprobe ablegen (mitteldeutscher Aufstand, Unruhen in Hamburg-Altona und in anderen Großstädten).

Die bei diesen und auch bei friedlichen Einsätzen gewonnenen Erfahrungen entwickelten sich zu Führungs- und Verwendungsgrundsätzen, die in Ausbildungs- und Einsatzvorschriften für die Polizei zusammengefasst wurden und so die einheitliche Ausbildung und Führung derselben gewährleisteten. Es entwickelte sich also die Lehre von der Polizeiverwendung.

> Die Lehre von der Polizeiverwendung ist die Lehre von dem zweckentsprechenden, rechtmäßigen Tätigwerden bzw. dem zweckentsprechenden rechtmäßigen Einsatz polizeilicher Kräfte (taktisch, rechtlich und psychologisch richtiges Handeln). Sie umschliesst sowohl die Tätigkeit des Einzelbeamten als auch die geschlossener Verbände.

Die Lehre von der Polizeiverwendung beschränkt sich nicht auf die Gewaltanwendung, sondern sie umfasst die gesamte polizeiliche Funktion. Dadurch entfällt schon jeder Vergleich mit der

militärischen Taktik. Polizeiverwendung ist Polizeipsychologie. Ihr Gebiet liegt nicht nur in der Lösung besonderer Aufgaben im landes- oder ortspolizeilichen Dienst, die zur Gewaltanwendung führen kann, sondern, und im eigentlichen Sinne, im täglichen Polizeidienst auf der Straße, im Revier, bei der Vorbeugung, Bekämpfung und Verfolgung des Verbrechens, wie auch bei allen polizeilichen Verwaltungs- und Erhaltungsaufgaben. Wo die Notwendigkeit zur Gewalt einsetzt, hat die Vorbeugung und Erhaltung versagt. Das Ziel jeder Gewaltanwendung ist die Rückkehr zu dieser eigentlichen Aufgabe.

Rdt

Vergleich: militärische Taktik - Polizeiverwendung

Die Lehre von der Polizeiverwendung - im folgenden kurz Polizeiverwendung (PV) genannt - hat einige Begriffe und Grundsätze der militärischen Taktik entnommen. Taktik im militärischen Sinne ist die Führung und der Kampf der verbundenen Waffen auf dem Gefechtsfeld.

Die PV, bzw. die Polizeitaktik, unterscheidet sich aber in so vielen und so wesentlichen Punkten von dieser, dass sie bereits seit vielen Jahren mit vollem Recht als völlig selbständiges Wissensgebiet behandelt wird.

Einige der wesentlichen Unterscheidungspunkte seien im folgenden aufgeführt:

a. Die militärische Taktik spricht vom "Feind", dem bewaffneten Gegenüber, mit dem es eine Auseinandersetzung nur nach dem Motto "Du oder ich!" gibt.

   Die PV dagegen spricht vom "polizeilichen Gegenüber, dem Störer oder dem polizeilichen Anlass". Sie versteht darunter jedes menschliche Wesen bzw. alle Personenmehrheiten, mit denen die Polizeikräfte im Rahmen ihrer Tätigkeit in Berührung kommen. Der "Störer" kann sowohl gut- als auch bösartig, unbewaffnet oder bewaffnet sein.

b. Ziel der Militärtaktik ist die Vernichtung des Feindes (Tötung oder Gefangennahme). Ziel der PV ist die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der gesetzmäßigen Zustände (Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit), wobei sich die Einwirkung auf den Gegner je nach den Umständen richtet.

c. Der Soldat ist von vornherein zur Anwendung des schärfsten, im Kriegs- und Völkerrecht anerkannten Kampfmittels berechtigt.

   Der Polizeibeamte darf jeweils nur das zur Erreichung seines Zieles unbedingt erforderliche Mittel gebrauchen.

d. Der Soldat ist bei seiner Tätigkeit nur an die Regeln des Kriegs- und Völkerrechts gebunden.

   Der Polizeibeamte ist an die weit umfangreicheren gesetzlichen Bestimmungen seines Landes gebunden. Er hat vor jedem Tätigwerden zu prüfen, ob und inwieweit diese gesetzlichen Bestimmungen sein Einschreiten und die Art desselben gestatten (Prüfung der Rechtslage). Selbst während einer polizeilichen Aktion ist der Polizeibeamte zur laufenden Überprüfung der Rechtslage verpflichtet.

Weitere Eigentümlichkeiten, die besonders das Wesen des Polizeikampfes charakterisieren, sind die folgenden:

- Offenheit der Kampflage,
- Beschränkung der Kräfte,
- Freiheit der Bewegung,
- die Polizei kämpft mit "Front überall".

Unterricht: Polizeiverwendung
Thema : Die Beurteilung der Lage

Unter der polizeilichen Lage versteht man jeden Zustand, der ein polizeiliches Handeln erforderlich macht. Sie ist, dem Wesen der polizeilichen Aufgabe entsprechend, vielseitiger Art.

Eine Beurteilung der Lage muß jeder Polizeibeamte, insbesondere aber jeder Oberbeamte vor jedem polizeilichen Einsatz bzw. Einschreiten anstellen, wenn er nicht Gefahr laufen will, etwas völlig Falsches zu unternehmen.

Der Umfang einer Beurteilung hängt von der betreffenden Lage ab und wird dieser entsprechend mehr oder weniger groß sein. Sie soll aber keine Wiederholung, sondern Untersuchung, Prüfung und Auswertung aller Gegebenheiten mit ernsten Folgerungen für die Auftragserfüllung sein.

Die Beurteilung einer gegebenen Lage gliedert sich in verschiedene Punkte:

1. Auftrag

Der Auftrag beinhaltet das verbindlich zugewiesene polizeiliche Ziel und bildet die Grundlage für jede Beurteilung der Lage.

2. Anlaß

Die Störung, der Störer und alle dazugehörigen Umstände:

a. personell
- zahlenmäßige Stärke,
- Gliederung (zusammen gelaufene oder zusammengeballte Masse, Umzug, Demonstrationszug, einzelne Trupps, Banden, Truppengliederung u.ä.m.),
- Ausbildungsstand (unausgebildet, ehemalige Wehrmachtsangehörige, Kampferfahrung und dergleichen mehr),
- Stimmung (gut- oder bösartige, schwankend, erregt, kampfentschlossen),
- Erfolge (bei inneren Kämpfen sind Anfangserfolge entscheidend; gute Anfangserfolge verursachen meist Zulauf; Mißerfolge halten schwankende Elemente von der Beteiligung ab),
- Haltung
- Führung (verantwortlicher Veranstalter, Hetzer, Aufrührer, militärisch geschulter Führer, bekannter Verbrecher, Persönlichkeitswert des Störerführers),
- Absichten (Art der Veranstaltung, was ist bisher geschehen; welches Ziel wird angestrebt und ist es überhaupt erreichbar; was kann der Gegner tun und was wird er tun? Beim Gegner soll immer taktisch richtiges Verhalten vorausgesetzt werden, d.h. das für die eigenen Kräfte annehmen.),
- Widerstandskraft (= Kampfwert, ergibt sich aus den oben angestellten Erwägungen)

b. materiell
- Bewaffnung (mit, ohne Waffen, Knüppel, Steine, moderne Waffen usw.),
- Ausrüstung (Fuhrwerke, Fahrräder, Kfz, Art und Zahl),
- Beweglichkeit
- Versorgung

c. Verhalten der Bevölkerung
- Verhältnisse politischer, sozialer, wirtschaftlicher und psychologischer Art einbeziehen.

3. Rechtslage

Bei der Beurteilung der Rechtslage sind in der Regel folgende Punkte zu berücksichtigen:

a. Feststellung der zu erwartenden oder bestehenden Sicherheitsstörungen oder Straftaten,
b. Folgerung in rechtlicher und taktischer Hinsicht,
c. Befugnisse der Polizei
d. Maßnahmen unter Berücksichtigung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit und des Grundsatzes der Anwendung des geringsten Mittels.

Die Rechtslage kann sich während des Einsatzes ändern und ist daher ständig zu überprüfen.

4. Eigene und benachbarte Kräfte

a. personell
- Führung,
- Stärke,
- Gliederung
- Zusammensetzung,
- augenblickliche Verteilung und Verfügbarkeit,
- Verwendungsbereitschaft,
- Ausbildungsstand,
- Erfahrung,
- Stimmung,

Bereits eingesetzte Kräfte sind dabei zu berücksichtigen. Der Einsatzwert, sowie die personellen Verhältnisse der eigenen Kräfte sind mit denen des Störers zu vergleichen.

b. materiell
- Bewaffnung, Ausrüstung, Fahrzeuge, Versorgungslage u.a.
- sind mit den materiellen Verhältnissen des Störers zu vergleichen.

c. Bevölkerung
- ist mit personellen Hilfskräften oder materieller Hilfe der Bevölkerung zu rechenen?

d. Welche sonstigen Umstände
- können nach bisher angestellten Überlegungen die Durchführung des Auftrags beeinflussen (z.B. Unterstützung durch andere Behörden und Einrichtungen, Mitwirkung öffentlicher Hilfsdienste - DRK, THW - und der Bevölkerung; Einschaltung von Presse, Rundfunk, Fernsehen?).

5. Zeit

- Tag, Dämmerung Nacht,
- Werktag, Sonntag, Feiertag,

- Jahreszeit,
- Einfluss der Tages- oder Jahreszeit auf die Absicht des Störers,
- Vor- und Nachteile für den Störer,
- Vor- und Nachteile für die eigenen Kräfte,

6. Wetter

- Kälte, Hitze,
- Nebel, Regen, Schnee, Glatteis,
- Einfluss des Wetters auf die Absichten des Störers,
- Vor- und Nachteile der eigenen Kräfte und der des Störers während des Einsatzes.

7. Raum

- Geländeverhältnisse zum Störer, beim Störer, um den Störer herum,
- Einfluss der Örtlichkeit auf die Absicht der Störer,
- stets beachten: Verkehrslage, Wege, Straßenverhältnisse, Brücken, Entfernungen,
- Vor- und Nachteile für den Störer,
- Vor- und Nachteile für Bewegungen der eigenen Kräfte.

Unter Berücksichtigung der Wetterlage bei Zeit- und Raumberechnung in die Situation des Störers versetzen und die der Polizei unangenehmste Möglichkeit zugrunde legen
- nie auf Sicherheitszuschlag verzichten!

8. Entschlussmöglichkeiten

Aus den vorangegangenen Betrachtungen denkbare verschiedenartige Endfolgerungen ziehen

was, wann, wozu

taktisch getan werden muß, um den Auftrag zu erfüllen. Sind mehrere Lösungsmöglichkeiten vorhanden, jeweils Vor- und Nachteile gegeneinander abwägen!

Die Befehlsgebung

Ein Befehl ist die Umsetzung des gefassten Entschlusses in die Tat.

Wie die Beurteilung der Lage und die Entschlussfassung, so ist auch die Befehlsgebung ein wichtiger Teil der Führungstechnik. Deshalb muß jeder, der führen will, bestrebt sein, sie sich in möglichst vollkommenem Maße anzueignen.

Hat ein leitender Beamter auf Grund einer Lagebeurteilung einen Entschluss gefasst, so übermittelt er diesen Entschluss seinen Beamten bzw. seiner Einheit in Form eines Befehls.

Ein solcher Befehl muß unmißverständlich und eindringlich den Willen des Befehlenden zum Ausdruck bringen; er muß sagen WAS WIE zu tun ist.

Das "wie" der Ausführung soll der Oberbeamte im allgemeinen nur im großen Rahmen angeben. Legt er sich dabei auf zu viele Einzelheiten fest, so "befiehlt er in die Tätigkeit der Unterführer hinein".

Ein für alle Fälle gültiges Schema für den Umfang eines Befehls gibt es nicht. Der Befehlende muß das Ausmaß seines Befehls u.a. von dem Ausbildungsstand desjenigen, dem er befiehlt abhängig machen.

Man unterscheidet folgende Befehlsarten:

- Vorbefehl

noch kein echter taktischer Einsatzinhalt, sondern Vorbereitung dazu: z.B. Gliederung und Heranziehung von Kräften, Führungs- und Einsatzmitteln. Regelt Einsatzvorbereitungen.

- Einzelbefehl

Echte Zuweisung eines taktischen Auftrags zur selbständigen Durchführung im Rahmen der hier gegebenen Einzelheiten.

- Gesamtbefehl

Grundlage zum taktischen Handeln für alle Teile der Einsatzkräfte in genau gegliederter Aufgaben-Zuweisung. Zweckmäßig: Mehrere erteilte Einzelbefehle in einen Gesamtbefehl zusammenfassen, wenn die Lage es zeitlich erlaubt.

- Besondere Anordnungen

zumeist nur in größeren Verhältnissen zur Entlastung des taktischen Befehls gesondert herauszugeben, z.B. für Fernmeldedienst, Kraftfahrdienst, Versorgung.

Merkblatt

für die Sicherung einer marschierenden Polizeitruppe - Fußmarsch

1. Eine im Vormarsch oder im Rückmarsch befindliche Polizeitruppe sichert sich durch ihre Marschgliederung.
   Sie ordnet ihre Verbände so, daß ein Teil (meist ein Drittel) als Vorhut (bzw. Nachhut) die Sicherung übernimmt, während der Hauptteil (das sog."Gros") unbekümmert weitermarschieren soll.
   Die Vorhut hat demnach die Stetigkeit des Marsches zu gewährleisten, schwächeren Störwiderstand zu beseitigen, das Gros vor Überraschungen zu schützen und diesem beim Zusammentreffen mit stärkerem Störer, Zeit und Raum zur Entfaltung und Entwicklung zu verschaffen.

2. Ist die Vorhut (Nachhut) einer Hundertschaft stark, so bilden 2 Züge den Haupttrupp und ein Zug den Vortrupp (Nachtrupp). Der als Vortrupp eingeteilte Zug scheidet eine Gruppe als Spitze aus.
   In der Regel ist dem Vortrupp ein Teil der Granatwerfergruppe zuzuteilen; je nach (?) ist auch an die Zuteilung einer Gruppe des Notstandszuges zu denken (Beseitigung von Sperren usw.)

3. Die Abstände innerhalb der Vorhut (Spitzengruppe zum Vortrupp und Vortrupp zum Haupttrupp) sowie von der Vorhut zum Gros richten sich nach der jeweiligen Lage.
   Die Spitze und der Vortrupp marschieren in der Regel beiderseits der Vormarschstraße entsprechend entfaltet bzw. entwickelt, während der Haupttrupp sich meist auf der Vormarschstraße bewegt. Die hier zu treffenden Maßnahmen richten sich ebenfalls nach der Lage.

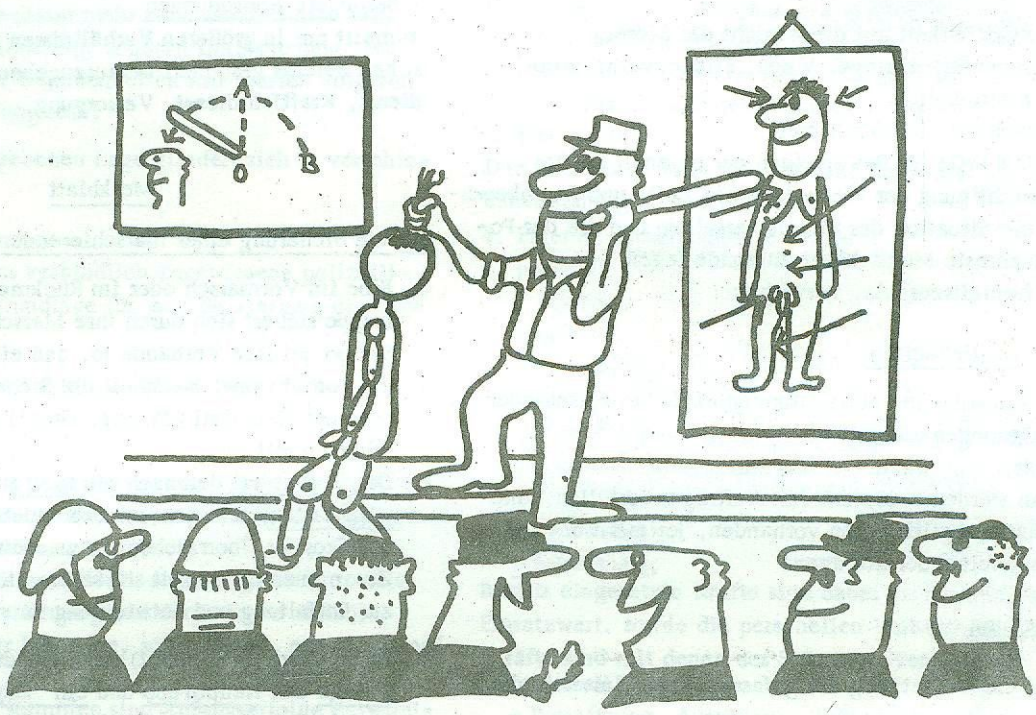
4. Die Verbindung zwischen den einzelnen Teilen innerhalb der Marschgliederung wird einmal durch Funksprechgerät und zum anderen durch Verbindungsmänner aufrechterhalten. Damit ist die Durchgabe von Befehlen und Meldungen innerhalb der Vorhut gewährleistet. Die Verbindungsmänner sind dafür verantwortlich, daß die Sichtverbindung innerhalb der Vorhut stets vorhanden ist (besondere Aufmerksamkeit in

Ortschaften, an Straßenkreuzungen und -gabeln, im Walde, bei Nacht und Nebel).
Die Verbindungsmänner haben sich stets nach der größeren Abteilung zu richten. Hält diese, so halten sie ebenfalls. Verbindung also grundsätzlich von hinten nach vorn!

5. Der als Spitze eingeteilten Gruppe erwachsen meist selbständige Aufgaben. Sie ist das Auge der dahinter marschierenden Truppe. Die Form, in der sie vorgeht, richtet sich nach Störernähe und Gelände. Sind z. B. Baumreihen vorhanden, so werden diese ausgenutzt (Halbe Gruppe in Schützenreihe rechts neben der Straße, Rest links neben der Straße!)
Beobachter nach vorn und nach der Seite sind einzuteilen!
Seitlich der Straße nahe gelegene Höhen sind zur Beobachtung auszunutzen! Führt die Vormarschstraße durch Einschnitte, bewegen sich Beobachter an den oberen Rändern des Einschnittes. In unübersichtlichem Gelände schiebt die Spitze vorübergehend auf 100 oder 150 m schwache Spähtrupps voraus.
Die Spitze hat alle Beobachtungen nach rückwärts zu melden.

6. Trifft die Spitze auf Störer, so ist dieser, wenn er schwach ist, festzunehmen! Ist der Störer erheblich stärker als die Spitze, so ist das Feuer aufzunehmen und unverzüglich nach rückwärts zu melden.
Durch Spähtrupp ist die Stärke des Störers und seine (seitliche) Ausdehnung festzustellen!

7. Wird von rückwärts "Halt!" befohlen (Marschpausen usw.), muß die Spitze sorgfältig weiterbeobachten.
Falls die Spitze dicht vor einer Hohe zum Halten kommt: Beobachter auf die Höhe, Rest in Deckung dahinter!



BOUTIQUE de la MUSIQUE
International Modern Music Underground Soul Pop Jazz
Untere Straße 18

Come and see
POP
POP-RESTAURANT
SPEISEN GETRÄNKE
ITAL. SPEZIALITÄTEN
UNTERE STRASSE 17
TELEFON 25559
STADTPLAN E 3 47

Ausbildung im Grossen und Aussergewöhnlichen

ALLGEMEINES

116. Die Ausbildung für den Einsatz im Großen und im Außergewöhnlichen Sicherheits- und Ordnungsdienst soll den Beamten befähigen, im Zusammenwirken mit anderen durch zweckmäßiges Handeln und Verhalten sowie durch richtigen Gebrauch der Einsatzmittel polizeiliche Aufgaben zu lösen, die über den Rahmen des täglichen Dienstes hinausgehen. Sie setzt eine leistungsfördernde Sportausbildung sowie eine gründliche Waffen- und Schießausbildung voraus. Die vermittelten Kenntnisse und Fähigkeiten fördern zugleich das richtige Verhalten des Beamten im Einzeldienst.

WAFFENEINSATZ

172. Für den Waffeneinsatz sind die gesetzlichen Vorschriften Auftrag, Lage und Wirkungsmöglichekten der Waffen bestimmend. Über die Wirkungsmöglichkeiten der einzelnen Waffenarten muß der Beamte unterrichtet sein.

173. Die Waffe ist vordringlich gegen solche Störer einzusetzen, welche die Erfüllung des Auftrags am stärksten gefährden.

Dementsprechend ist das Ziel zu befehlen oder vom Beamten selbst auszuwählen.

174. Bei Anwendung von Schusswaffen ist der polizeiliche Zweck mit möglichst geringem Munitionsverbrauch anzustreben. Wird der Munitionseinsatz nicht befohlen, so hat der Beamte selbst zu berücksichtigen, über wieviel Munition er verfügt und in welcher Zeit er mit Ergänzung seines Munitionsbestandes rechnen kann. Solange es die Lage erlaubt, hat er eine Munitionsreserve zurückzuhalten.

175. Richtige Wahl des Visiers und des Haltepunkts sowie sorgfältige Beobachtung und Auswertung der Trefferlage sind Voraussetzung für einen wirkungsvollen Waffeneinsatz.

176. Vorbedingung für die richtige Visierwahl ist ein gutes Schätzen der Entfernung.

Vorbemerkung

Die vielfältigen Aufgaben der Polizei verlangen häufig den Einsatz geschlossener Polizeieinheiten. Das gilt nicht nur für Aufgaben in Rahmen des Großen und des Außergewöhnlichen Sicherheits- und Ordnungsdienstes, sondern auch für Aufgaben des täglichen Polizeidienstes, die jederzeit das planvolle Zusammenwirken einer Mehrzahl von Polizeibeamten unter einheitlicher Führung erfordern können. Deshalb müssen auch die Beamten des Polizeieinzeldienstes die Grundsätze und Formen des Einsatzes in geschlossenen Einheiten beherrschen.

Geschlossene Einheiten sind
die Gruppe
der Zug
die Hundertschaft
die Abteilung.

Mehere Abteilungen können zu größeren Einheiten zusammengefasst werden. Für besondere Aufgaben sind, insbesondere beim Polizeieinzeldienst, auch abweichende Kräftegliederungen, wie Trupp, Staffel, Kommando, möglich. Für ihren Einsatz sind die für Gruppe, Zug oder Hundertschaft geltenden Grundsätze und Formen entsprechend anzuwenden.

Guter Ausbildungsstand, sicheres und diszipliniertes Auftreten sowie planvoll geführter Einsatz sind Voraussetzung für die Erfüllung des polizeilichen Auftrags. Sie sind in hohem Maße geeignet, den Störer zu beeindrucken, unmittelbaren Zwang, insbesondere Waffengebrauch, entbehrlich zu machen und die Beamten selbst zu schützen.

DER EINSATZ DER GRUPPE IM AUSSERGEWÖHNLICHEN SICHERHEITS- UND ORDNUNGSDIENST

Waffeneinsatz

48. Ziel des Einsatzes ist, den mit Waffen angreifenden oder Widerstand leistenden Störer zur Aufgabe seines gewalttätigen Verhaltens zu zwingen, ihn festzunehmen und die öffentliche Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen.
Der Waffeneinsatz ist nur nach den gesetzlichen Vorschriften über die Ausübung des unmittelbaren Zwanges und den hierzu ergangenen besonderen Anweisungen zulässig.

49. Beim Einsatz gegen gewalttätige Verbrecher im Großen Sicherheits- und Ordnungsdienst sind die nachfolgenden Grundsätze sinngemäß anzuwenden.

50. Träger des Waffeneinsatzes ist in der Regel die Gruppe unter der Leitung des Gruppenführers.
In bestimmten Fällen ist der Einsatz einzelner guter Gewehrschützen (ggf. mit Zielfernrohr) dem Waffeneinsatz der ganzen Gruppe oder dem Einsatz des MG vorzuziehen. Das gilt insbesondere beim Einsatz gegen Rädelsführer oder einzelne bewaffnete Störer.
Die Gewehrschützen sind dann möglichst aus versteckter Stellung einzusetzen, damit die Stellung der Gruppe nicht verraten wird.

51. Gewehrschützen setzen nur dann frühzeitig ihre Waffen ein, wenn es notwendig ist, sich gegenseitig zu unterstützen und vorwärts zu helfen.

52. Zur Täuschung des Störers und zur Minderung seiner Waffenwirkung sind die Stellungen häufig zu wechseln. Die Wechselstellungen sollen gedeckt erreichbar sein.
Pausen beim Waffeneinsatz sind stets zum Überprüfen von Waffen und Munition auszunutzen.
Dabei darf die Beobachtung des Störers nicht unterbleiben

53. Der Waffeneinsatz hat sich in erster Linie gegen den jeweils gefährlichsten Störer zu richten.
Gut getarnte Störer sind meist nur zu erkennen, wenn sie von ihren Waffen Gebrauch machen. Deshalb ist anzustreben, sie zum Schießen herauszufordern, um ihre Stellung ausfindig machen zu können.

54. Der Gruppenführer bestimmt in der Regel die Ziele für den Einsatz der Waffen. Das gilt insbesondere für den Einsatz des MG und den zusammengefaßten Einsatz anderer Waffen gegen wichtige Ziele. Bei der Breite und Tiefe der entwickelten Gruppe muß den Gewehrschützen jedoch häufig die Wahl des Ziels selbst überlassen bleiben. Bei breiten Zielen richten sie ihren Waffeneinsatz gegen die ihnen gegenüberliegenden Teile des Ziels.
In Ortschaften wird sich der Waffeneinsatz kreuzen müssen. Plötzlich auftauchende neue Ziele oder die Notwendigkeit, das Vorgehen benachbarter Gruppen zu unterstützen, zwingen häufig zu neuer Zielzuweisung oder Zielwahl.

55. Der Gruppenführer hat den Munitionseinsatz anzuordnen, den Munitionsverbrauch zu überwachen und rechtzeitig für Munitionsersatz zu sorgen.

56. Das Visier wird auf die - in der Regel durch Schätzen - ermittelte Entfernung eingestellt. Die richtige Visierwahl ist meist am Verhalten des Störers oder an den Geschoßeinschlägen zu erkennen. Sie ist durch den Gruppenführer laufend zu überprüfen.
Die Wahl des Haltepunktes ist grundsätzlich dem Beamten zu überlassen.

57. Beim Waffeneinsatz ist straffe Disziplin unerläßliche Vorbedingung für seinen Erfolg. Dies gilt insbesondere in schwierigen Lagen und nach großen Anstrengungen.
Im übrigen sind folgende Grundsätze zu beachten:
Die Orts- und Geländeverhältnisse und die Deckungsmöglichkeiten sind sorgfältig zu beurteilen und auszunutzen.
Alle Beamten haben sich gegenseitig zu unterstützen und vorwärtszuhelfen.
Die Überlegenheit der eigenen Waffenwirkung über die des Störers ist anzustreben.
Die Waffen sind möglichst überraschend aus Deckungen und versteckten Stellungen einzusetzen.
Der Störer ist stets aufmerksam zu beobachten.
Mit dem Gruppenführer und den übrigen Beamten ist ständig Verbindung zu halten.

58. Sobald das Ziel verschwindet oder Feuereinstellung befohlen wird, ist der Waffeneinsatz sofort abzubrechen . Die Waffen sind zu laden und zu sichern.

59. Der Gruppenführer hat Befehle und Kommandos so zu geben, daß sie von allen Beamten verstanden werden können. Bei Einsatzlärm sind sie von den Beamten laut weiterzugeben. Hierzu kann der Gruppenführer "Durchrufen" befehlen. Soll der Störer nicht unnötig aufmerksam gemacht werden, sind Befehle und Kommandos leise von Mann zu Mann zu übermitteln.

60. Die Breite und Tiefe der entwickelten Gruppe, die Waffenwirkung des Störers, schwierige Geländeverhältnisse oder die besonderen Umstände beim Einsatz in Ortschaften lassen die Leitung des Waffeneinsatzes der ganzen Gruppe durch den Gruppenführer nicht immer zu. Oft muß er sich darauf beschränken, den Einsatz des MG zu leiten. Die Gewehrschützen setzen dann ihre Waffen im Rahmen des vom Gruppenführer gegebenen Befehls selbständig ein. Hierzu ist es erforderlich, daß sie den Auftrag der Gruppe und die Absicht des Gruppenführers genau kennen.

61. In schwierigen Lagen, insbesondere beim Einsatz in unübersichtlichem Gelände und in Ortschaften, besteht erhöht die Gefahr, der Zersplitterung der Gruppe und der Auflösung des einheitlichen Einsatzes in zusammenhanglose Einzelaktionen. Der Gruppenführer muß deshalb seine Gruppe straff führen, ständig auf sie einwirken und sie fest in der Hand behalten.

62. Vorübergehend kann es zweckmäßig sein, den Waffeneinsatz der gesamten Gruppe oder aller Gewehrschützen schwerpunktmäßig auf ein Ziel zu richten; zuweilen wird allein durch den Einsatz eines einzelnen Gewehrschützen der erstrebte Erfolg erzielt.

63. Den Beginn des Waffeneinsatzes behält sich der Gruppenführer in der Regel selbst vor. Er nimmt daran nur teil, wenn seine Aufgaben als Gruppenführer es erlauben oder die Lages es dringend erfordert.
Sein persönliches Verhalten muß für die übrigen Beamten beispielgebend sein.

Vorgehen und Vorarbeiten

68. Beim Vorgehen sind schmale, tiefe Formen (Reihe, Doppelreihe, Schützenreihe) möglichst lange beizubehalten. In Ortschaften sind sie die Regel.
Das Vorarbeiten geschieht je nach Lage geschlossen in der ganzen Gruppe oder durch die Beamten einzeln. Auch beim Vorarbeiten in lockeren Formen muß der GrpFhr. stets auf die Beamten einwirken können.

69. Die Gruppe hat sich stets unter Ausnutzung der Örtlichkeit und der eigenen Waffenwirkung schnell und zügig vorzuarbeiten. Auch ohne besonderen Befehl arbeitet sich jeder Beamte vor, wenn der Störer
durch die eigene Gruppe oder durch Nachbarkräfte niedergehalten wird,
seinen Waffeneinsatz unterbricht oder wenn seine Waffenwirkung nachläßt,
durch Reizstoffe oder andere Einsatzmittel an der Gegenwehr gehindert ist.
Durch entschlossenes Ausnutzen dieser günstigen Umstände ist möglichst viel Raum zu gewinnen.

70. Wenn der Waffeneinsatz des Störers dazu zwingt, befiehlt der GrpFhr. den Beamten unter Angabe des Ziels, sich einzeln vorzuarbeiten. Dies geschieht durch selbständiges, unregelmäßiges und überraschendes Vorspringen, durch Kriechen und Gleiten.

1. Die Beamten stimmen ihr Vorarbeiten aufeinander ab und helfen sich im gegenseitigen Einverständnis mit wechselseitiger Waffenunterstützung vorwärts. Waffeneinsatz und Vorwärtsbewegung sind sinnvoll miteinander zu verbinden.

72. Mit der Ankündigung zum Vorarbeiten sind möglichst das Ziel des Stellungswechsels anzugeben und die Sicherung zu befehlen.
Beispiele:

"Gruppe M -
MG, Stellungswechsel vorbereiten -
nächste Stellung Hohlweg -
Gewehrschützen sichern!"

oder "Gruppe M -
Gewehrschützen, Stellungswechsel zur Kiesgrube vorbereiten -
MG sichern!"

Auf die Ankündigung des Stellungswechsels ist in Deckung zu gehen. Die Waffen sind schußbereit zu machen und zu sichern; freigemachtes Gerät ist aufzunehmen, Patronen- und Magazintaschen sind zu schließen. Das MG ist zu entladen und zur schnellen Feuerbereitschaft vorzubereiten.

73. Auf das Ankündigungskommando für den Stellungswechsel "Gruppe M - Sprung - " machen sich die Beamten zum Sprung fertig.
Bei " - auf marsch, marsch!" schnellen sie hoch und erreichen im Sprung das befohlene Ziel.
Der Sprung wird vorzeitig auf das Kommando "Volle Deckung!", "Stellung!" oder auf Zeichen beendet.

74. Ist in Ortschaften ein Vorarbeiten auf der Straße nicht möglich, so ist durch Höfe und Gärten oder über Hausdächer vorzugehen. Die Straße selbst darf dabei nicht unbeobachtet bleiben. Kurze Straßenstrecken, z.B. Straßenkreuzungen, können durch überraschenden, geschlossenen Sprung überwunden werden. Auf nötige Sicherung ist zu achten.

75. Der Gruppenführer muß die Gruppe so an den Störer heranbringen, daß vermeidbare Gefährdungen der Beamten ausgeschlossen sind. Dazu hat er alle Deckungsmöglichkeiten und Sicherungsmöglichkeiten auszunutzen.
Bei unübersichtlichen Orts- und Geländeverhältnissen ist häufig von überhöhten Punkten Aufklärung und Erkundung für das weitere Vorgehen zu betreiben.

76. Ist die Gruppe auf nächste Entfernung an den Störer herangekommen, so muß jederzeit mit unmittelbaren Zusammenstößen und Auseinandersetzungen "Mann gegen Mann" gerechnet werden. Wegen der zahllosen und vielfältigen Möglichkeiten des überraschenden Auftretens des Störers in Ortschaften vollzieht sich hier die Auseinandersetzung mit ihm fast immer auf nächste Entfernung.

77. Beim Einsatz in Ortschaften muß der Gruppenführer den Beamten klare Einsatzaufträge mit eng begrenzten Zielen erteilen.
Sicherung nach rückwärts und Verbindung mit nachfolgenden Kräften sind sicherzustellen.

78. Gegen hart verteidigte Widerstandsnester sind besonders zusammengestellte und ausgerüstete Angriffstrupps einzusetzen. Sie sind von Fall zu Fall aus Beamten zusammenzustellen, die für diese Aufgabe ausgebildet und aufeinander eingespielt sind.

79. Es ist unzweckmäßig, in Ortschaften gegen vom Störer verteidigte Straßenhindernisse frontal vorzugehen. Die Gruppe ist vielmehr gegen die Flanke oder den Rücken des Störers einzusetzen. Hierzu sind alle Möglichkeiten des Vorgehens durch Häuser, Höfe, Gärten, Keller, Mauerdurchbrüche oder über Dächer auszunutzen. Dabei ist mit Nachbarkräften zusammenzuwirken.

80. Bei plötzlichem überfallartigem Auftreten des Störers sind regelloser Waffeneinsatz und zielloses Vorgehen gegen einzelne Störer zu vermeiden. Es ist vielmehr zweckmäßig, zunächst in Deckung zu gehen, die Lage zu überschauen und danach planmäßig zu handeln.
Bei seitlicher Waffeneinwirkung ist unter Ausnutzung des toten Winkels hart an der Straßenseite in Deckung zu gehen, von der die Gefahr ausgeht.

81. Für bevorstehende unmittelbare Auseinandersetzungen "Mann gegen Mann" trifft jeder Beamte selbständig die notwendigen Vorbereitungen.
Die Gewehrschützen laden nach. MG und Maschinenpistolen sind zum Schießen in der Bewegung vorzubereiten. Pistolen schußbereit halten. Reizstoff-Wurfkörper und Handgranaten wurffertig zu machen.

Gefangenenagitation?
Briefe aus dem Gefängnis

Während die fehlende Analyse der Bürgerkriegsorganisationen des kapitalistischen Staates unsere theoretische Naivität belegt, zeigt sich in der emphatisch propagierten Gefangenenagitation unser praktischer Leichtsinn. Natürlich haben wir die "Kriminalität" richtig als Charakteristikum der Klassenherrschaft erkannt und auch die Gefängnisse völlig zurecht als Arbeitskasernen im strengen Sinne analysiert. Aber dann meinten wir, wir brauchten nur noch diese analytische Kenntnis in Gefangenenagitation umzusetzen, und alles sei geritzt. Die Gefangenagitation zeigte ebenso wie die Agitation der Fürsorgezöglinge schwere Fehler unseres studentischen Ansatzes. Wir machen irgendwo besonders üble Schlupfwinkel der Klassenherrschaft aus, hauen dann auf die Pauke, und die Folgen unserer bloß ethischen Aufwiegelei haben die Betroffenen so zu bezahlen, als wir uns unserer studentischen Möglichkeiten nicht genau bewußt sind und danach Agitation und Praxis bestimmen. Auf der DK des SDS in Hannover wurden von Reiner Geulen die Strafgefangen als riesige revolutionäre Reservearmee angepriesen. Darin zeigte sich unser verdinglichtes Verhältnis zur Agitation, die die zu Agitierenden in zweierlei Weise zu bloßen Objekten macht: Einerseits werden sie der herrschenden Klasse drohend vorgehalten und erlauben uns so ein gewisses Renomiergehabe, andererseits werden sie zum bloßen Kalkül in unserer Praxis, die mehr auf Einsatz von Objekten als auf Politisierung der Subjekte, d.h. auf Durchbrechung des kapitalistischen Entfremdungszusammenhanges aus ist.

Diese Fehler sind historisch erklärbar aus einer Situation, die durch die isolierte Revolte der Studenten gekennzeichnet schien und in der Studenten glauben mußten, den gesellschaftlichen Charakter ihrer Revolte handgreiflich belegen zu müssen: sei es durch Gefängnisaufstände oder durch massenhafte Lehrlingsflucht aus Erziehungsheimen. Diese leichtsinnige Agitation wurde konstrastiert durch eine Organisationsfeindlichkeit, deren Überwindung allererst die Agitation von ihrem leichtsinnigen Charakter befreit hätte.

In Heidelberg stellte sich das so dar: als zwölf Genossen in Mannheim im Gefängnis saßen, demonstrierten die Studenten ihre Solidarität vor dem Gefängnis. Aus der Einsicht, daß zwischen der (vorliegenden) Ausnahmesituation der Genossen und dem normalen Dasein der anderen Gefangenen kein prinzipieller Unterschied bestünde, wurde sehr schnell die Notwendigkeit einer allgemeinen Gefangenenagitation abgeleitet. Diese hatte so lange eine wirkliche Funktion als sie durch die Genossen im Gefängnis erklärt und ergänzt werden konnte. Außerdem hatte sie Schutzfunktion für die Genossen, deren relativ schnelle Entlassung sicher mit durch diese Agitation bewirkt wurde. Als aber alle Genossen draußen waren, zeigten sich die Widersprüche dieser Agitation sehr offen. Wir hatten innerhalb und außerhalb des Gefängnisses eine wirksame Unterstützung der Gefangenen versprochen. Als keiner mehr von uns drin war, zeigte sich gleich, daß wir nicht einmal zur Fortführung der Kontakte in der Lage waren. Die Fortsetzung unserer Agitation vor dem Gefängnis war der verzweifelte Versuch über diese Schwierigkeit hinwegzutäuschen. Wir erhielten zwar ab und zu noch Briefe aus dem Gefängnis, wir konnten sie aber nicht beantworten, denn auch die Megaphon Agitation wurde durch die Polizei unmöglich gemacht. Das unmittelbare Resultat bei manchen Gefangenen ist Resignation. Diese wurde mit durch unsere Versprechen verursacht. Die meisten werden sich wieder darauf eingerichtet haben, auf die Entlassung zu warten, d.h. sie werden sich mit ihrer Bestrafung abgefunden haben. Die hier veröffentlichten Briefe sind also Dokumente eines vorläufig gescheiterten Versuches den kapitalistischen Staat von seinem Rande her anzugreifen.

Studenten!

Ihr seid durch Eure Ideologie, zweifellos gute und fortschrittliche Ideologie, in das Räderwerk des Justizapparates geraten. Ihr erlebt nun den demütigenden und erniedrigenden Standpunkt unserer Exekutiven. Schaut und hört Euch in diesem Gefängnis um. Seht bitte nicht nur Euer, hoffentlich recht kurzes Schicksal, in dieser Anstalt. Betrachtet (?) und versucht uns sogenannte Kriminelle etwas zu verstehen.

Was wißt Ihr wirklich von und über uns?? Wißt Ihr wirklich, wie wenig sogen. Berufsverbrecher oder asoziale solche Häuser bevölkern? Wißt Ihr etwa, dass die Masse in dieser Anstalt vorwiegend Sozialwaisen, Schlüsselkinder, ehemalige Fürsorgezöglinge, kurz, Menschen sind, die durch Schlüsselerlebnisse in ihrer Kindheit und in ihrer Jugend förmlich in eine asoziale Laufbahn gedrängt wurden? Daß diese Menschen gleichgültig in diesem Teufelskreis belassen, und wenn sie versuchen daraus auszubrechen, wieder zurückgestossen werden?

Ihr bekommt durch die Publikationsmittel einzelne gravierende Verbrechen in einem aufgebauschten Stil mitgeteilt und seid dadurch gezwungen, Euch aus diesen verzerrten Mitteilungen ein Bild zu machen. Verfallt bitte nicht in den Fehler, durch diese manipulierte Stimmungsmache Euer objektives Urteil trüben zu lassen. Nehmt bitte alle Gelegenheiten wahr, mit Gefangenen und auch Beamten zu diskutieren, versucht sie zu überzeugen. In meiner langjährigen Gefängniszeit habe ich kaum einen Menschen gefunden, der sich etwa gegen vernünftige Argumente gesperrt hätte. Aus Erfahrung kann ich behaupten: wenn man es fertigbringt, einen jungen Menschen zum Verbrecher zu erziehen, bringt man es auch fertig, ihn zu einem sozial gesinnten Menschen zu formen. Was der Masse hier fehlt, sind Ideale, Ziele, für die es sich einzusetzen lohnt. Wißt Ihr, wie viele Menschen in diesen Häusern aus Gleichgültigkeit und Desinteresse der verantwortlichen Institutionen sprichwörtlich vor die Hunde gehen? Ihr kämpft für weltumspannende Ideale. Seht

sich einmal das Nahe. Wißt Ihr wirklich, warum Ihr keine Verbrecher geworden seid? Warum Ihr heute nicht zu unserer Kategorie gezählt werdet? Ich bezweifle es und würde mich gern vom Gegenteil überzeugen lassen. Seid nicht so überheblich, auf uns "verachtenswerte sog. Kriminelle" nur herabzuschauen. Findet es nicht lächerlich, wenn ich Euch sage, daß viele Straftaten bewußt oder unbewußt ein Protest gegen die kapitalistische, langsam wieder faschistisch ausartende Gesellschaft waren. In zweiter oder gar in dritter Linie kam erst die "Bereicherung". Diese "Bereicherung" diente lediglich dem Zweck, sich für ein paar Tage mit dem Lebensnotwendigsten zu versorgen.
Darauf möchte ich hier nicht näher eingehen; ich bin aber bereit, mich jeder Diskussion zu stellen, wenn sie sachlich geführt wird.
Zum Schluß will ich noch ein paar Fakten aus dem hiesigen Anstaltsleben streifen, die es wahrscheinlich wert sind, kritisch bedacht zu werden.
Wie oft hört oder liest man von der sog. Resozialisierung. Schon dieser Ausdruck geht an der Wirklichkeit vorbei. Bei wem will man denn resozialisieren? Um einen Menschen zu resozialisieren, muß er doch zumindest vor seiner Inhaftierung sozial eingestellt gewesen sein. Das ist aber bei den meisten, wie oben schon kurz erwähnt, ja gar nicht der Fall. Was wird aber getan, um den Menschen hier zu helfen; ja, sie brauchen wirklich Hilfe, um aus ihrer Sackgasse, um aus ihren fehlgeleiteten Anschauungen herauszukommen. Es wird nichts, aber auch rein garnichts getan! Laßt Euch nicht von den Namen der hier fast wöchentlich durchgeführten Veranstaltungen wie z.B. Lebenskunde, Allgemeinkunde, sozialtherapeutischer Unterricht usw. täuschen und blenden. Es sind lediglich mehr oder weniger geschickt getarnte Maßnahmen zur Zerstreuung der Langeweile und dienen nach außen hin zur Vorspiegelung falscher Tatsachen. Oder würdet Ihr die Industriewerbefilme oder Filme zur Werbung der Bundeswehr, die ausschließlich in diesen Veranstaltungen gezeigt werden, zu einer therapeutisch, soziologisch und pädagogisch gelenkten Schulung betrachten? Ihr müsst wissen, daß in dieser Anstalt nur ein Pädagoge als Oberlehrer tätig ist. Er hat ca. 1200, in Worten eintausendzweihundert, Gefangene zu betreuen; und damit nicht genug, dieser Mann muß auch noch gleichzeitig die Büchereien in zwei oder drei Anstalten betreuen. Könnt Ihr Euch vorstellen, was das heißt?
Weiter, wir arbeiten in relativ gutausgerüsteten Werkstätten unter den gleichen Bedingungen wie draußen. Viele Facharbeiter, noch mehr ungelernte Arbeiter sind praktisch gezwungen für ein "Nichts" saubere, tadellose Arbeit zu leisten. Die gnädigerweise zugeteilten Almosen von 0,60 bis 1,20 täglich reichen oft nicht aus für einen erfolgreichen Neubeginn in der Freiheit. Zimmer, Kleider, Lebensunterhalt etc. müssen aber bezahlt werden. Von den oft großen Wiedergutmachungsschulden will ich gar nicht sprechen. Lassen Sie bitte einmal Schuld oder Unschuld bei dieser Betrachtung beiseite. Denn bei diesen Menschen muß sich ja zwangsläufig die Vorstellung in ihrem Denkprozess herauskristallisieren, daß ihre erzwungene Kriminalität für sie die humane Lebensform ist.
Ich sprach von relativ guteingerichteten Werkstätten und vielen ungelernten Gefangenen. Alle Voraussetzungen zum Lernen eines Berufes oder doch wenigstens zum Anlernen einer bestimmten Tätigkeit wie z.B. Drehen, Bohren, Fräsen, Hobeln etc. sind vorhanden. Könnt Ihr Euch da vorstellen, daß bei einigen hundert Gefangenen nur vier Lehrlinge sind, die zudem noch zahlreiche Schwierigkeiten von Seiten der Anstalt überwinden mußten, um überhaupt eine Lehrzeit genehmigt zu bekommen? Daß bei diesen vielen hundert Gefangenen nicht ein Anlehrling ist? Mir wurde auf Anfragen und Anregungen erwidert: "Die Formalitäten zur Anmeldung von Gefangenen zu einer Lehre oder zum Anlernen ist mit zuviel Arbeit verbunden." Ich habe aber das Gegenteil bewiesen, indem ich zunächst alle erforderlichen Unterlagen anforderte, sie auch anstandslos bekam und mich dann praktisch selbst bei der Industrie- und Handelskammer Mannheim anmeldete. Die IHK machte praktisch überhaupt keine Schwierigkeiten, im Gegenteil, sie erleichterte sogar die Bedingungen.
Meine Darstellung mag etwas subjektiv klingen, teilweise ist sie es auch. Aber ich bin ja kein Einzelfall.
Warum wird denn den Gefangenen der Beitritt in die neugegründete Gefangenengewerkschaft in Frankfurt verweigert? Warum sind gemeinschaftliche Beschwerden und Eingaben unzulässig? Der Katalog ließe sich beliebig fortsetzen.
Ich schicke Euch unbeschriebene Blätter, die Ihr wahrscheinlich dringend benötigt. Ihr oder Du müßt sie nicht gerade auffällig auf den Tisch legen. Bei einer evtl. Kontrolle werden sie "mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" eingezogen. Ich bitte um die Aufzeichnung der Internationalen Eure Kommilitonen, in Zusammenarbeit mit anderen Gefangenen, bei ihren abendlichen Kundgebungen stimmkräftig zu unterstützen.

Euer Leidenskollege.....

Ausschnitt aus einem Kassiber

...Ich möchte Ihnen nun etwas über die Tätigkeit der Fürsorge bezüglich der Resozialisierung von Gefangenen schreiben. Naturgemäß ist dieser Bericht subjektiv, da ich nur von einer Seite aus beurteilen kann. Es sind dies Erfahrungen teils von mir, teils von Mitgefangenen.

Wenn man hier eingeliefert wird, so sollte es normal sein, daß sich die Fürsorge während der Haftzeit um die Insassen der Anstalt kümmert. Dies geschieht jedoch nicht. Erst am letzten Tag vor der Entlassung wird man zu den zuständigen Stellen gerufen. Es sind jetzt also noch höchstens 24 Stunden Zeit, um Arbeit, eine Wohnung usw. zu finden. Da dies nur sehr selten möglich ist, greift man häufig auf eine sehr beliebte Lösung zurück. Die Einweisung in ein Arbeitsheim. "Dort wird alles weitere erledigt," so bekommt man gesagt. Hat man kein Geld, so werden einem ein paar Mark, zwischen 10 und 20 DM in die Hand gedrückt.

Ein Gefangener hatte einmal bei der Entlassung nur 5DM. Er benötigte aber 30DM, um sein neues Zimmer anzuzahlen. Also ging er zur Fürsorge und bat dort um den fehlenden Betrag, indem er seine prikäre Situation erklärte. Man erwiderte ihm, er sei zu kurz in der Anstalt gewesen; man könne ihm daher nur 10DM geben. Es war ihm nicht möglich, die fehlende Summe zu bekommen.

Selbstverständlich kann man sich auch schon vorher an die Fürsorge wenden, Man wird aber prompt darauf hingewiesen, daß es bis zur Entlassung noch Zeit sei, und man daher mit der Arbeitssuche etc. noch warten könne.

Zudem wird einem unter Umständen nicht einmal das ganze Geld, welches man erarbeitet hat, bei der Entlassung ausgehändigt. Wenn ein Gefangener während der Haftzeit mehr als 200DM verdient hat, so wird der darüber hinausgehende Betrag zurückbehalten und erst am nächsten Tag oder per Post ausbezahlt.

Außerdem geschieht die Behandlung der Fürsorge in solch einer Weise, daß man sich zwangsläufig minderwertig vorkommt.

Einmal unterhielt ich mich etwa 5 Minuten mit einem dieser Herren. Nach dieser kurzen Zeitspanne erklärte er mir, ich müsse mir darüber im klaren sein, daß ich seelisch und moralisch total verkommen sein. Das Gespräch drehte sich um eine zukünftige Arbeitsstelle, die er mir, obwohl er drei Tage Zeit hatte, nicht besorgen konnte.

Allerdings muß man bei einer solchen Beurteilung die Relation zwischen der Anzahl der Anstaltsinsassen und der der Fürsorge berücksichtigen. Auf fast tausend Gefangene kommen hier 4 Fürsorger und 2 Anstaltsgeistliche. Es herrscht hier zweifellos ein notorischer Personalmangel.

Trotzdem bezweifle ich, ob die Anstaltsfürsorge mit Recht den Anspruch auf Resozialisierung von Gefangenen erheben kann und somit diesen Anforderungen genügt.

Ich habe mich bemüht, bis auf den letzten Satz jede persönliche Meinung einzusparen, denn ich wollte hier keine Partei eingreifen, sondern so authentisch wie möglich zu berichten.

Gruß ....

Guten Tag, Marxist!

Für mich ist es bedauerlich, fast eine Niederlage. Nicht weil Du antiautoritär eine Versammlung von Pseudo-Christen aufrütteltest, sondern daß die Rollen vertauscht sind.

Irgendwo sagt Marx (oder war es Lenin?): "Der entscheidende Motor der revolutionären Umgestaltung, besteht aus einer aktiven Minderheit von Berufsrevolutionären der proletarischen Partei, die als Avantgarde der Arbeiterklasse in diese das revolutionäre Bewusstsein hineinträgt, sie organisiert und über diese hinaus eine Fülle weiterer Gruppen dem revolutionären Anliegen dienstbar macht."

Du siehst, was mich enttäuscht: die Arbeiterklasse will nicht die Avantgarde die Berufsrevolutionäre seid Ihr.

Vielleicht ist es nicht bedeutend, wer mit der Zerschlagung des repressiv-autoritären Staates beginnt, aber wie frage ich? Ohne das Proletariat mit einer Handvoll Kommilitonen? Ihr leidet an einer ich möchte fast sagen autoritären bzw. elitären Krankheit. Ihr produziert Euch dem Proletariat gegenüber in artikulierten Hieroglyphen und hinzu kommt, das Proletariat ist satt, zufrieden und faul, es kann und will Euch nicht verstehen es ist politisch träge. Wo siehst Du den modus vivendi? Die erträgliche Form des Zusammenlebens und des Zusammenstreitens verwirklicht sich nur in gegenseitiger Verständigung bzw. Verständlichmachung. Ex cathedra die Abschaffung einer repressiv-autoritären Gesellschaft verlangen ist wohl ein Wort, aber wie? die die Ihr dazu braucht verstehen Euch nicht, oder geht es Euch doch nur um die Vorantreibung der Hochschulreform?

Bitte verstehe mich nicht falsch ich zweifle nicht an Euren Qualitäten. Ihr seid - Dank der beschissenen und von "Oben" wohl bedacht dürftigen staatsbürgerlichen Erziehung der verhinderten Avantgarde - gerade zu prädestiniert die proletarischen Schläfer mit der Idee vertraut zu machen sie aufzurütteln.

Die Wege die Marx zeigt erweisen sich als wirkungslos, die heutige Situation hätte er nie vermutet. Vielleicht benötigen wir einen Zuschuss der radikalen Ideen Bakunins oder Stirners, an die allein seligmachende Marx' beginne ich zu zweifeln. Möglicherweise denke ich falsch, ich habe nie studiert auch nicht Marx.

Also, audiatur et altera pars, wie glaubst Du daß es zu schaffen ist, ich hätte gern früher mit Dir Kontakt aufgenommen, die Umstände liessen es nicht zu.

Ende Feb. gehe ich (nach 26 Monaten), ich werde Dich in Heidelberg sehen und verlasse Dich darauf ich habe einige Fragen. Schreibe mir jetzt ein paar Worte: nach dem Notgang komme ich an Deine Tür.

Sei gegrüßt Marxist

Und eines vergiss nie, wenn Ihr hier weg seid vergessen sie Euch. Sie suchen sich andere Idole die, die jetzt für Euch schreien.

Lieber X-Y,

Ich möchte Dich auf verschiedene Punkte hinweisen, über die man am Fenster nicht so sprechen kann. Mir ist im Grunde alles klar, auch habe ich gut verstanden, um wen es bei Euch geht. Aber ich denke, daß Du, was ich Dir hier schreibe voll verstehen wirst, und ich in dem Sinne, wie Du alles verstehst, die nötige Hilfe in Bezug auf Propagandamaterial erhalte, das wir im Kampf zur gegenseitigen solidarischen Unterstützung brauchen.

Es ist Unsinn, wenn wir nicht gleich aktiv mitwirken, denn passiv allein hat keinen großen Wert. Je offener wir werden, je mehr Gefangene bereit sind, sich mit uns solidarisch zu erklären, um so größer ist das Bild der Ledernacken-Justiz in ohnmächtigem Zorn, schweigender Wut und lahmgelegtem Trotz. Zum Beispiel gibt es für die Polizei und das Gericht keine Wahrheit, wenn es gegen die Masse des Volkes oder die Gefangenen in den Gefängnissen geht. Aber für die Justiz liegt die Gefahr darin, daß eine Reform mit der Mehrheit erreicht werden kann. Die Demokratie lebt wie die Wissenschaft von der Macht der Überzeugung, nicht von der Macht der Gewalt.

Je mehr und rascher sich solche schlichte Wahrheiten herum-

sprechen, um so sicherer wird das die eben begonnene Revolution der Lösung näher bringen. Das Interesse des SDS an unserem aktiven Mitwirken stellt die Frage der Mitbestimmung und -Verantwortung in der Revolution, an dem in der Demokratie an den SDS übergegangenen Mandat der politischen Führung. Um die Masse dafür zu gewinnen benötigen wir Propagandamaterial, damit sich das Denkvermögen der Gefangenen steigert.

Es gibt genug Gefangene, die den Stern des SDS für ein blindes Licht am politischen Horizont halten. Um diesen Gefangenen die Wahrheit verstandesmäßig klar zu machen, kann ein freiwilliges Team die Masse durch überzeugende Argumente in Bezug auf Freiheit und Recht sowie das Ziel des SDS zum Kampf gegen die Ungerechtigkeit zusammenschließen. Es ist unbestreitbar, daß der Wissenschaft in der Gesellschaft eine starke politische Aufgabe übertragen ist, die die Möglichkeiten und Maßstäbe des menschlichen Handelns in der Gesellschaft von neuem zu denken und zu erweitern zum Schutze der Menschenrechte und der Menschenwürde. Das erfordert gegen jede Entmenschlichung Widerstand. Das beweist der SDS, indem er im Studentenparlament gegen die noch bestehende faschistische Ordnung in den Gefängnissen gestimmt hat. Aber daß es eine politische Orientierung bleibt gegen die Ledernacken-Justiz, muß im Appell zur Umgestaltung zum Wohle des ganzen die Probleme, um die es sich dreht mit der Masse im einzelnen den Gefangenen zur Diskussion und zum Verständnis gebracht werden.
Nur Diskussion und Würdigung von guten Argumenten kann zur Lösung führen. Solltest Du nicht alles verstehen oder gegen diese meine Meinung eine andere haben und kein Interesse daran haben, so ist es mir egal.

Obwohl ich hier als Krimineller bin, habe ich die Absicht aktiv an der Sache für unsere Rechte zu kämpfen, aber es ist mir auch klar, daß ich allein ein Wassertröpflein auf dem heißen Stein der Weisen bin. Aber wenn Du willst, so kannst Du versuchen, alles, was Du an Propagandamaterial auftreiben kannst an mich weiterzuleiten, so daß ich es wieder unter die schlafende Masse von Mitgefangenen bringen kann.

Es lebe die Revolution!

XY

Lieber .....,

die Belegschaft der Zelle ... ist im Großen und Ganzen der gleichen Meinung wie Du! Wir sind auch bereit uns mit Euch zu solidarisieren, unsere Gründe dafür sind folgende: gerechte Arbeitsbelohnung, unzensierter Briefverkehr mit jedem Adressat der uns grade einfällt, unbewachter Besuch und vor allen Dingen müssen für eine U-Haft stichhaltige u. triftige Gründe vorhanden sein! Nicht wie es jetzt der Fall ist, daß man Leute mit festem Wohnsitz, fester Arbeit u.s.w. wegen Lapalien in U-Haft festhält! Wenn Du Verbindung zu Deinen Leuten aufnehmen kannst, so laß sie so oft als möglich hier vor dem Gefängnis erscheinen. Du wirst selbst wissen daß diese Demonstranten hier als psychische und moralische Stütze der Gefangenen sehr nötig sind!

Wir das heißt die 4 Mann von Zelle ... treten ab morgen in den Hungerstreik. Ich werde versuchen die Sache erst auf unsere Abteilung und eventuell auch im ganzen Flügel zu organisieren!

Es grüßt Dich für alle anderen mit

.....

P.S. Ich hoffe Du kannst meine Schrift lesen, der Mann der Dir diesen Brief gibt ist vertrauenswürdig und durch ihn kannst Du uns auch Nachrichten zukommen lassen!

Mannheim, 22.1.69

Lieber .....,

zuerst muß ich Dir eine negative Nachricht mitteilen, unser Hungerstreik ist noch nicht im Gange. Wir müssen morgen erst an das Amtsgericht Mannheim schreiben und den Hungerstreik offiziell anmelden! Erst dann können wir ohne Schwierigkeiten beginnen.

Heute wurde ich durch Zufall als Statist für eine Gegenüberstellung geholt. Es ging darum, daß die Beamten der Polizei einen Studenten suchten und erkennen wollten, der so nehme ich an mit anderen Studenten bei den Demonstrationen handgreiflich gegen die Polizei vorgegangen war.

Mit dem Student habe ich kaum sprechen können, er war ungefähr 1.80 m groß, schlank u. hellblond. Er trug Blue-Jeans, weiße Tennisschuhe, einen roten Pulli u. eine blaue, mit weiß und rot abgesetzte Strickweste. Ich nehme an Du weißt nun wer es war. Ob er erkannt wurde weiß ich leider nicht, aber ich glaube nicht. Es ist sowieso unzulässig ihn als hellblonden bei einer Gegenüberstellung mit 3 ganz dunkeln Typen in eine Reihe zu stellen, er stach hervor und wenn die Polizei die wahrscheinlich nur weiß daß der Gesuchte hellblond sein soll,ihn sieht so ist es ganz klar daß diese "ach so ehrlichen Beamten" jeden, auch einen Meineid schwören daß er nämlich den,den sie sahen einer von den Studenten ist die handgreiflich gegen die Polizei vorging.

Die Praktiken der Polizei sind uns wohl bekannt genug, so daß wir wissen, es kommt ihnen nicht darauf an, den richtigen Student zu finden, sondern es langt ihnen vollkommen, wenn sie einen haben dem sie es in die Schuhe schieben können.

So nun noch mal zu dem Hungerstreik, es ist sehr schwierig die Sache wirksam und umfangreich zu organisieren, es sitzen hier zu viele Penner die froh sind, wenn sie den Fraß hier zu fressen bekommen.

Auch haben sehr viele kein Rückrat, Du weißt sicher was ich damit meine, sie wollen alle gerne in den Genuß der Vorteile kommen, die eine umfangreiche Streikaktion sicher mit sich bringen würde, aber sie wollen nichts dazu beitragen und gerne andere vorangehen lassen.

Wie sieht die Sache rein gesetzlich aus, kann man uns Meuterei vorwerfen wenn wir alle 4 auf einmal in den Streik treten? Wie sieht die finanzielle Seite bei einem Anwalt von Euch aus, ich könnte eventuell einen Anwalt brauchen, ich habe einen festen Wohnsitz, es besteht keine Verdunkelungsgefahr und die zu erwartende Strafe dürfte bei 5 Monaten liegen, also Fluchtgefahr wegen der Strafe scheidet aus!
Ich warte auf Antwort!

Gruß

L.B. .....

Es war ein Freytag, kamen während ich schlief, 3 Beamte in meine Zelle, wo ich dann sogleich wach wurde. Einer der Beamten sagte zu mir, ich wäre unerlaubter Weise an meinem Zellenfenster gewesen, und hätte mich mit einem hier anwesenden Gefangenen unterhalten. Daraufhin sagte ich, zu dem Beamten, daß ich das nicht gewesen sein kann, da ich um diese Zeit schon im Bett gewesen bin. Als er diese meine Angabe zur kenntnis genommen hatte, befahl er mir im wütenden Ton, ich solle meinen Tisch und meinen Stuhl aus der Zelle bringen. Da gab ich ihm zur Antwort, daß ich dieses ohne Erlaubnis des Gerichtes nicht zu tun brauche. Daraufhin zog dieser mich aus dem Bett, und schlug mir mehrmals ins Gesicht. Als er dies getan hatte, sagte ich im meinem Zorn zu ihm, wenn ich ein Messer oder eine andere Waffe hätte, wäre er unweigerlich verloren. Als er und seine anderen Kollegen dies vernommen hatten, stießen sie mich zu Boden und schlugen dann alle drei auf mich ein. Auch bekam ich noch mehrere Tritte in mein Hinterteil. Ich brachte dann, um nicht weiter geschlagen zu werden, den Tisch und den Stuhl vor die Zelle. Da dies dann getan war, ließen sie mich in Ruhe, und gingen. Das alles hatte mein Zellennachbar hören können. Daraufhin klopte er mehrmals an seine Tür. Dies hatten wohl die Beamten von weitem gehört! Deswegen kamen sie aber wieder zu mir, weil sie dachten ich wäre das gewesen. Sie hielten mich mit Gewalt fest, und brachten mich in eine Beruhigungszelle, wo sie wieder anfingen mich zu schlagen. Dies dauerte wohl kaum eine 1/2 Stunde als sie mich dann schließlich in Ruhe ließen.

Ich wurde dann während der Nacht mehrmals kontroliert. Bei einer dieser Kontrollen kam dann einer von den Beamten zu mir, und warnte mich, wenn ich was gegen sie unternehmen würde, würde es mir noch schlechter ergehen. Dies alles geschah zwischen 19.30 +20.45. Am zweiten Tag meldete ich mich dann bei dem hier zuständigen Inspektor Pop. Als ich ihm dann alles erzählt hatte, gab er mir zur Antwort euch Gefangenen kann man so und so nichts glauben. Dies war alles was er mir zu sagen hatte. Daraufhin schrieb ich 3mal an das hier zuständige Amtsgericht, da ich aber bisher noch keine Antwort erhalten habe, muß ich wohl annehmen daß diese Briefe hier in der Anstalt unterschlagen wurden. Auch wegen meiner Anzeige zwecks Körperverletzung habe ich noch keine Antwort erhalten. Daß ich jetzt zu der Ansicht gekommen bin, ich kann mir mein Recht nur noch verschaffen wenn ich wieder in Freiheit bin.
Dies ist soweit alles was ich zu berichten habe.

Dein Freund und Zellennachbar

.....

Meine Adresse ist
.....
.....

Wenn deine Genossen diesen Brief erhalten sollten, sollen sie über diese Sache meine Eltern genau unterrichten.

Es freut mich daß ihr euch meiner Sache annehmen wollt. Laß aber den Brief in deiner Zelle nicht sehen, sondern trage ihn immer bei dir.

Mannheim, 24.1.69

Lieber ....,

Gestern abend haben wir Dich und Deine Freunde wieder gehört. Ich freue mich daß Du es geschafft hast aus der U-Haft entlassen zu werden und hoffe nur Du brauchst nie wieder ins Gefängnis! Ob Du uns gehört hast weiß ich ja nicht, aber wir haben Dich lautstark begrüßt. Hoffentlich habt Ihr mit der auftauchenden Polizei nicht zuviel Ärger gehabt?!

Ich weiß aus eigener Erfahrung was für Helden in unserem "ach so demokratischen" Staat die Uniform tragen. Besonders viel Mut haben sie wenn der Gegner am Boden liegt, sie in der Überzahl sind und wenn der Gegner ihren Schlagstöcken keine gleichwertige Waffe entgegen setzen kann! Dann sind sie stark, schlagen skruppellos auf jeden der sich im Wege befindet ein, ganz egal ob er nun mit zu den Gegnern gehört oder ob es ein harmloser Passant ist. Dann existiert für sie keine Dienstvorschrift, kein Grundgesetz einfach gar nichts.

Aber wenn man sie dann mal darauf aufmerksam macht, daß auch sie ihre Vorschriften bzw. das Gesetz einzuhalten haben, ja dann sind diese Herren auf einmal blind, taub-stumm und gefühllos, was ja der Normalzustand ist, aber diese Unverschämtheit zu besitzen, auch noch so zu tun als seien sie im Recht, ja das schlägt doch wohl dem Faß den Boden aus!!!

Aber es ist vielfach auch durch die Mentalität des Deutschen schlechthin bedingt daß es in unserem Staat soweit gekommen ist. Denn solange es den Deutschen gut geht - er versteht darunter dass er seine Arbeitsstelle hat, genug verdient um seinem Stand gemäß gut zu leben und zu essen - ist er zufrieden, macht sich keine weiteren Gedanken bleibt, träge, faul und desinteressiert an seinem eigenen Land im Trott der Masse und hält sein Maul! Das ist genau das was von unserer Regierung mit einkalkuliert wird und woraus zum Teil ihre Stärke besteht.

Grundsätzlich vertrete ich den gleichen Standpunkt wie ihr, ich bin auch im Prinzip mit Euren Forderungen und Argumenten einverstanden, denn meine momentane Situation zeigt mir nur allzu deutlich, wie barrock, vordemokratisch und un-

zulänglich unser Straf und Strafvollzugsrecht ist. Man hat nun in fast 20 Jahren, denn seit 1949 besteht ja unsere angebliche Demokratie und seit dem haben wir ja auch das Grundgesetz. In diesen 20 Jahren hat man von seiten der Regierung nicht eine einzige bedeutende Reform schaffen können! Ganz gleich ob es sich um unser Steuerwesen, was ich als chaotisch bezeichnen möchte, um unser Sozialwesen was als feudalistisch zu bezeichnen wäre oder um unser Bildungswesen handelt was wohl nur als rückständig zu bezeichnen ist! Von unserem Justizsystem rede ich erst gar nicht das kennst Du selbst zur Genüge.

Damit dieser ganze Saustall mal ausgemistet wird und ich genau weiß dass man nur durch Einigkeit stark genug ist um das Ziel zu erreichen deshalb erkläre ich mich mit Euch solidarisch!

Der ganze Beamtenapparat der auf einem geistigen Niveau des Bundes- Deutschen Kleinbürgers bassiert muß mit harten Maßnahmen auseinandergenommen werden!! Denn eine sanfte Methode zeigt bei diesen verfetteten der Arterienverkalkung nahen Herren bestimmt keine Wirkung!!

Die aggressive Opposition in die sich diese Herren hineinflüchten, - natürlich unter dem Schutz einer brutalen und skrupellosen Schläger-Truppe die man in Uniform gesteckt hat um sie Polizei-Beamte nennen zu können, - zeigt nur ihre Schwäche und dass sie sich ihres Unrechtes bewußt sind!!

Wer heute in der Bundesrepublik Demokrat ist muß ja gleichzeitig revolutionär sein, den Eins ist ohne das Andere nicht mehr möglich.

Denn bei unserer Regierung hat sich das altbekannte Motto aus dem Dritten Reich "Gegen Demokraten helfen nur Soldaten" wieder eingenistet. Meiner Meinung nach muß dieser Zustand so schnell wie möglich abgeschafft werden! Aber was schreib ich Dir dies alles, Du weißt es ja selbst wahrscheinlich noch besser als ich. Die letzte Nachricht von mir konntest Du mir ja nicht mehr beantworten, da Du am gleichen Tag entlassen wurdest.

Du weißt selbst aus eigener Erfahrung, wie schwer es hier im Gefängnis ist die trägen Typen für Eure und unsere Sache zu gewinnen. Trotzdem versuche ich alles was in meiner bescheidnen Macht steht, wenn Du Informationen brauchst die ich Dir beschaffen kann, bin ich natürlich sofort bereit und stehe Dir zur Verfügung! Aber Du wirst durch Deine noch inhaftierten Freunde sicher alles erfahren was für Dich und Deine bzw. Eure Aktion wichtig ist.

Ich glaube ich schrieb Dir schon einmal daß Ihr wenn Ihr Erfolg haben wollt mindestens 3 mal in der Woche hier erscheinen müßt. Natürlich seit Ihr überbesetzt und habt wenig Zeit, aber es muß sein!

In den nächsten Tagen habe ich Haftprüfung, eigentlich müßte ich auf freien Fuß gesetzt werden, ich habe einen festen Wohnsitz, es besteht keine Verdunkelungsgefahr und da die zu erwartende Strafe auch relativ gering ist besteht auch keine Fluchtgefahr, wegen der zu erwartenden Strafe! Aber Du weißt ja selbst wie hier beim Amtsgericht Mannheim verfahren wird, deshalb glaube ich auch nicht, daß ich Erfolg habe!

Sollte ich doch entlassen werden, setze ich mich mit Dir bzw. Euch in Verbindung, vielleicht kann ich Euch von nutzen sein.

Es grüßt Dich und wünscht Dir und Deinen Freunden viel Erfolg und toi toi toi!

.....

Mannheim 25.1.69

Lieber ....,

Ich habe Dich und Deine Genossen heute gegen 16:30 Uhr wieder gehört. Vielleicht habe ich Dich durch unser gemeinsames Schreien begrüßen können? Die Entfernung ist ziemlich weit und so bin ich mir nicht sicher ob Du unser Rufen gehört hast. Aber .... hat uns ja gehört, ich bin nun genau informiert wie viele von Euch hier noch sitzen. Es ist natürlich sehr schwer mit Deinen Freunden hier Kontakt aufzunehmen, aber ich werde nichts unversucht lassen, damit ich mich mit ihnen in Verbindung setzen kann!! Nur ist es durch die starke Überwachung und weil man uns mit Absicht von ihnen isoliert nicht ganz einfach! Ob in unserem Flügel noch ein Student liegt weiß ich momentan nicht, aber wenn noch einer im Flügel liegt werde ich den Kontakt schon herstellen denn ich werde ab Montag - 27.1. - als Essenträger fungieren. Wenn aber in unserem Flügel niemand mehr liegt, wird es sehr schwer werden.

Da Ihr heute schon relativ früh erschienen seid konnte ich Euch sehen, es freut mich natürlich, daß Ihr nicht nur wegen Eurer eigenen Leute erscheint, sondern auch uns, die wir ja keine Studenten sind, nicht vergesst!! Aber dennoch muß ich Dir sagen dass Ihr nicht zahlreich genug erschienen seid! Sieh mal es ist ganz natürlich, dass die Gefangenen sich darüber wundern weshalb nicht mehr von Euch mitkommen. Sie sagen sich sinngemäß folgendes: die reden vom Solidarisieren und Einigkeit macht stark, aber so wie es aussieht haben sie in ihren eigenen Reihen keine totale Solidarisierung erreichen können oder weshalb kommen nicht mehr Studenten mit?
Ich glaube ganz so unrecht haben sie mit ihrer Argumentation nicht! Wie denkst Du darüber?

Die Strafbefehle gegen Euch sind wohl die größte Schweinerei die ich je gesehen habe!! Diese Art der Urteilssprechung zeigt nur allzu deutlich, dass diese schwierige, frivole, skrupellose und nach Verwesung stinkende Staatsanwaltschaft einen öffentlichen Prozess zu fürchten hat!

Aber Ihr werdet ja diesen Strafbefehl nicht akzeptieren und in Berufung bzw. Revision gehen.

Von hier gibt es ein paar interessante Neuigkeiten, als ich dagegen protestierte, während der Zeit in der der Hofgang stattfindet zum Arzt zu gehen, hatte doch der Beamte die Frechheit mir zu sagen, dass der Anstaltsvorstand verfügt habe, wer am Montag morgen zum Arzt wolle der müsse auf den Hofgang verzichten. Ich hoffe ich komme am Montag 27. 1. zu diesem Vorstand hin, ich werde ihm meine Meinung zeigen und ihn darauf hinweisen dass mir einmal am Tag

die Freistunde zusteht ohne dass ich deshalb auf ärztliche Betreuung zu verzichten brauche!!

Ich nehme an er wird sich sehr wundern wenn ich ihn darauf hinweise, daß er mit dieser Verfügung seine Kompetenzen erheblich überschreitet! Auch ist es nicht mehr statthaft die Klappe an der Tür zum hinein geben des Essens zu benutzen, das wird nur gemacht um uns zu entmenschen man soll hier drin nicht leben, sondern vegetieren! Auch ist es nicht statthaft die Betten tagsüber hochzuklappen, ebenfalls ist vom Justizministerium angeordnet worden, das auf einer Gemeinschaftszelle mit Toilette eine Schamwand vorhanden sein muß!! Auch die Post muß für Straf- und U-Gefangene gleichermaßen, beim Strafgefangenen vor seinen Augen in einen Briefkasten gesteckt werden, der nur vom Zensur-Beamten geöffnet werden darf und beim U-Gefangenen muß der Brief vor seinen Augen bzw. von ihm selbst in ein anders Kuvert gesteckt und verschlossen zur Zensur gebracht werden!

Zwar liegt es zum Teil auch an den Gefangenen das es hier solche Zustände gibt, denn es sind zum größten Teil Feiglinge und Arschkriecher die ihren Standpunkt nicht vertreten können und bei der kleinsten Revanchmaßnahme der Beamten die sich negativ für sie auswirkt umfallen. Aber trotz diesem Zustand muß man dagegen angehen, dass der Straf- und U-Gefangenen Vollzug nach haus-internen und somit unzulänglichen Richtlinien praktiziert wird!!!

So .... nun komme ich so langsam zum Schluss, das Licht ist schon ausgegangen leider auch meine Tinte, aber ich hoffe Du kannst trotzdem alles lesen.

Ich habe schon mal nachgefragt wie die finanzielle Regelung für einen Anwalt von Euch aussieht, wenn ich frei wäre könnte ich ihn sofort bezahlen aber von hier aus fehlt mir der nötige Aktivradius um das Geld flüssig zu machen. Du kannst mir ja konkrete Vorschläge machen, aber auch wenn es dir nicht möglich ist mir einen Anwalt zu besorgen möchte ich gerne Antwort von Dir haben!!!
Nun auf den Anwalt kommt es mir nicht an!!

So nun noch einen Gruß von .... er liegt mit mir auf einer Zelle und hat schon mit Dir gesprochen, er setzt sich sobald er frei kommt mit Dir in Verbindung. Auch sollst Du ihm mal schreiben, seine Anschrift weißt Du ja, ...

So nun viel Erfolg toi! toi! toi!
und alles Gute wünscht Dir und Deinen
Freunden und Mitstreitern

.....

M.A. 7.3.69

Lieber....!

Deinen Brief habe ich erhalten.
Zunächst möchte ich Dir mal dafür danken daß Du mir den Anwalt besorgt hast! Ob er viel für mich tun kann läßt sich momentan noch nicht sagen, aber ein Vorteil dürfte es bei der Verhandlung auf jeden Fall für mich sein. Die gleiche Hoffnung habe ich auch, aber es ist äußerst schwierig eine Prognose zu stellen, ich rechne so mit 3 eventuell 4 Monaten.

Nach meiner Freilassung werde ich selbstverständlich gleich mit Dir in Verbindung treten! Meine Haft bringe ich so gut hinter mich wie es bei meiner Einstellung und meinem Charakter eben möglich ist. Daß ich es nicht so gut habe wie verschiedene andere Gefangene liegt natürlich an mir selbst, aber kein Mensch kann über seinene Schatten springen und deshalb kann ich auch nicht mein persönliches image aufgeben nur damit ich für die hirnlosen Beamten ein angenehmer Gefangener bin! Denn bei denen sind nur Ja-Sager beliebt und dazu hatte ich noch nie das nötige Talent. Außerdem habe ich genügend Rückgrat um die wenigen Vorteile eines Beamtenkriechers zu entbehren!

Vom kleinsten Scheißer bis zum Chef-Rufer wünscht mich wohl jeder auf den Mond, was mich allerdings ziemlich kalt läßt. Daß ich ja nur mein Recht will und das was mir zusteht ist für diese Leute leider zu hoch und bei dem hier in Mannheim praktizierten U-Vollzug schon zuviel.

Verlegt worden bin ich zwar auf eigenen Wunsch aber nicht nach Wunsch, denn ich liege nun auf der anderen Seite vom Gang. Ich wollte auch eine Einzelzelle auf der gleiche Seite aber das hat man nicht zugelassen, denn man wollte mich schon lange von der Gemeinschaftszelle auf eine andere Zelle legen, aber da ich die richterliche Genehmigung für Gemeinschaft habe, konnten diese Tölpel nichts machen. Als ich verlegt werden wollte, hat man die Sache natürlich ausgenutzt und mich auf die andere Seite gelegt. Daß mir das nun gleich ist haben sie glaube ich noch nicht begriffen.

Auch ich bin der Meinung dass die Demonstrationen vor dem Gefängnis keine nennenswerte Erfolge bringen, denn die meisten Gefangenen betrachten es nur als eine angenehme Abwechselung im sonst so monotonen Tagesablauf. Höchstenfalls noch als gute Gelegenheit mal zum Fenster hinauszubrüllen und das ist ja nicht der Sinn der Sache.

Ich wußte gar nicht das es Anstaltsgelände ist auf dem Ihr Euch bei der Agitation befindet und wundere mich somit sehr, daß man Euch noch nicht bzw. verschiedene von Euch vehaftet hat wo doch der Haftgrund - Hausfriedensbruch - vorhanden ist!

Aber das liegt ohne Zweifel daran daß Ihr recht unbequeme Gefangene seit und die Herren Angst haben sich mit einer Verhaftung selbst den Ast abzusägen auf dem sie sitzen. Neue Formen sind situationsbedingt nur schwer zu finden und auch nicht so einfach in die Tat umzusetzen.

.....

Nein ich bin nicht enttäuscht denn momentane Erfolge wären sicher nur von kurzer Dauer gewesen und somit sinnlos! Auch ich bin der Ansicht, das man mit Überlegung, Disziplin und taktisch klugem Vorgehen mehr erreicht als mit Unruhe. Obwohl es manchmal doch schade ist, das die Steinzeitmethoden vorbei sind, denn dann könnte man sie einfach mit einem Knüppel erschlagen, was zwar sehr radikal aber sicher auch genauso erfolgreich wäre!
Aber auch wenn es sehr lange dauert einmal müssen diese selbstherrlichen Affen ja von ihren Sesseln fallen, Du hast ganz recht, man muß nur so feste daran rütteln dass sie auch dannn runterfallen wenn sie sich mit aller Kraft festklammern!

Gruß - .....

Mannheim, den 1.5.69
Gefängnis

An den SDS Heidelberg

Guten Tag Freunde und Genossen,

Inzwischen war hier schon längst diese erwartende Hoffnung aufgegeben worden, daß Eure Besuche vor dem Gefängnis noch einmal stattfinden würden. Heute drangen schwach einige Sprachrohrstimmen in meine Zelle und glaube ich Euch wiedererkannt zu haben und hier nun die erste Antwort.
Daß sich hier in der Zwischenzeit eine doch etwas belustigende Meinung gebildet hatte über Euer damaliges Erscheinen, liegt wohl an Euch selbst und den Worten. Anfang des Jahres galten Eure freiheitlichen Rufe für Solidarisierung nur denen, in jener Zeit hier festgehaltenen Genossen, mehr in persönlicher Verbundenheit, als in wirklichem Einsatz für die Sache der meisten Gefängnisinsassen selbst.

Jenes schwach entfachte Feuer mit manchem wahren Ausruf zur Lage hier drin, wurde ebenso auch wieder verlöschen lassen, so daß jene Besuche einen doch kabarettistischen Eindruck als Sprachchor hinterließen, in einer Art von wenigem Hasengehoppel vor dem großen vergitterten Kaninchenstall. Wo blieb der wirkliche Elan, das freie Wollen jener spärlichen Teach in, denn gerade die geringe Anzahl ist oft entscheidend für das im Sande verlaufen lassen! In Klammern gesagt, muß ich Euch natürlich auch zugestehen, daß eine Solidarisierung nach studentischem Maß mit Gefängnisinsassen einige Probleme zeigt, schon allein in der krassen Trennung des Miljöhs. Aber es gibt viele hier, die nur auf solche Unterstützungen von außen her warten, da es schwierig ist sich hier drinnen zu einigen, gerade auch durch die Belastung jedes einzelnen persönlich hier durch seinen Fall.

Versteht Ihr, wir hier als Häftlinge, egal nach einem Warum oder Weshalb man verhandelt wird, stehen doch im ersten Blick außerhalb dieser sog. menschlichen Gesellschaft. Die Bedeutung vorbestraft bleibt immer noch bestehen und werden einem deshalb schon nicht die gleiche Objektivität zugesprochen, wenn man seine Meinung sagen will, man ist sofort ja vorbelastet und die wenigsten machen sich die Mühe zu verstehen erst Mal, um dann unabhängig zu sein einem selbst gegenüber.

Draußen, diese Gesellschaftsklassen der Rechtschaffenden und Rechtdenkenden wollen sich doch unbequemen Problemen und Aussagen entledigen, denn erst einmal wird die Eisentür zugeschlagen. In der letzten Zeit haben sich wieder mehrere Häftlinge selbst umgebracht -, nun, man schafft die Überreste fort und schließt die Akten. Draußen will man sich sowieso nicht darum kümmern, also was bleibt, jeder sich selbst überlassen. Deshalb wird man hier, wenn man den Mund aufmachen will zurückgeschlagen, denn das offene Recht gibt es nicht und wenn, dann wird es solange über die Räder des Amtsapparates laufen gelassen, bis es am Ende schließlich als doch unbrauchbar herauskommt. Viel Zeit macht den Menschen stumpf, daß er sich abfindet mit seinem Platz hier, die Abtötung des gesunden sexuellen Gefühls spielt dabei auch eine wichtige Rolle hier! Jeder Aufruf von hier drin, wird doch von draußen der Gesellschaft abgelehnt und nicht gebilligt und was bleibt dann noch, sich die Pulsader aufschneiden, damit man ins Krankenhaus wenigstens kommt und so die erste Luft erstmal hat, aber dieses hier oft benutzte Mittel läuft auch nicht immer gut aus.

Deshalb brauchen wir Eure Aufrufe gerade von draußen, daß damit unsere Isolierung gebrochen wird. Hier drin gibt es nur für eigenes Recht die unendlich langsam laufende tausendfältige, undefinierbare Maschine des Amtsapparates, in dem man mehr oder minder als Nummer über so viele Räder gezogen wird, so lange geschoben von einem verklemmten Beamten bis zum nächsten Scheuklappenparagraphenhirn, bis man entweder vorher selbst halbwegs aufgibt, odef dabei verrückt wird, abgestempelt schließlich und mürbe gemacht! Und wenn man Mut hat, richtet man die Klinge gegen sich selbst, um somit wenigstens raus zu kommen. Das ist im Groben die krasse Wahrheit. Und wehe dem deutschen Gefängnis, in dem sich das alles einmal Luft macht, auch nur die Versuche und Anstalten dazu - dann wird man erstmal niedergeknüppelt und landet im Bunker und die Gesellschaft draußen, der Bürger, wie man so schön sagt, wendet sich sowieso ab, denn sie als Rechtschaffende und Rechtdenkende werden den, der die Wahrheit sagt, immer erst als verrückt erklären und wird er weiter unbequem, totschlagen (bildlich), um so mehr einen Häftling.

Nun werdet Ihr wohl verstehen, wie wichtig Eure Zusage von draußen ist, denn die macht Mut hier drinnen freier aufzutreten, wenn man weiß, daß man nicht zweite Sorte ist, die erstmal isoliert gehalten werden muß, getrennt von der "Gesellschaft". Es gilt dem Menschen, daß jeder zu jedem gleich gestellt ist, daß man sprechen kann und fragen kann auf dieser Ebene und nicht so, daß vor mir sich jetzt eine Beamtenwand mit Paragraphen auftürmt und ich daran laufen muß als Isolierter. Und komme ich dann irgendwie da durch und stehe wieder unter allen, so bin ich davon irgendwo gekenntzeichnet, das mir dann deutlich im rechten Augenblick rechtschaffend vorgehalten wird!

Laßt uns gemeinsam dieses eingeimpfte Vorurteil brechen, zeigt uns, daß ihr wirklich euch selbst seid und nicht einschüchtern läßt. Laßt uns kämpfen um eine wirkliche Freiheit der eigenen freien Persönlichkeit mit einem Sinn, zu dem man wirklich auch überzeugte Selbstcourage besitzt, und nicht nur wegen Lästigkeit der Gesellschaftsformen denen nur Opposition entgegensetzt.

Dieses eiserne Netz von Abhängigkeiten und Repressionen, deformiert durch Leistungszwang, von Triebverzicht frustriert, entfremdet, das laßt uns zerreißen, aber jeder muß auch selbst in sich in persönlicher ehrlicher Revolution zu sich selbst die eigenen Maschen an diesem großen Netz aus sich herauslösen, damit die "frische Saat" auch luftig und frei sich entfalten kann - denn wird dieses Netz nur weggerollt, wird es immer wieder viele geben, die es zurückrollen werden auf ihre Art. ---

Ich selbst muß noch unbekannt bleiben für Euch, da ich auch erst die Antwort von Euch hören will auf diesen Brief. Dies geht vorerst nicht schriftlich und kommt dann zu dem großen aufgeworfenen Sandhaufen zu einem wirklichen teach in Eurer Zusage! Mein Kenname ist hier ....., unter dem gebt Euch mir zu verstehen. Mein Winkzeichen wird ein grünes Hemd sein. Fernglas solltet Ihr mitbringen! Meine Zelle liegt dann Euch gegenüber, wenn Ihr Euch dort stellt. In diesem Sinne meine und

unsere Grüße hier .....

Kommt am Abend, beantwortet diesen Brief unter dem Rufzeichen .....! -

politische buchhandlung an der mensa

marxismus
sozialismus
hochschulpolitik
ökonomie
pädagogik
psychologie
dritte welt
philosophie
anarchismus
arbeiterbewegung
parlamentarismus/räte
black power
mai 68
cssr
spanien
griechenland
palästina
recht
faschismus
soziologie
taschenbücher
zeitschriften
billige plakate

ddr-import
ddr-antiquariat
china-import
vietnam-import
cuba-import

gesamtausgaben
marx mao lenin brecht
schallplatten
heidelberger med. skripten
tages- und wochenblättchen

offen ca. 11 bis 18.30
tel 4 61 53

politische buchhandlung, jörg burkhard

Kauft die

Rote Schüler Presse 10 Pf

in der Buchhandlung Burkhard

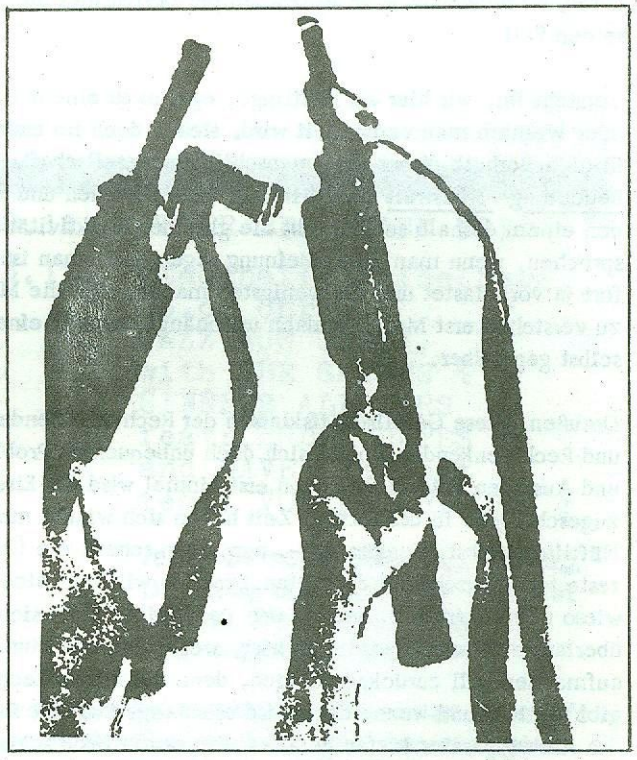
Al-Djabha

DIE FRONT Nr. 2

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial
Interview mit Nayef Hawatmeh
Zur nationalen Einheitsfront
Zur palästinensischen Befreiungsarmee
Streik bei der UNWRA
Zur Situation der arabischen Bauern in Israel

Hrsg.: Komitee zur Unterstützung Palästinas



Studentenbewegung und Internationalismus

PALÄSTINENSISCHE BEFREIUNGSBEWEGUNG

Die Nachricht von der neuen Revolution hat Europas Linke erreicht: In der Reichweite westeuropäischer 2 CVs operieren Guerrillas im Machtbereich eines Staates, der sich von den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, also etwa der BRD, nur dadurch zu unterscheiden scheint, daß er westliche Zivilisation auf fremder Erde erst in jüngster Zeit mit Waffengewalt gegen renitente Einwohner durchsetzen mußte. Das hatte ihm bis vor 2 Jahren den Ruf jugendlicher Militanz für eine gute Sache eingebracht, für die sich die gleichen Parka - und blue jeans-Träger in der Wüste Negev oder in vorgeschobenen Kibbuzim zu Füßen der Golan-Höhen begeisterten, die in diesem Sommer sich die Aktionsberichte palästinensischer Feddhajin zustimmend anhörten oder im Flüchtlingscamp von Al-Baqua in der Nähe von Amman ihre Solidarität mit den Opfern der Kibbuz-Errichter bekundeten. Längst gehört die Al-Fath-Parole "Revolution bis zum Sieg", was immer man sich darunter vorstellt, zum Inventar von poster shops und Kommunen, und der Zionismus wird in den Reden und Aufsätzen der Sprecher der antiautoritären Linken fast schon so oft verflucht, wie der US-Imperialismus.

Es wäre aber offensichtlich falsch, zu behaupten, der sentimentale Philosemitismus, der im Jubel über den 6-Tage-Blitzkrieg kulminierte, wiederhole sich jetzt einfach in einer romantischen Verherrlichung der palästinensischen Revolution. Die Mitglieder von marxistisch-leninistischen, trotzkistischen oder auch nur antiautoritären westeuropäischen Organisationen, die in diesem Sommer die palästinensischen Befreiungsorganisationen in Jordanien besuchten, haben von den antiimperialistischen Kämpfen der Völker der Dritten Welt gelernt und arbeiten selbst am Wiederaufbau einer revolutionären Arbeiterbewegung in ihren Ländern. Mit der Illusion von der westlichen Freiheit ist ihnen auch die Täuschung über den vermeintlichen Antifaschismus vergangen, der als Begründung für die Unterstützung des zinonistischen Staates etwa durch die Nachfolgeorganisationen des Dritten Reiches angegeben wurde. Sie haben mit dem Klassencharakter ihrer eigenen Gesellschaften den der zionistischen Siedlergesellschaft entdeckt; im in der Propaganda ins Pitoresque verzerrten Gegensatz zwischen europäischen und orientalischen Juden - Israel gilt hier als Mustergut westlicher Integrationspädagogik - erkannten sie brutalen rassistisch-gefärbten Klassenkampf, (2) in der Vertreibungs- bzw. Unterdrückungspolitik gegenüber den arabischen Einwohnern Palästinas die Schemata klassischer imperialistischer Politik wieder, deren Opfer Juden selbst oft genug waren.

Enthüllte sich auch der imperialistische Charakter der zionistischen Politik während und nach dem Julikrieg bilderbucharttig und fiel es damit der neuentstehenden Linken in den Metropolen leicht, den Israel-Mythos zu zerstören, so wurden die Voraussetzungen für den Angriff auf das Bündnis zwischen dem westeuropäischen und dem israelischen Kapitalismus doch erst durch die Veränderung der politischen Lage in den arabischen Staaten als den unmittelbar Betroffenen geschaffen. Bis 1967 war der reaktionäre, mittelalterliche Charakter der meisten arabischen Regime und der borniert-chauvinistische der fortschrittlicheren unter ihnen ein wichtiges Argument zionistischer Propaganda. Die wohl wichtigste Konsequenz der arabischen Niederlage von 67 ist das Aufblühen einer palästinensischen Widerstandsbewegung, die sich als Teil der antiimperialistischen Front der Dritten Welt versteht, die traditionelle, bürokratische Politik gerade der nichtfeudalistischen Staaten kritisiert und eine Strategie zu entwickeln scheint, die auf der Politisierung und Beteiligung der Volksmassen beruht und deren Ziel es nicht ist, "die Juden ins Meer zu treiben", sondern den zionistischen Machtapparat zu zerschlagen, um ein Zusammenleben von Juden und Arabern zu ermöglichen.

Allenthalben entstehen jetzt in Westeuropa Unterstützungskomitees für die palästinensische Revolution, die zwar an den Internationalismus der Anfänge der Studentenbewegung anknüpfen, deren Aufgaben aber, sowohl wegen der Weiterentwicklung der systemoppositionellen Bewegung als auch wegen der, im Vergleich zu Vietnam, ganz anderen Natur des Nahostkonflikts ganz neu bestimmt werden müssen. Der Versuch einer einfachen Neuauflage der Vietnamkampagnen zugunsten Palästinas könnte allenfalls den Gang der Geschäfte mit der linken Masche beeinflussen, aber nicht die politische Entwicklung hier oder dort. Wollte man die Kritik am Zionismus und die Solidarität mit den kämpfenden Palästinensern in vorwiegend oder "nur" moralische Aktionen wenden, wie z. Z. der ersten Vietnamdemonstrationen, bliebe tatsächlich nichts als ein wenig dekorative Revolutionsromantik, Nachfahrin der Kibbuzschwärmerei, die den revolutionären palästinensischen Organisationen allenfalls lästig wäre und der westeuropäischen Linke schaden würde, weil sie sie auf einer früheren Stufe ihrer Entwicklung zurückfallen ließe. Daß diese Gefahr besteht, zeigt nicht nur die beginnende Geschäftemacherei mit Palästina (siehe die Berichterstattung in "konkret" und im "Stern"), sondern auch die unkritische Einschätzung wichtiger palästinensischer Organisationen durch einige westeuropäische Gruppen, und zwar im SDS oder unter den französischen Marxisten-Leninisten ("La cause du peuple"), die ohne die Klassenhintergründe der Entwicklungen der palästinensischen Befreiungsbewegungen zu analysieren, den nationalistischen Kurs Al-Faths bedingungslos folgen und Al-Fath zur einzig wirklich revolutionären Kraft in Palästina erklären und sei es auch nur, weil Al-Fath die stärkste der Organisationen ist und die Massen ihr zu folgen scheinen.

Gerade der Nahostkonflikt hat für die Entwicklung der welt-

revolutionären Bewegung außerordentliche Bedeutung. In ihm wird nicht nur über das Schicksal des Zionismus als einer besonderen Spielart des Imperialismus entschieden, sondern ebenso über die Verfügung über für den Kapitalismus lebenswichtige Rohstoffquellen und über die politische Sicherheit des Kapitalismus in Südosteuropa. Daß die Frage, welche der Widerstandsorganisationen in Palästina zu unterstützen sei, gerade bei der Bedeutung des Nahostkonflikts außerordentlich wichtig ist, soll am Schluss dieses Artikels gezeigt werden. Zuvor sind noch einige Bemerkungen zur Entwicklung des Internationalismus in der Studentenbewegung notwendig.

Zur Bedeutung des Internationalismus in der Studentenbewegung

Die Vietnamagitation, die Kritik der mörderischen Politik des US-Imperialismus und der Komplizität aller kapitalistischen Länder mit dieser Politik, sowie die Solidarisierung mit dem vietnamesischen Volk, das zugleich mit dem Kampf gegen den Imperialismus die eigene gesellschaftliche und politische Entwicklung weitertreibt und den Sozialismus in der Phase des revolutionären Krieges aufbaut, waren das zentrale Thema der ersten Phase der Studentenbewegung. Zwar lernten wir anhand von Vietnam sehr viel über den monopolistischen Kapitalismus, über die Funktion der Kriegswirtschaft, den Verschwendungskapitalismus, die politische und ökonomische Funktion des Imperialismus; es gelang uns auch, die Unterdrückungsversuche unserer Opposition durch die lokal Regierenden als Ausdruck des gleichen Systems zu interpretieren, das Ky und den Schah protegiert, doch blieben Vietnam, oder Persien, oder Südafrika für uns insofern immer "außenpolitische" Themen, als wir sieeinerseits zum Anlass nahmen, auf die Notwendigkeit hinzuweisen, das System als Ganzes zu verändern, andererseits aber über den Hinweis nicht hinauskamen. Auch die Kampagne gegen die Notstandsgesetze war im Grunde nichts anders als ein Appell an die Arbeiterschaft, doch endlich etwas zu tun, wobei unsere Aktionen, auch ihrem Selbstverständnis nach nur demonstrieren sollten, daß es möglich sei, etwas zu tun.

Diese bescheidene Selbsteinschaätzung der Studentenbewegung als Initialfunken oppositioneller Bewegungen hat sich inzwischen herausgestellt, auch wenn sie aus dem Bewußtsein gerade der Teile der Studentenbewegung geschwunden ist, die sich als ihre eigentliche Avantgarde betrachten. Des Ungenügens der "nur" moralischen Solidarisierung sich bewußtwerdend, und zwar als Konsequenz dieser Solidaisierung, aber andererseits ohne sichtbaren wirklichen Erfolg bei den Mobilisierungsbemühungen außerhalb des Ausbildungssektors, wandte sich der aktive Kern der Studentenbewegung erst einmal dieser selber zu und versuchte das Dilemma, unmittelbar zu revolutionieren

bar zur Revolutionierung relevanter Teile des Proletariats nicht beitragen zu können, dadurch zu lösen, daß er die verschiedenartigen Aktivitäten der mobilisierten Studenten für schon revolutionär erklärte. Der aktive Kern der Studentenbewegung, in seiner Politik repäsentiert u.a. durch den SV des SDS, war zwar in der Lage, die Verschlechterungen in den Studienbedingungen und Berufsaussichten der Studenten aus der Entwicklung der Notwendigkeiten des Kapitals zu erklären. Als Strategie gegen das Kapital konnte er aber nur eine Reihe von Defensivtaktiken der, in ihren Privilegien bedrohten Akademiker an der Uni und in den Berufen (revolutionäre Berufspraxis) angeben. Diese Taktiken wurden verschiednen Arbeitsbereichen zugeordnet, deren Summe als die Totalität der revolutionären Bewegung in Westdeutschland verstanden wurde.

Auch die "Bereiche", die von ihrer Thematik und von ihrer Geschichte innerhalb der Studentenbewegung her über deren Beschränkung auf bloße Interessenverteidigung hinausliefen, der "Bereich Interantionales", der an die antiimperialistischen Kampagnen der Anfänge der Studentenbewegung anknüpfte, un der "Bereich Betriebsarbeit", der sich aus den Notstandskampagnen entwickelte, wurden den Defensivbedürfnissen der "Bewegung" unterworfen: Sowohl die revolutionären Massen der Dritten Welt, als auch das Proletariat in Westdeutschland, wurden Ordinarien oder Kultusbeamten ab und zu zum Erschrecken vorgezeigt, ansonsten überliess man sie den in den entsprechenden Bereichen organisierten Spezialisten.

Auf der Arbeits- und Delegiertenkonferenz des SDS im März 1969, die konsequent nach dem Bereichsprinzip gegliedert war, legte die "Arbeitsgruppe Interantionales", die dort mit den Germanisten, Slawisten, Juristen, Schülern, Kindergärtnern, Betriebsspezialisten u.a. tagen durfte, einen Bericht vor, (3) indem sie das Absterben des Internationalismus im Partikularismus der Studentenbewegung richtig kritisierte und auf die Notwendigkeit einer internationalistischen Ausrichtung jeder sozialistischen Politk hinwies, deren Voraussetzung die Reflexion der "Bewegungsgesetze des internationalen Kapitals, dessen weitgehende Internationalisierung im Gegensatz zur Nationalisierung der Arbeiterbewegung" und des "objektiven Interessenkonflikts zwischen Metropolen und unterentwickelten Ländern nicht nur der Dritten Welt, sondern auch der europäischen Peripherie sei." (4) Der Appell der Internationalisten wurde nicht gehört, als Bereich unter Bereichen durften sie sich nicht über andere Bereiche erheben. Stattdessen wurde ihnen im VDS ein eigener "Projektbereich" zugewiesen, der inzwischen aber auch, mit dem ganzen VDS, zerfallen ist, weil die verschiedenen Bereichsgruppen sich nicht auf ein einheitliches Bereichs-Selbstverständnis einigen konnten.

Während das Bereichswesen der Studentenbewegung seit dem letzten Sommmer immer rascher zerfällt, weil es sich gerade auch gegen die technokratische Hochschulreform als machtlos erwiesen hat und keinen dauerhaften Widerstand in der Universität aufbauen konnte, ist das Aufflammen von aktiv geführten Klassenkämpfen in der BRD ein Anlass, die historische Rolle der Studentenbewegung zu überdenken und die Diskussion über eine neue Strategie bei der Rekonstruktion der revolutionären Bewegung einzuleiten. (5) Zwar hat sich der Anspruch der Studentenbewegung, unmittelbar Mobilisierungs- und Politisierungsprozesse in der Arbeiterschaft einzuleiten, nicht erfüllt, doch sind auf Grund der Krisenentwicklung, die auch die Ursache der Studentenrevolte war, in der Arbeiterschaft Kerne von klassenbewußten Gruppen ent-

n, deren Aktionen das Kartell von DGB, Staatsapparat und Unternehmern in den "wilden" Streiks die bloß gewerkschaftlichen Forderungen bereits hinter sich gelassen haben. Die Aufgabe der Sozialisten in der Studentenbewegung ist es, mit ihrer Arbeit diese Gruppen zu unterstützen, ihnen beim Aufbau von politischen Klassenorganisationen zu helfen und in der Diskussion mit ihnen die Analyse zu erstellen, die die Grundlage einer langfristigen revolutionären Strategie in den Metropolen sein kann.

Die Einbeziehung der Erfahrungen gerade der internationalen revolutionären Bewegungen in den Metropolen (z.B. USA) und in der Dritten Welt ist dabei die Voraussetzung dafür, daß die neue Arbeiterbewegung nicht wie die Studentenbewegung kurzatmig eingeht. Denn die Regression Bereichspartikularismus der Studentenbewegung zeigt sich ja darin, daß die Anbetung kurzfristiger, oft nur technischer Bedürfnisse uns unfähig gemacht hat, die strategisch wichtigen Widersprüche im Kapitalismus zu sehen und zu entwikkeln.

Die "Arbeitsgruppe Internationales" der AK des SDS stellt fest, daß der "tendenzielle Revisionismus" im Hochschulsektor und in der Betriebsarbeit des SDS "nicht zuletzt darin begründet ist, daß (man) unter Verzicht auf eine Strategie, die den Zusammenhang der Klassenkämpfe in der BRD in den Kontext der internationalen Klassenkämpfe stellen müßte, sich damit bescheidet, (die) jeweiligen Arbeits-Perspektiven, die von "unmittelbaren Interessen der jeweiligen Zielgruppe ausgehen, um diese (in Richtung worauf? - auf"Mobilisierung") zu mobilisieren, als Strategie auszugeben". (6)

Dass läßt sich auch an der Heidelberger Betriebsagitation zeigen. Der sich trotz der Kritik auch im Heidelberger SDS durchsetzende Bereichspartikularismus machte die zahlenmäßig schwache Betriebsprojektgruppe unfähig, eine langfristig-kontinuierliche Agitation zu entwickeln. Auf die Arbeitsfähigkeit einzelner Genossen angewiesen, auf die politischen und betrieblichen Entwicklungen nur durch Kommentare reagierend, unterschied sich die Darstellung in den Betriebsflugblättern etwa internationaler Probleme in den letzten Monaten kaum von der der bürgerlichen Presse: Internationale Probleme wurden u.a. als Probleme des internationalen Kapitals dargestellt: Währungsschwierigkeiten, Exportschierigkeiten usw.. Weder wurden während der Streikbewegung die Erfahrungen des italienischen und französischen Proletariats vermittelt noch etwa deren Erfahrungen bei der Abwehr neuer Lohnbewertungssysteme, als gegen die analytische Arbeitsplatzbewertung agitiert wurde. Dass wir in den letzten Monaten den Kampf gegen den Imperialismus fast vollständig aus den Augen verloren haben, zeigte sich vor allem in der Diskussion um die DM-Aufwertung. Dem, was die SPD zur Rechtfertigung ihrer Politik zu sagen hatte, konnten wir nichts Wesentliches hinzufügen. Wir haben weder die Bedeutung der Währungsparitäten für die Aufrechterhaltung der Herrschaft des Imperialismus, noch über die Funktion der deutschen Exporte für die Ökonomie der unterentwickelten Staaten beschrieben. Wir haben also gerade den politisierten Arbeitern keine andere Erkenntnis ermöglicht, als die, die ihnen auch ihr Gewerkschaftsblättchen lieferte, dass nämlich die Aufwertung unmittelbar für die Arbeiter günstiger gewesen wäre. Wir haben damit ihre politische Fixierung auf die Sozialdemokratie in einem Augenblick verstärkt, als sie gerade begannen, Kampfmaßnahmen gegen die Manöver der Sozialdemokraten zu entwickeln. Selbst wenn wir unsere Möglichkeiten, unmittelbar in den Kämpfen in den Betrieben wirksam zu werden, sehr gering einschätzen, haben wir auch die noch durch schlechte Agitation verspielt.

Die Voraussetzung guter Agitation zur Überwindung sozialdemokratischen Bewußtseins und revisionistischer Tendenzen in der Arbeiterschaft wäre nicht nur die Einbeziehung der internationalen Klassenkämpfe in die Agitation, sondern auch eine beständige, von den unmittelbaren Agitationsanlässen unabhängige Information über die Siege und Niederlagen der revolutionären Bewegungen der Welt, damit der proletarische Internationalismus wieder entstehen kann, der eine der Voraussetzungen der Oktoberrevolution war und der in Europa mit den internationalen Brigaden und der spanischen Republik vernichtet wurde.

"Die vergangene Erfahrung hat gezeigt, wie Mißachtung des Bandes der Brüderlichkeit, welches die Arbeiter der verschiedenen Länder verbinden und sie anfeuern sollten, in allen ihren Kämpfen für Emanzipation fest beieinander zustehen, stets gezüchtigt wird durch die gemeinschaftliche Vereitlung iher zusammenhanglosen Versuche... .
Der schamlose Beifall, die Scheinsympathie oder idiotische Gleichgültigkeit, womit die höheren Klassen Europas den Meuchelmord des heroischen Polen und der Erbeutung der Bergveste des Kaukasus durch Rußland zusehen; die ungeheueren und ohne Widerstand erlaubten Übergriffe dieser barbarischen Macht, deren Kopf zu St. Petersburg und deren Hand in jedem Kabinett von Europa, haben den Arbeiterklassen die Pflicht gelehrt, in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen wenn nötig entgegenzuwirken, wenn unfähig zuvorzukommen, sich zu vereinen in gleichzeitigen Denunziationen und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen. Der Kampf für solch eine auswärtige Politik ist eingeschlossen im allgemeinen Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse.

Proletarier aller Länder,vereinigt euch!" (7)

6 Punkte zur Bedeutung des Palästinakonflikts für die europäische Linke

Auch der in seiner Notwendigkeit beschriebene permanente Internationalismus einer nicht revisionistischen Arbeiterbewegung wird nicht darauf verzichten können, exemplarische Schwerpunkte in der Agitation zu setzen, an denen die allgemeinen Probleme der weltrevolutionären Bewegung und ihre Bedeutung für die nationalen Kämpfe in den Metropolen deutlich werden. Im folgenden sollen einige Aspekte aufgezählt werden, die die Bedeutung des Palästinakonflikts in diesem Zusammenhang zeigen. Im Rahmen dieses Artikels kann es sich dabei nur um eine Aufzählung handlen,

die in einer Broschüre ausgeführt werden soll, die von einer Gruppe sozialistischer Studenten vorbereitet wird, die in diesem Sommer in Jordanien palästinensische Befreiungsorganisationen besucht hat.

1.

Der Kampf der palästinensischen Befreiungsorganisationen gegen den Zionismus ist zugleich der Kampf um die Herrschaft über die Rohstoffquellen des Nahen Ostens, die vor allem für den westeuropäischen Kapitalismus lebenswichtig sind. Während die Abhängigkeit vom Erdöl in den hochentwickelten Staaten ständig wächst (50,7 % des Energiebedarfs der EWG und 75 % der USA wurden 1967 von Erdölprodukten bzw. Erdgas gedeckt) (8), wurden 1968 im Vorderen Orient (ohne Nordafrika) 29 % der Weltproduktion an Erdöl gefördert, 34,4 % der Produktion außerhalb der sozialistischen Staaten. 60,2 % der Weltreserven liegen im Nahen Osten. Deren Ausbeutung ist zudem besonders billig: die Profitrate des investierten Kapitals beträgt 61 % in Saudi-Arabien, 62 % im Irak, 71 % im Iran, 20 % in Venezuela; die Mindestarbeiterlöhne in der Erdölproduktion liegen zwischen 11 % (Irak) und 23 % (Saudi-Arabien) von denen Venezuelas. Die Ausbeutung dieses Reichtums liegt, von minimalen Ausnahmen in Syrien und Ägypten abgesehen, in der Hand von westeuropäischen und US-amerikanischen Gesellschaften, die den Aufbau einer eigenen Verwertungsindustrie systematisch verhindert, (3,5 % der Raffineriekapazitäten der Welt liegen im Nahen Osten und in Nordafrika) und von den von ihnen abhängigen reaktionären Regierungen einen möglichst hohen Prozentsatz der auf arabischem Boden gemachten Gewinne erpressen. Die sog. royalties, d.h. der Teil der Gewinne, der den einheimischen Staaten und Gesellschaften zufließt, wird ausschließlich von der innerkapitalistischen Konkurrenz und nicht von den Bedürfnissen der Förder-Länder bestimmt. 1948 stach die Saudi-Arabien beherrschende amerikanische Gesellschaft ARAMCO die britische Konkurrenz mit einer 50 : 50 Teilung aus, heute versucht z.B. die französische staatliche Gesellschaft ERAP mit 89 % im Iran Fuß zu fassen. die Iraq-Petroleum-Company und die Anglo-Iranian-Company können sich aber mit 10 % royalties ganz gut halten.

Die Rolle Israels bei diesem Geschäft ist es vor allem, im Nahen Osten Verhältnisse zu erhalten, die dem kapitalistischen Interessen förderlich sind. Ebenso wie der Krieg 1956 durch den Angriff Ägyptens auf die britisch-französische Suezkanalgesellschaft ausgelöst wurde, war der Julikrieg 1967 unter anderem eine Antwort auf die Angriffe der syrischen Regierung auf die Interessen der Iraq-Petroleum-Company. Eine Nebenwirkung der Besetzung der Sinai-Halbinsel ist es, daß Ägypten durch den Verlust der Suezkanaleinnahmen und fast seiner gesamten Erdölproduktion so geschwächt ist, dass es auf eine Unterstützung durch die reaktionären Erdölländer angewiesen ist. Saudi-Arabien zahlt jährlich 135 Millionen Pfund Sterling an Jordanien und vor allem an Ägypten, Kuwait 55 Millionen, und Lybien bis zum Putsch 30 Millionen. Durch diese Leistungen wird die Stellung Saudi-Arabiens so gestärkt, daß die "Neue Zürcher Zeitung" diesen Staat als "bedeutendsten indirekten Nutznießer des arabisch-israelischen "Konflikt" " bezeichnen kann. (9)

Die "Hilfe" für Nasser bringt Saudi-Arabien Ruhe vor nationalistischen Interventionen in seine Beziehungen zum Imperialismus und in seine mittelalterlich-feudalistischen Herrschaftsstrukturen im Inneren. Daß die palästinensische Befreiungsbewegung Israel heute schon entscheidend in seiner Funktion als Polizist des Imperialismus behindern kann, wird sich vielleicht schon in dem erneut akut gewordenen Konflikt im Libanon zeigen, wo die bereits angekündigte israelische Intervention (10) den Verlust dieser zentralen Kapital- und Güterumschlagsstelle für den Westen im Nahen Osten nur beschleunigen kann.

2.

Der Angriff der palästinensischen Befreiungsbewegung auf den Zionismus und auf die imperialistische Verfügung über die vielleicht wichtigsten Rohstoffquellen der Welt bedeutet zugleich, dass die sozialrevolutionäre Bewegung der Dritten Welt jetzt unmittelbar kapitalistische Herrschaft im Südosten Europas bedroht. Die containment-Politik, die vor allem in der Dulles-Ära in diesem Raum getrieben wurde, und die sich in Bagdad-- und im CENTO-Pakt, sowie in den bewaffneten amerikanischen und britischen Interventionen 1954 in Persien, 1958 im Libanon und in Jordanien, zuletzt noch im Januar/Februar 1967 in Jordanien, und in der ständigen Präsenz der VI. US-Flotte im Mittelmeer ausdrückt, hat sich für den Westen langfristig als richtig erwiesen, wenn der Hauptgegner des Imperialismus auch nicht die Sowietunion ist. Die dokumentiert vielmehr ebenfalls ihr Interesse an einer Eindämmung der revolutionären Flut, indem sie gemeinsam mit den USA eine friedliche Lösung entsprechend der UN-Resolution vom November 1967 anstrebt, die das bestehende Gewaltverhältnis im Nahen Osten garantieren würde. Die Sowietunion stützt sich in ihrer Konkurrenz mit den Westmächten vor allem auf die national- und kleinbürgerlichen Regime in Ägypten, Syrien und im Irak, die zwar den unmittelbaren politischen Einfluss des Imperialismus zurückdrängen konnten aber keine wirtschaftliche und soziale Entwicklung einleiteten, die sie von den Großmächten unabhängig gemacht hätte. Erst die Entwicklung einer sozialrevolutionären Bewegung im Verlaufe einer bewaffneten Auseinandersetzung mit dem Zionismus und der arabischen Reaktion (die Befreiungsbewegungen in den Scheichtümern am persischen Golf arbeiten eng mit der Linken innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung zusammen) schafft die Voraussetzungen für eine antiimperialistische Selbstbestimmung der Völker des östlichen Mittelmeerraums, in der sie die Reichtümer ihrer Länder für ihre eigene Entwicklung einsetzen können.

Heute kämpfen in Palästina schon zahlreiche türkische Sozialisten und die palästinensische Linke arbeitet eng mit griechischen und zypriotischen Revolutionären zusammen. Das bedeutet, daß der Funke der antiimperialistischen Revolution in absehbarer Zeit auf den unmittelbaren Herrschaftsbereich der EWG überspringt.

3.

Indem die europäische Linke den Kampf der Palästinenser gegen den Zionismus unterstützt, greift sie nicht nur die unmittelbare Gewalt des Imperialismus über die Völker der

W[illegible]n, sondern zugleich einen zentralen Teil der Ideologie, mit der vor allem die westdeutsche Bourgeoisie die Erhaltung ihrer Herrschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und die gewaltsame Vertretung ihrer imperialistischen Interessen durch ihre zionistischen Agenten rechtfertigte. Die deutsche Bourgeoisie konnte ihre Macht nach der Niederlage der Nazis unter dem Banner eines demonstrativen Antifaschismus erhalten. Sie reduzierte dabei die Kritik am Faschismus auf den nach der Vernichtung der Juden auch für ihre eigenen Zwecke schädlichen Antisemitismus, um von der Zerschlagung der Arbeiterbewegung, die die eigentliche historische Aufgabe des Faschismus war, zu profitieren.

Nach Horkheimer war eine objektive Voraussetzung des Antisemitismus des Dritten Reichs die tendenzielle Liquidierung der Zirkulationssphäre, deren Repräsentant vor allem die jüdische Bourgeoisie war, durch die Machtergreifung der großen Monopole im faschistischen Staatsdirigismus. Am Juden, als einer im Faschismus überflüssig gewordenen und besiegten Fraktion der herrschenden Klasse, konnte der von den siegreichen Monopolen selber unterworfene oder bedrohte Kleinbürger seinen reaktionären Hass auf den Kapitalismus abreagieren und sich zugleich am Mitbesiegten für die eigene Niederlage rächen. Die Wandlung vom Judenvernichter zum Philosemiten fiel dem deutschen Bourgeois leicht, als in der Rekonstruktionsperiode des westdeutschen Kapitalismus die freie Marktwirtschaft, die im Nationalsozialismus abgeschafft werden sollte, vorübergehend wieder auflebte, der im Ostblock machtmäßig organisierte Kommunismus die Funktion des die ganze Bourgeoisie bedrohenden "Feindes" übernahm und die Juden selber sich zu wackeren Pionieren der Interessen des immer noch herrschenden Monopolkapitals mauserten. Dem deutschen Bourgeois mußte es so scheinen, als hätten die noch lebenden Juden die Konsequenz aus ihrer Nierderlage gezogen und sich zu eifrigen Verfechtern der Interessen ihrer Besieger gemacht. Das verdiente die Belohnung der "Wiedergutmachungs" - millionen, die einerseits das neue Bollwerk der Rohstoffquellen erst funktionsfähig machten und andererseits gegenüber der einheimischen Antifaschisten als tätige Reue ausgegeben werden konnten. Zumindest deren liberaler Flügel glaubt auch heute noch an diesen Zauber und behandelt unterdes die besiegten Araber wie die Nazis die besiegten Juden.

Wenn die westdeutsche Linke die Verwandtschaft zwischen Faschismus, Zionismus und Philosemitismus durch die Unterstützung der Kämpfe in Palästina entlarvt, entreißt sie den Herrschenden nicht nur die philantropische Maske, mit der sie verbergen wollen, daß sie noch die gleichen wie vor 30 Jahren sind, sie entzieht auch der Ausweitung und Erhaltung der Macht des westeuropäischen Kapitals in der Dritten Welt eine ihrer Legitimationen. Denn das nach Israel fließende "Wiedergutmachungs"-kapital (die BRD leistete von 1950 bis 1966 'Entwicklungshilfe" von über 3,74 Mrd. DM an Israel (11),) dient nicht nur der Erhaltung des Lebensstandards und der militärischen Schlagkraft Israels, sondern fließt zum Teil weiter als "Entwicklungshilfe" in andere Länder Asiens und Afrikas, wo es neben israelischer Kapitalbeteiligung an der Ausbeutung von landwirtschaftlichen und industriellen Rohstoffen, vor allem der Erhaltung prowestlicher Regimes durch zivile und militärische Schulung dient. In Thailand z.B. konnten die Kibbuzerfahrungen bei der Errichtung von 4 Lehrdörfern an der chinesischen Grenze verwertet werden (12).

4.

Der europäische Kapitalismus hat die von ihm beherrschten arabischen Massen längst neben den Völkern der südeuropäischen Länder in die internationale idustrielle Reservearmee einbezogen, die für seine Reproduktion und Entwicklung vor allem deshalb wichtig ist, weil sie, je nach dem Stand des Krisenzyklus in der Hochkonjunktur eine wirksame Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt für das einheimische Proletariat darstellt, oder in der Depression das Arbeitslosenheer ihrer Heimatländer vergrößert und so die innenpolitischen Auswirkungen der Krisen in den Industrieländern mildert. Neben den Millionen von nordafrikanischen Arbeitern vor allem in Frankreich und Belgien arbeiten allein in der BRD Zehntausende von Palästinensern, die der Willkür der Unternehmer besonders ausgeliefert sind, weil sie meistens ohne Arbeit und Aufenthaltserlaubnis hier sind. Ihnen gegenüber hat die europäische Linke in Zusammenarbeit mit den progressiven arabischen Studenten die Aufgabe, sie über die Entwicklung der Kämpfe in Palästina zu informieren, ihnen bei der gewerkschaftlichen und politischen Selbstorganisation zu helfen und sie so auf die Rückkehr und Teilnahme am revolutionären Kampf vorzubereiten. Das gilt auch für die nordafrikanischen Arbeiter, da sich die Opposition gegen die reaktionären Regime in Tunesien, Algerien, und Marokko unter dem Einfluss der palästinensichen revolutionären Bewegung rasch entwickelt. Erst in jüngster Zeit haben einige algerische und tunesische Organisationen sich der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP) angeschlossen.

5.

Die in den letzten Jahren neu entstandenen systemoppositionellen Bewegungen in fast allen hochentwickelten kapitalistischen Staaten haben entscheidende Impulse von den sozial-revolutionären Bewegungen der Dritten Welt erhalten. Ihre Funktion war es, die politische Krise, die die anti-imperialistischen Revolutionen im imperialistischen System auflösten, innenpolitisch für den Aufbau einer revolutionären Bewegung in den Metropolen zu wenden. Im Vietnamkonflikt hat sich dabei längst eine Wechselwirkung zwischen beiden Bewegungen eingestellt. Während der Widerstand gegen den Krieg in Süd-Ost-Asien in den USA entscheidend zur Entstehung und Herausbildung der weißen und der farbigen radikalen Opposition beigetragen hat, beeinflußt diese Opposition heute selbst die Kriegsentwicklung in Vietnam, indem sie durch systematische Denunziations- und Zersetzungsarbeit den militärischen und politischen Handlungsspielraum der Herrschenden einschränkt.

Diese Wechselwirkung zwischen innerer und äußerer antiimperialistischer Opposition wird im Palästina-Konflikt eine unmittelbar entscheidende Rolle spielen. Zum ersten Mal in der Geschichte der anti-imperialistischen Revolution operieren die Truppen der Befreiungsbewegung auf dem Territorium der imperialistischen Macht. Das Ziel der nationalen Befreiung Palästinas ist - im Gegensatz etwa zu den Be-

Studenten reisen mit Studenten-Reisen

AStA-Reisen
Eurostud GmbH,
69 Heidelberg,
Hauptstraße 117,
Tel. 2 31 41,
(Mo—Fr 9—17.30,
Sa 9—13).
Postscheckkonto
Köln 233 620.

Val d'Isère

16./17. Januar	— 31. Januar	DM	259
23./24. Januar	— 3. Februar	DM	199
11./12. Februar	— 21. Februar	DM	199
20./21. Februar	— 7. März	DM	329
6./ 7. März	— 21. März	DM	329
5./ 6. April	— 18. April	DM	259
17./18. April	— 30. April	DM	259

LECH

PREISE ab/bis:

	I/HP	II/HP	III/OF	IV/HP	V/OF
Heidelberg	363	417	297	399	249

Termine Busreisen:

7. Februar — 21. Februar
21. Februar — 7. März
7. März — 21. März
21. März — 4. April

PREISE ab/bis:

	I/HP	II/HP	III/OF	IV/HP	V/OF
Heidelberg	335	388	268	370	220

Termine Liegewagen-Sonderzug:

20./21. 12. — 3./ 4. 1.	
25./26. 12. — 7./ 8. 1. **	
25./26. 12. — 10./11. 1. *	6./ 7. 2. — 21./22. 2.
9./10. 1. — 24./25. 1. ***	20./21. 2. — 7./ 8. 3.
16./17. 1. — 31. 1./1. 2. ***	6./ 7. 3. — 21./22. 3.
23./24. 1. — 7./ 8. 2. ***	20./21. 3. — 4./ 5. 4.
30./31. 1. — 14./15. 2.	

* 15 Tage am Ort und Zuschlag Weihnachten Haus I DM 32,—, Haus II DM 40,—, Haus III DM 25,—, Haus IV DM 35,—, Haus V DM 18,—

** 12 Tage am Ort, Reduktion Haus I DM 16,—, Haus II DM 20,—, Haus III DM 13,—, Haus IV DM 18,—, Haus V DM 9,—

*** Reduktion Zwischensaison Haus I DM 60,—, Haus II DM 40,—, Haus III DM 50,—, Haus IV DM 70,—, Haus V DM 30,—

SCHULS

Termine Busreisen

PREISE

25./26.12. —	6. 1.	DM	244
21./22. 2. —	8. 3.	DM	284
7./ 8. 3. —	22. 3.	DM	284
21./22. 3. —	5. 4.	DM	284
4./ 5. 4. —	12. 4.	DM	159

Selva-Wolkenstein

Termine Busreisen:

S I	25./26. 12.— 6. 1.	(11 Tage)
S II	6./ 7. 2. — 21. 2. (Weltmeisterschaften)	(14 Tage)
S III	20./21. 2. — 7. 3.	(14 Tage)
S IV	6./ 7. 3. — 21. 3.	(14 Tage)
S V	20./21. 3. — 4. 4.	(14 Tage)

PREISE

S I		S II		S III—S V	
VP	HP	VP	HP	VP	HP
327	297	367	332	305	285

SCHLADMING

26./27. 12. —	8./ 9. 1.	DM 188
17./18. 3. —	30./31. 3.	DM 188

ZUSCHLAG FÜR HALBPENSION: DM 47

PARIS

29. 12. 69 —	3. 1. 70	84,—	DM *
1. 3. 70 —	6. 3. 70	89,—	DM
9. 3. 70 —	14. 3. 70	69,—	DM
17. 3. 70 —	22. 3. 70	89,—	DM
25. 3. 70 —	30. 3. 70	99,—	DM **
29. 3. 70 —	3. 4. 70	99,—	DM **

* = Saisonzuschlag
** = Oster- bzw. Pfingstzuschlag

GASCHURN

Termine Busreisen:

7. Februar — 21. Februar
21. Februar — 7. März
7. März — 21. März
21. März — 4. April

SONDERTERMIN: 4. — 14. April

PREISE ab/bis bei Übernachtung/Frühstück: 213

REDUKTION Sondertermin 4. — 14. 4. DM 60,—.

Termine Liegewagen-Sonderzug:

20./21. 12. — 3./ 4. 1.	
25./26. 12. — 7./ 8. 1. **	
25./26. 12. — 10./11. 1. *	6./ 7. 2. — 21./22. 2.
9./10. 1. — 24./25. 1. ***	20./21. 2. — 7./ 8. 3.
16./17. 1. — 31 1./1. 2. ***	6./ 7. 3. — 21./22. 3.
23./24. 1. — 7./ 8. 2. ***	20./21. 3. — 4./ 5. 4.
30./31. 1. — 14./15. 2. ***	

* 15 Tage am Ort u. Weihnachten, Zuschl. DM 18,—
** 12 Tage am Ort, Reduktion DM 9,—
*** Reduktion Zwischensaison DM 40,—

PREISE ab/bis bei Übernachtung/Frühstück: 236

freiungskämpfen in Angola - an die Zerschlagung des imperialistischen Staats- und Institutionenapparates selber gebunden.

Wenn die reaktionären arabischen Parolen vom Heiligen Krieg, und von der Vertreibung der Juden nicht ihre Gültigkeit behalten sollen, wenn der Palästina-Konflikt seinen traditionellen Charakter als Konflikt zwischen Nationen verlieren soll, muß sich die revolutionäre Bewegung der arabischen Palästinenser mit einer der Juden Israels verbinden. Das bedeutet aber, daß in der Strategie der Befreiungsbewegungen der Nationalismus beider Seiten, der bisher den Herrschenden die Integration der Volksmassen ermöglicht und das offene Ausbrechen innergesellschaftlicher Krisen vielfach verhindert hat, unterlaufen wird und nicht nur die in Israel lebenden Araber für den Kampf gegen den Zionismus gewonnen werden.

Unter der Oberfläche der straffen militärischen und religiösen Kontrolle der gesamten Bevölkerung haben sich die ersten Unterschiede in der zionistischen Gesellschaft, die sich vor allem als Konflikt zwischen europäischen und orientalischen Juden ausdrücken, zunehmend verschärft. Die parasitäre israelische Oekonomie mit ihrer einseitigen Ausrichtung auf Landwirtschaft, Konsumgüterproduktion und den "Dienstleistungs"-sektor hatte unter der kapitalistischen Krise der Mitte der sechziger Jahre besonders stark zu leiden. Für die Masse der Bevölkerung wirkte sich das im allgemeinen Sinken des Lebensstandards und in wachsender Arbeitlosigkeit aus (1967 10%). Die mächtige zionistische Gewerkschaft Histatruth kann der wilden Streiks nicht mehr Herr werden: 1965 gab es 288 Streiks, von denen nur 20% von der Histatruth unterstützt wurden, 1966 270 und 1967 144.(13)

Auch der Junikrieg, der vor allem die Funktion hatte, die innere wirtschaftliche und soziale Krise Israels zu bewältigen, hat die Probleme allenfalls verschoben. Der durch den Krieg ausgelöste Kapitalzufluß ist vor allem der Rüstung zugute gekommen, und die Eroberung der besetzten Gebiete nützt an erster der israelischen Bourgeoisie (Fremdenverkehr, Exploitation der landwirtschaftlichen Überproduktion der besetzten Gebiete), während das jüdische Proletariat jetzt unter der Konkurrenz der billigen arabischen Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten zu leiden hat, die mehr und mehr in Israel eingesetzt werden. Die Abhängigkeit der israelischen Wirtschaft vom westlichen Ausland ist weiter gewachsen. Das Defizit der Außenhandelsbilanz hat 1968 um 114% gegenüber dem Vorjahr zugenommen. (14)

Bis heute ist es der regierenden sozialdemokratischen Mapai-Partei und der von ihr beherrschten Histatruth - Gewerkschaft, die zugleich eine der mächtigsten Kapitalbesitzerinnen des Landes ist und deren historische Aufgabe es war, die jüdischen Immigranten in die gegen die arabischen Einwohner gerichtete zionistische Siedlergesellschaft zu integrieren, gelungen, in der Mobilisierung gegen den äußeren arabischen Feind zu verhindern, daß sich die Klassengegensätze politisch gegen den Zionismus richteten. Die Unfähigkeit der Moskauer Fraktion des Kommunismus, eine revolutionäre anti-imperialistische Strategie zu entwickeln, zeigte sich darin, daß die israelische KP sich in eine jüdische und eine arabische Partei spaltete.

Erst in den letzten Jahren sind anti-revisionistische Gruppen entstanden, die den Kampf gegen den Zionismus in Israel

haben. Die wichtigste von ihnen, die sozialistische Organisation Matzpen (15), weist in ihrer Zusammensetzung und ihrer Entstehung ähnliche Züge auf wie die westeuropäische Studentenbewegung. Wie diese stützte sie sich anfangs vor allem auf die Mobilisierung der bürgerlichen Jugend in der Krise der kapitalistischen Gesellschaft. Mehr und mehr geht sie daran, die Interessen der unterdrückten Massen Israels politisch zu artikulieren und weiterzutreiben. Wenn es ihr gelingt, in Zusammenarbeit mit der Linken innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung ein Bündnis zwischen jüdischem und arabischem Proletariat im Nahen Osten einzuleiten, ist damit der entscheidende Schritt für eine revolutionäre Lösung des Palästina - Konflikts getan.

Damit aber diese neue Etappe in der Zusammenarbeit zwischen den revolutionären Bewegungen innerhalb und außerhalb der imperialistischen Staaten erreicht werden kann, ist die im Augenblick noch sehr schwache israelische Linke - mehr noch als die arabisch-palästinensische Linke - auf die systematische Unterstützung durch die Westeuropäer angewiesen, daß wir helfen, die im letzten Jahr in Westeuropa hergestellten Kontakte systematisch zu entwickeln und zu festigen.

6.

Voraussetzung der hier angegebenen möglichen Entwicklung ist, daß die palästinensische Befreiungsbewegung radikal die Fronten, zwischen denen sich der arabisch-israelische Konflikt bisher abgespielt hat, durchbricht und in den arabischen Staaten selbst die gesellschaftlichen Voraussetzungen für den Chauvinismus in den Republiken, bzw. die Komplizität mit dem Zionismus in den konservativen Staaten, die bisher die arabische Politik bestimmt haben, zerstört.

Al-Fath (16), die älteste und weitaus stärkste der Feddhayin-Organisationen, begründet die Aufnahme des Partisanenkampfes in den besetzten Gebieten damit, daß keiner der arabischen Staaten bisher die Interessen des palästinensischen Volkes wahrgenommen habe, daß auch die progressiven arabischen Staaten offensichtlich unfähig seien, Israel wirksam zu bekämpfen. Um ihre Heimat zu befreien, müssen die Palästinenser den Kampf selber aufnehmen. Das palästinensische Volk ist Opfer einer imperialistischen Aggression und kann sich ebenso wenig wie das vietnamesische oder das kubanische Volk auf die technische und strategische Überlegenheit seiner Waffen stützen. Es muß den Kampf mit den Mitteln des Volkskriegs, dem Partisanenkampf und der Mobilisierung des ganzen Volkes durch die Aktionen der Partisanen, führen. Ziel dieser nationalen Revolution ist der Zusammenschluß des unterdrückten und vertriebenen palästinensischen Volkes zur Nation, die ihre Heimat befreit, um dort gemeinsam mit den jüdischen Palästinensern einen unabhängigen, demokratischen Staat aufzubauen. Über die gesellschaftliche Verfassung dieses Staates werden die beiden Bevölkerungsgruppen nach der Befreiung vom Zionismus entscheiden. Die nationale Revolution darf nicht verwechselt werden mit der sozialen Revolution: von der Vertreibung und Unterdrückung durch den Zionismus sind alle Gruppen des palästinensischen Volkes betroffen. Die sozialen Konflikte innerhalb des Volkes sowie die Unterdrückung der Palästinenser durch die reaktionären arabischen Staaten stellen Nebenwidersprüche dar. Alle Palästinenser haben zunächst gegen ihren wichtigsten Feind, den Zionismus zu kämpfen. Das sich im Kampf zur Nation konstituierende palästinensische Volk erwartet von den anderen arabischen Staaten Solidarität, es wird sich aber nicht in deren innere Angelegenheiten einmischen, sofern sie nicht den Kampf gegen den Zionismus verhindern.

Die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP) (17) , die sich im Februar dieses Jahres von der nationalistischen FPLP abgespalten hat, kritisiert an der Position von Al-Fath vor allem die Trennung von nationaler und sozialer Revolution, die damit verbundene Reduktion des antiimperialistischen Kampfes auf den Kampf gegen den Zionismus und die damit zusammenhängende Theorie von der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten. Die FPDLP geht bei dieser Kritik davon aus, daß die Herrschaft des Imperialismus sich nicht nur in der Macht des Zionismus ausdrückt sondern ebenso in der Herrschaft ihrer reaktionären arabischen Regime und der Ohnmacht der arabischen National- und Kleinbourgeoisie gegenüber den imperialistischen Einmischungen. Die palästinensischen Flüchtlingsmassen als Opfer der zionistischen Kolonisation sind Teil der Volksmassen, die der Imperialismus durch die Unterwerfung der Agrarstaaten unter seine Bedürfnisse überall in der Welt verjagt, entwurzelt und dem Verhungern preisgegeben hat. Die Organisierung und Politisierung dieser Massen wird die vom Imperialismus abhängigen Regime, unter denen sie leben, direkt bedrohen, weil deren Funktion, die Kontrolle über die Massen und die Garantie der imperialistischen Ausbeutung, damit in Frage gestellt würde. Soweit die vertriebenen Palästinenser sich in die Wirtschaft der arabischen Staaten integriert haben, profitieren sie entweder unmittelbar selbst vom Imperialismus, sind also Feind jeder gesellschaftlichen Veränderung im Nahen Osten, oder sie sind Teil der National- und Kleinbourgeoisie, die zwar antiimperialistisch und damit relativ progressiv ist, weil der Imperialismus durch die Ausplünderung der nationalen Ressourcen die Kapitalakkumulation im eigenen Land und die Errichtung einer starken bürgerlichen Herrschaft erschwert, sie sind aber gleichzeitig vom Imperialismus abhängig, um Kapital, Konsumtions- und Investitionsgüter überhaupt erhalten und ihre eigenen Waren international absetzen zu können. Diese Klasse wird gegen den Imperialismus nur so lange kämpfen, wie es für die Erhaltung ihrer Herrschaft notwendig ist, sie wird jede revolutionäre Regung unterdrücken, die die Abschaffung der bürgerlichen Herrschaft überhaupt anstrebt, wie die Kommunistenverfolgungen in allen nicht monarchisch regierten arabischen Staaten zeigen. Der militante Antizionismus Syriens und Ägyptens erklärt sich aus der unmittelbaren Bedrohung, die Israel für ihre nationale Entwicklung darstellt. Außerdem dient er hervorragend zur Integration der Volksmassen unter die Führerschaft einer nationalen Elite. Auch die Palästinenser in dieser Klasse folgen allererst ihren Klasseninteressen und werden den nationalen Befreiungskampf nur so lange unterstützen, wie er diesen dient. Die FPDLP rechnet die Organisation und Politik von Al-Fath und der anderen Organisationen (FPLP, die syrisch-baathistische Al-Saiqueh usw.) dieser Klasse zu.

Um diese Kritik und die dargestellten Positionen zu verstehen, muß kurz der gesellschaftliche und historische Hintergrund ihrer Entstehung in Jordanien erläutert werden.

Man kann es als die einzige Funktion des jordanischen Staatsapparates bezeichnen, die zionistische Aggression zu sichern und die palästinensischen Flüchtlinge zu kontrollieren

Das Königreich Jordanien entstand 1948, als der transjordanische König Abdallah sich mit den Zionisten über die Teilung Palästinas einigte. Der neue Staat behielt die Verwaltungsstrukturen des alten Wüstenemirats Transjordanien, die vor allem auf den Stammes- und Familienstrukturen der Beduinenstämme beruhten, bestand in der Mehrheit seiner Bevölkerung aber aus Palästinensern, die eine relativ hochentwickelte, exportorientierte Landwirtschaft betrieben, und unter denen sich in der britischen Protektoratszeit eine starke Kleinbourgeoisie entwickelt hatte. Die Masse der Flüchtlinge aus Israel wurde in riesigen Lagern zusammengepfercht, in denen ihnen der Imperialismus, der sie vertrieben hatte, über die UN-Flüchtlingsorganisation UNWRA gerade so viel an Rationen zukommen ließ, daß sie nicht verhungerten, aber nie genug, daß sie die Lager verlassen konnten. Eine Integration in die Wirtschaft Jordaniens war unmöglich, weil die riesigen Wüstenflächen kaum nutzbar zu machen sind, und der Imperialismus in das rohstoffarme Land nur investierte, um den Staats-, Polizei- und Militärapparat zu erhalten. Die bürgerlichen Elemente unter den Flüchtlingen und die wenigen, die den Lagern entkamen, versuchten, die Landwirtschaft in Ostjordanien zu entwickeln, bauten eine schwache Industrie auf (Landwirtschaftsprodukte, Zement, Pottaschegewinnung am Toten Meer; Bausektor und Industrie erbrachten 1965 nur 16% des Bruttosozialprodukts) (18) oder ließen sich in den ostjordanischen Städten als Händler oder Handwerker nieder. Die Stadt Amman wuchs von ein paar tausend Einwohnern in den 20iger Jahren auf ca 200 000 im Jahre 1958 (19) . Neben dem fehlenden Kapital hinderte vor allem der konservative, aber riesenhaft aufgeblähte Verwaltungs- und Militärapparat die Entwicklung der nationalen Wirtschaft. Nur die ständigen Interventionsdrohungen oder tatsächlichen Interventionen der USA, Großbritanniens und Israels konnten daher den König, der sich nur auf seine Beduinenarmee und auf eine kleine Gruppe von transjordanischen und palästinensischen Großbourgeois und Feudalisten stützen kann, vor dem Sturz durch die bis zum Junikrieg meist nasseristische Kleinbourgeoisie schützen.

Die Verschärfung dieser Widersprüche nach dem Junikrieg führte zu einer Art von Doppelherrschaft auf dem Territorium Restjordaniens. Der neue Flüchtlingsstrom, der Verlust des relativ wohlhabenden Westufers und die permanenten Angriffe Israels auf das landwirtschaftliche Überschußgebiet der Jordansenke und auf wichtige Verkehrswege nach dem Kriege verschlechterten die wirtschaftliche Lage weiter. Die Niederlage der arabischen Staaten schwächte nicht nur den jordanischen König politisch, sondern machte der jordanisch-palästinensichen Kleinbourgeoisie klar, daß auch die progressiven Staaten Ägypten und Syrien ihre Lage nicht verändern konnten. Die einzige Möglichkeit, die wirtschaftliche und soziale Krise zu lösen, in die die weitere Expansion des Zionismus sie gestürzt hatte, lag in der Ausnutzung der Notwendigkeit für alle arabischen Regime, nach 1967, den Kampf gegen Israel zumindest taktisch zu unterstützen, um die verlorenen Gebiete zurückzugewinnen, in denen die einzigen erreichbaren Entwicklungsmöglichkeiten für die jordanische Wirtschaft liegen. Mit den Geldern aller arabischen Regime und Klassen wurde auf dem Staatsgebiet von Jordanien eine militärische Organisation aufgebaut, die mit der Guerrillataktik dem siegreichen Aggressor eine Niederlage nach der andern beibrachte und zugleich seine Machtstellung in den besetzten Gebieten erfolgreich untergrub. Neben dem jordanischen Staatsapparat wurde zu diesem Zweck ein System von Organisationen geschaffen, das die Majorität der Bevölkerung für die Unterstützung einer relativ kleinen aber schlagkräftigen Partisanenarmee mobilisiert und organisiert, ohne den praktisch machtlos gewordenen jordanischen Staaat direkt anzugreifen. Der mächtige Kern dieser Organisationen ist Al Fath, die nach der Übernahme der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO einen großen politischen und militärischen Apparat mit eigenem Sanitätswesen (Palästinensischer Roter Halbmond), Nachschubsystem, Radiosendern und Arbeiter-, Frauen- und Studentenorganisation besitzt. Die Masse der Flüchtlinge wird in Volksmilizen organisiert und mit der wahrscheinlich gewordenen Aussicht auf eine Verbesserung ihrer Lage in einem Zustand ständiger Mobilisation gehalten. Der König, dessen letzter Versuch, die Befreiungsorganisationen gewaltsam zu zerschlagen, am 4. November 1968 gescheitert ist, ist heute gezwungen, die Feddhayin zumindest in der Öffentlichkeit zu unterstützen. Die Organisationen selber haben kein Interesse mehr an seinem Sturz, weil das den Vorwand für eine Intervention des Imperialismus liefern, die Beziehungen zu einigen arabischen Ländern verschlechtern und den Befreiungsorganisationen die Verantwortung für eine wirtschaftliche Situation überlassen würde, die sie zur Zeit auch nicht ändern können. Allmählich dringen sie aber auch in den offiziellen Herrschaftsapparat selber ein, etwa in die unteren Ränge des Heeres, und fassen Fuß in der eigentlichen sozialen Basis des Königs, den Beduinenstämmen, die die Entwertung der Kamelzucht mehr und mehr zwingt, sich als Bauern niederzulassen oder Lohnarbeit zu suchen. Der Inhalt der erklärten Nichteinmischungspolitik Al Faths gegenüber dem jordanischen Staat ist also eine Art friedlicher Koexistenz, in der der Staaat allmählich übernommen und ersetzt wird, ohne seine Funktionen zu verlieren. Wenn das Ziel von Al Fath, das palästinensische Volk schon im Kampf zu einer Nation zusammenzuführen, zumindest schon insofern erreicht ist, als die palästinensische Bourgeoisie über einen staatsähnlichen Apparat verfügt, der das Volk organisiert - wenn auch nicht für die Produktion, so doch für die Erkämpfung der Produktionsmittel -, so zeigen sich heute schon Widersprüche in diesem System, die es zu sprengen drohen. Und hier erst liegen die Chancen für eine tatsächlich revolutionäre Entwicklung im Nahen Osten.

Die Widersprüche, die zwischen den verschiedenen bürgerlichen und konservativen Tendenzen in den palästinensischen Organisationen bestehen, werden wahrscheinlich relativ an Bedeutung verlieren, wenn die Gegensätze zwischen der Führung und den Massen auf eine Lösung drängen. Bei dem undurchsichtigen Wirrwarr von Organisationen und Organisationsquerelen, das in Jor-

danien zu herrschen scheint, geht es zum Teil um die Einflußsphären der einzelnen arabischen Staaten, von denen die meisten, auch die reaktionären, eigene Guerillaorganisationen unterhalten, um ihre Interessen zu wahren, zum Teil um Auseinandersetzungen innerhalb der palästinensischen Bourgeoisie, wobei viele Organisationen Doppelfunktionen haben (20). Al Fath stellt eine sehr weite Koalition dar, in der neben ehemaligen Kommunisten und Linksbaathisten auch Vertreter des Großgrundbesitzes eine entscheidende Rolle spielen. Die inneren Widersprüche, die exemplarisch die Linie von Al Fath bestimmen, werden von der FPDLP artikuliert und in der Organisation der Massen auf einer marxistisch-leninistischen Linie weitergetrieben. Die FPDLP, deren Abspaltung von der FPLP selbst Produkt der inneren Widersprüche in der palästinensischen Nationalbourgeoisie war, knüpft an den unzweifelhaft progressiven Elementen der Linie von Al Fath an, an der Erklärung des Konflikts als Teil des Konflikts zwischen Weltimperialismus und Völkern der Dritten Welt, an der Kritik an der traditionellen Kriegführung durch die national - bourgeoisen Staaten, an der Politik der Massenmobilisierung und der Guerillataktik, zu der die palästinensische Bourgeoisie gezogen war.

Die Inhalte dieser Politik gewinnen aber erst ihre volle Bedeutung, wenn sie mit der Kritik der Politik der Klassenkooperation, der Koexistenz mit reaktionären Regimes und der Trennung von sozialem und nationalem Kampf verbunden werden.

Die Massenmobilisierung durch Al-Fath geschieht fast ausschließlich unter dem Aspekt des militärischen Kampfes, von dem die Lösung der bestehenden aktuellen Not erwartet wird. Das bedeutet aber, daß die Aktivitäten der Massen selber eingegliedert werden in eine Befehlsstruktur, die bestimmt wird von den Notwendigkeiten der politischen Taktik einer übergeordneten Organisation und den militärischen Notwendigkeiten des Kampfes der relativ kleinen Partisanengruppen, für die die Massen nur eine passive Basis darstellen. Dieses Verhältnis ist Ausdruck für den instrumentellen Charakter, den die Übernahme von Methoden des revolutionären Befreiungskrieges für verschiedene Fraktionen der palästinensischen Bourgeoisie hat, die sie aber nur insoweit verwenden können, als sie ihre Interesssen als herrschende Klasse der im Kampf gegen den Zionismus mobilisierten Bevölkerung nicht verletzen. In der Konzeption der FPDLP sind alle Organisationen, die der in den besetzten Gebieten operierenden Kader und die Volksmilizen, zugleich militärische und politische Organisationen. Das gibt den Massen die Möglichkeit, alle taktischen und strategischen militärischen und politischen Entscheidungen diskutierend mitzubestimmen, ihre Interessen zu erkennen und gegenüber einer sich eventuell verselbständigenden Führung durchzusetzen. Auch die militärische Schulung der Massen, die mehr und mehr die nichtpalästinensische Bevölkerung erfaßt, gewinnt erst durch ihre politische Beteiligung einen mehr als nur disziplinierenden Charakter. Sie wird zur aktiven Vorbereitung des Volkes auf die Eroberung der Macht, die sich jetzt bürgerliche und reaktionäre Bürokratien teilen.

Daß die FPDLP trotz ihrer Politik der allseitigen Entlarvung der Bourgeoisie nicht vernichtet wurde, als sie noch schwach war, lag daran, daß sie die Widersprüche zwischen den Organisationen geschickt ausnutzte und sich in allen ihren Schritten auf die Interessen der Massen stützte, die die bürgerlichen Organisationen nicht mißachten durften, wenn sie sich nicht wieder isolieren wollten. Heute ist die FPDLP - 8 Monate nach ihrer Gründung und ohne nennenswerte Unterstützung von außen - die zweitstärkste der palästinensischen Organisationen. Zweifellos wird die Entscheidung darüber, ob der Palästina-Konflikt als Konflikt zwischen nationalen Bourgeoisien wie 1967 wieder in eine Katastrophe mündet, oder ob die palästinensische revolutionäre Bewegung, die in der marxistisch-leninistischen FPDLP organisiert ist, die Führung übernimmt, wie in der Argumentation dieses Artikels vorausgesetzt wird, wird sich in der Auseinandersetzung der FPDLP mit der gesamten arabischen Bourgeoisie und Reaktion entscheiden. Wie dieser unter Umständen sehr blutige Konflikt enden wird, hängt nicht zuletzt von der publizistischen, materiellen und persönlichen Hilfe ab, die die Linke in den Metropolen der einen oder anderen Seite leistet.

Daß in der westeuropäischen Linken überhaupt noch über die Frage, ob Al-Fath oder die FPDLP zu unterstützen sei, diskutiert wird, weist auf die kleinbürgerlichen und bürokratischen Züge dieser Bewegung hin. Sie zeigen sich auch darin, daß die Imperialismustheorie, die wir bis heute zur Erklärung der antiimperialistischen Kämpfe verwendet haben, immer ausschließlich die Bedürfnisse und die Politik des Imperialismus berücksichtigte, nie aber genau die Klassenlage, Geschichte und Kultur der kämpfenden Völker analysierte. Das lag an der blinden Identifikation mit den Befreiungsbewegungen, die die diffuse kleinbürgerlich - antikapitalistische Studentenbewegung zur Formulierung einer eigenen Position benötigte. Das mochte auch noch hingehen, solange die Bewegungen in Vietnam oder Südamerika, mit denen man sich identifizierte, sozialistische waren. Zur Erklärung des Biafra-Konflikts waren wir unfähig. Im Palästina-Konflikt kann eine falsche Imperialismustheorie zur entscheidenden Niederlage der Weltrevolution beitragen. An der Haltung der sozialistischen Gruppen in der Studentenbewegung in dieser Frage wird sich zeigen, ob sie Teil einer kommunistisch - revolutionären Bewe - gung werden können.

Anmerkungen:

1) In Wirklichkeit ist Israel selber ein Entwicklungsland, allerdings mit einer aus Europa verpflanzten Bourgeoisie, die die Kultur und die imperialistische Politik ihrer Herkunftsländer weiterpflegt. Die Abhängigkeit von den "Mutterländern" drückt sich in folgenden Zahlen aus: 1966 führte Israel für 839,2 Mill. Dollar Waren ein und für 50,2 Mill. Dollar aus, das ergibt einen Einfuhrüberschuß

von 337 Mill. Dollar (Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Länderkurzberichte, Israel, 1967, S. 19) Eine Schwerindustrie existiert in Israel praktisch nicht. 1965 waren 82% aller exportierten Waren Produkte der Leichtindustrie und des Handwerks, allein 43% waren geschliffene Diamanten, die als Rohdiamanten eingeführt werden mußten. 9,5% der erwerbstätigen Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft, 25% in der Industrie und 50% im Tertiärsektor. (Lutte Palestinienne, No spécial: La lutte de libération nationale du peuple palestinien, Paris, o.J., (1969)

2) vgl. Lutte Palestinienne, a.a.O., S. 50ff

3) Nachgedruckt in Forum Academicum, Heidelberger Studentenzeitung, Nr. 2/3, 1969, S. 3 f.

4) ebenda S. 4

5) vgl. in diesem Heft die Artikel von Schmierer und Kramer

6) Forum Academicum, a. a. O.

7) Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd.16, Berlin (Dietz), 1968, S. 12 f.

8) Diese und die folgenden Zahlen nach: Jacques Couland: Israel et le Proche-Orient arabe, Paris (Editions sociales) 1969, S. 12-25

9) NZZ, 26. 1. 1969

10) Frankfurter Rundschau, 25. 10. 1969

11) Statistisches Bundesamt, a.a.O., S. 28

12) Lutte Palestinienne, a. a. O., S. 56 f.

13) ebenda S. 60

14) ebenda S. 69

15) Ein Beitrag der Matzpen zur Geschichte des Zionismus und Palästinas ist abgedruckt in: Sozialistische Politik, Nr. 2, Berlin, 1969, S. 56 - 71

16)Die Darstellung der Position der Al-Fath beruht hier zum großen Teil auf Mitschriften von Interviews und Diskussionen in Jordanien. Eine gute Zusammenfassung gibt das zitierte Sonderheft von "Lutte Palestinienne". Die Positionen von Al-Fath geben im allgemeinen auch die Veröffentlichungen des "Centre de recherches palestiniennes" in Beyruth und die von arabischen Studenten in der BRD herausgegebene Zeitschrift "Resistentia" wieder.

17) vgl. die Broschüre der FPDLP: Die Spontaneität der Massen und die Theorie des Volkskriegs, hg. vom SDS Heidelberg, 1969, und die in Heidelberg erscheinende Zeitschrift "Al-Djabha", die regelmäßig über die Positionen der FPDLP berichtet.

18) s. Couland, a.a.O., S. 37

19) s. George L. Harris (hg.): Jordan, its people, its society, its culture, New Haven (Hraf Press) 1958, S. 67

20) Während Syrien durch die starke Al-Saiqueh vertreten ist, pflegt Ägypten gute Beziehungen zu einer ganzen Reihe von Organisationen, unter anderen zur Al-Fath und zur FPLP, die an sich als Teil der Arabischen Nationalen Bewegung eine feste Basis in vielen großen Familen des traditionellen städtischen Bürgertums hat, auf die sie sich auch im Exil stützt. Saudi-Arabien unterhält eine Gruppe, die streng die Regeln des Koran beachtet, aber auch in Al-Fath soll es orthodox-muslimische Gruppen geben.

Jochen Noth

Inhalt:

S; 3 Das Testament des Genossen Ho Chi Minh

S: 5 Zur Analyse der Studentenbewegung

S:15 Eine Interpretation der wilden Streiks

S:20 Die Rote Punkt Aktion nicht als Angriff auf die Konsumsphäre mißverstehen

S:23 Staat und Polizei

DOKUMENTATION ZUR AUSBILDUNG DER GOEPPINGER BEREITSCHAFTSPOLIZEI

S:32 Gefangenenagitation?

Briefe aus dem Gefängniss

S:41 Studentenbewegung und Internationalismus

PALÄSTINENSISCHE BEFREIUNGSBEWEGUNG

Sole D'oro
Ristorante
Italiano

Hauptstraße 172
Nähe Heiliggeistkirche
Von 11 Uhr morgens bis 1 Uhr nachts
Tel. 21480

IM HOTEL PALMBRÄU HAUS:

CLUB DISCOTHEK BIS 3 UHR NACHTS

Tiffany

HEIDELBERG HAUPTSTR. 187 ☎ 21952

Außerdem im Palmbräu-Haus

Le Palme

☎ 21952

Italienische Spezialitäten
von 11.30 – 3 Uhr nachts

. . . und man trinkt hier PALMBRÄU BIER